



Teil A : Nachrichten und Berichte .

=====

<u>Inhaltsübersicht</u>	Seite
I. <u>Die Kriegsstimmung in Deutschland</u>	A 1
II. <u>Aus der Wirtschaft</u>	10
1.) Allgemeines	10
Preisentwicklung - Warenknappheit - Hamstern - Abwehrmassnahmen des Regimes	
2.) Arbeitsbeschaffung	14
Propaganda - Nachklänge der Arbeitsschlacht - Der Arbeitsplatz-Austausch	
3.) Arbeitsdienst und Landhilfe	17
Die Zustände in den FAD-Lagern - Die Ueber- winterung der Landhelfer	
III. <u>Die Löhne.</u>	23
1.) Der Abbau der Akkordlöhne	25
2.) Uebergang vom Akkord- zum Zeitlohn	27
3.) Offene Tarif-Unterschreitungen	28
4.) Spezialmethoden unsichtbaren Lohnabbaus	30
5.) Treuhänder ordnen Lohnabbau an	31
6.) Die Notstandsarbeit als Schrittmacher des Lohn- abbaus.	33
7.) Lohnabbau und Lohnniveau	36
IV. <u>Aus den Betrieben.</u>	39
Die Haltung der Arbeiterschaft - Die neuen Arbeitsordnungen - Betriebsberichte aus Berlin, Sachsen, Schlesien, Bayern, Südwestdeutschland.	

- - - - -

I. Die Kriegsstimmung in Deutschland

=====

Alle Berichterstatter stimmen darin überein: die Erwartung eines nahe bevorstehenden Krieges beherrscht die Stimmung der Bevölkerung in Deutschland. Die Kriegspsychose, über die wir schon im vorigen Monatsbericht eingehend berichtet haben, nimmt noch immer zu. Das besonders Gefährliche an dieser Psychose liegt vor allem in zwei Umständen:

1. Offenbar ist es der Propagandamaschine des Regimes gelungen, grossen Massen die Vorstellung einzuhämmern, Deutschland sei von einer angriffs- und beutelustigen Welt von Feinden umgeben und müsse sich wehren oder untergehen. Sogar ein Teil der Schichten, die sonst zu dem Regime in Opposition stehen, scheint schon von dieser Wahnvorstellung mit ergriffen zu sein. 2. Bei den jungen Menschen, die den Krieg nicht aus der Erfahrung kennen, und bei den urteilslosen alten beginnt sich eine Stimmung breitzumachen, die an 1914 erinnert: Deutschland ist allen seinen Feinden überlegen, es wird sie einfach niederrennen. Phantasievolle Gerüchte über ungeheuerere Leistungen des deutschen Erfindergeistes - Todesstrahlen, ferngelenkte Flugzeuge usw. - werden gern geglaubt und vervollständigen die Vorstellung von Deutschlands kriegerischen Ueberlegenheit. Die kriegerischen Vorbereitungen, die sich jetzt immer sichtbarer vor den Augen des Volkes abspielen, wirken auf weite Schichten wie eine ungeheuerere Propaganda der Tat für den Krieg.

Es ist erklärlich, dass die Kriegspsychose vor allem die Grenzgebiete ergriffen hat. Denn hiersind die Rüstungsmassnahmen am auffallendsten und die Bevölkerung für die Beunruhigung durch Kriegsgedanken am empfänglichsten. Besonders eingehend äusserst sich darüber der Berichterstatter aus Nordbayern:

Es ist erstaunlich, wie in den letzten Wochen die Kriegspsychose die Leute erfasst hat. Man übertreibt nicht, wenn man sagt: die Mehrzahl der Menschen lebt schon völlig im Kriegsrausch. Dazu tragen allerdings die äusseren Zeichen bei. Die Stadt X. war z.B. noch nie Garnisonstadt. Jetzt sind aber Reichswehroffiziere und -unteroffiziere dort zur Ausbildung der jugendlichen Zivilbevölkerung. Das geht so vor sich, dass jeweils am Samstag mittag einige hundert jüngere Arbeiter (die bei allgemeiner Wehrpflicht im dienstpflichtigen Alter stehen würden) von ihrem Wohnort nach X. fahren. Sie treffen dort meist so um 15 Uhr ein, werden von der Reichswehr in Empfang genommen, ins Hotelgeführt, dort in Reichswehruniform eingekleidet und verpflegt und machen dann in Reichswehruniform die Uebungen nebst theoretischen Unterricht. Am Samstag, den 3. November fuhren etwa

250 Mann von Y. nach X., am Sonntag, den 4. November nachts kamen sie wieder nach Y. zurück.

Sind die Leute in X. und sind sie eingekleidet, dann wird ihnen ein kurzer Vortrag darüber gehalten, dass sie in der Landesverteidigung unterrichtet und ausgebildet werden müssen. "Darüber, was Ihr macht, was Ihr lernt, was Ihr gesehen habt, müsst Ihr strengstes Stillschweigen bewahren. Ihr wisst ja wohl bereits, dass wir ein neues Gesetz bekommen haben, wonach Landesverrat endlich mit Todesstrafe bestraft wird. Sagt Ihr etwas von dem, was Ihr hört, gesehen und gemacht habt, so habt Ihr Landesverrat begangen, und es wird mit Euch kurzer Prozess gemacht und Ihr werdet hingerichtet." Nachdem das gründlich eingeschärft ist, wird mit ebensolchem Nachdruck gesagt: "Seht ja diese Ausbildung nicht für militärische Spielerei an, es ist keine Spielerei, es ist blutiger Ernst, je besser sich der einzelne selbst ausbildet, desto besser für ihn in vielleicht sehr kurzer Zeit."

Von Z. wurden bereits am 20. Oktober nachmittags an die 200 Mann nach X. dirigiert, darunter etwa 80 SA-Leute. In X. wurden sie von Reichswehrleuten empfangen, in eine stillgelegte Fabrik geführt und in Reichswehruniform eingekleidet. Anwesend waren drei Offiziere, darunter ein Major. Die Leute wurden auf die Notwendigkeit vollkommener Verschwiegenheit hingewiesen. Dann wurde ihnen gesagt, dass bei einem evtl. deutsch-französischem Krieg nach der Saarabstimmung die Reichswehr an die französische Grenze müsse und sie (die Auszubildenden) hätten die Grenze gegen die Tschechen zu schützen. Das wird nicht als besonders schwer hingestellt, man tut so, als ob man mit dem tschechischen Militär leicht fertig werde.

Am Sonntag, den 21. Oktober, morgens 4 Uhr begann der Ausmarsch von X. in der Richtung nach U. Dort waren Felddienstübungen. Erst mit Blindschüssen, später auch einiges Scharfschiessen. Ein Maschinengewehr wurde mitgeführt, um zu zeigen, wie man das Ding jeweils am richtigsten in Stellung bringt, damit es die kämpfende Truppe wirksam unterstützt. Ausgerüstet waren die Leute mit Obergewehr und Seitengewehr. Zum Schluss nochmals eindringlichste Belehrung über strengste Verschwiegenheit, Hinweis auf Landesverrat und Kopfkürzermachen.

Tatsächlich haben unsere Leute noch nicht herausbringen können, was diese Leute bei dieser tageweisen Ausbildung eigentlich alles machen. Nur soviel haben sie gehört, dass von den Leuten zu gleicher Zeit nach verschiedenen Gruppen geteilt, Verschiedenes gemacht wird. Ein Teil wurde z.B. am Maschinengewehr unterrichtet. Die Leute werden nicht gedrillt, es wird nicht exerziert, sie bekommen im Hotel...ein sehr gutes und sehr reichliches Essen und zwar mehrmals, sodass sie darüber sich sehr lobend äussern. Aber was sie am Maschinengewehr in diesen zwei Tagen gelernt haben, was andere Gruppen zur gleichen Zeit verrichteten, war nicht zu erfahren. Immer nur die Antwort, es steht Todesstrafe darauf; das Essen war reichlich und vorzüglich und wir waren die zwei Tage in richtige Reichswehruniform eingekleidet.

Nicht nur in X. sind diese militärischen Ausbildungen, sondern auch in V. usw. In X. und in verschiedenen anderen Gemeinden werden durch die Polizeiorgane die Stammrollen angelegt, d.h. es werden die dazu erforderlichen Unterlagen von Polizeiorganen erhoben. In einer Stadt wie V. sind grössere Mengen Militäruniformen und Ausrüstungen gelagert, über X. gingen Waffentransporte nach Schlesien, die wohl aus der Gewehrfabrik in W. stammen dürften usw. Dazu kommt der grosse Mangel an verschiedenen Waren, was wieder automatisch als Kriegszustand bei dem grössten Teil der Bevölkerung angesehen wird.

Die Kriegspsychose wird weiter gesteigert durch die Propaganda für den Luftschutz. So erliess der Stadtrat von Hof am 20. Oktober folgende Bekanntmachung:

Luftschutzbeitrag

Die Durchführung des zivilen Luftschutzes ist von der Reichsregierung angeordnet worden. Der zivile Luftschutz bildet einen wichtigen Teil der Landesverteidigung. Die Durchführung desselben ist nur möglich, wenn nach den bestehenden Richtlinien jeder Erwachsene seinen Luftschutzbeitrag bezahlt.

Der jährliche Luftschutz-Mindestbeitrag beträgt 1 Mark. Um die Leistung dieses an sich geringen Betrages zu erleichtern, gibt die Geschäftsstelle Hof des Reichsluftschutzbundes in jedes Haus ein Verzeichnis derjenigen Hausbewohner, welche den Luftschutzbeitrag zu leisten haben. Die Hausbesitzer und deren Stellvertreter werden gebeten, den Luftschutzbeitrag in monatlichen Teilzahlungen von 10 Pfg. mit der Miete einzuheben. Diese monatlichen Teilbeträge werden am Ende des laufenden Monats durch die Geschäftsstelle Hof des Reichsluftschutzbundes abgeholt.

"Luftschutz tut not!"

Hof-Salle, den 20. Okt. 34

Polizeidirektion Hof

gez.: Wirsching

Stadtrat Hof

gez.: Dr. Wendler."

Nicht völlig verschwiegen blieb auch die Tatsache, dass man am Kornberg (zwei Stunden von Selb nach Bayern hinein entfernt) drei bombensichere Unterstände baut. Sie sollen für Flugzeugabwehrgeschütze errichtet werden. Das gibt der Kriegspsychose weitere Nahrung.

Der grosse Haufen ist vielleicht kriegsbegeisterter als 1914. Nur die paar Denkenden empfinden jetzt schon ein Grauen. Die Nazi und ihr gedankenloser Anhang haben ja diesmal den Sieg so sicher in der Tasche, wie die Patrioten im Jahre 1914. Erörterungen über Kriegsziele hört man eigentlich nicht. Die Nazis und ihr Anhang sind nur überzeugt, dass diesmal die Anderen kräftig gedroschen werden. Ist das erst erfolgt, dann werden schon die Kriegsziele erörtert werden.

Wie im letzten Kriege, so werden auch jetzt bereits einzelne strategische Details erörtert. Da ist irgendwo ein SA-Mann, der es von einem seiner Bonzen ganz vertraulich erfahren hat, wie man das im nächsten Krieg an der oberfränkisch-tschechischen Grenze machen werde, um die Tschechen in eine Falle zu locken und zu vernichten. Man werde an der Grenze den Tschechen nur Scheingefechte liefern, werde sie vorstossen lassen in eine Linie, die von Kronach südlich verläuft. An dieser Linie baue man jetzt schon die nötigen bombensicheren Unterstände; die erforderlichen Schützengräben sind vorbereitet und im Bedarfsfalle in kürzester Zeit ausgehoben und dort werde man die Tschechen ernstlich stellen und natürlich vernichtend schlagen. Wenn das ein SA-Mann von einem seiner Führer vertraulich gehört hat, dann ist es natürlich wahr und die anderen erzählen es als Tatsache weiter, natürlich auch vertraulich.

Eine andere Sache: Die Porzellanfabrik Rosenthal in Selb hat selbst eine Hochspannungsprüfungsstation für Gross-Isolatoren eingerichtet. Diese Prüfungsstation ist ein sehr hohes Gebäude, in dem Starkströme bis zu 2 Millionen Volt für Prüfungszwecke erzeugt werden. Das ist alles bekannt. Nun aber heisst es, dass in dieser Prüfungsstation ganz etwas anderes vorbereitet sei. Man habe ein

neues Verfahren, mittels dem man von dieser Prüfungsstation aus alle Flugzeuge bis auf 300 Kilometer ausser Wirksamkeit setzen könne. In einer Thüringer Porzellanfabrik baue man eine zweite derartige Prüfungsstation zum gleichen Zwecke der Flugzeugabwehr. Dass das so ist, davon ist der grosse kriegsbegeisterte Menschenhaufen felsenfest überzeugt. Den Deutschen kann also im nächsten Krieg nichts, oder nicht viel geschehen, aber die anderen werden vollständig kaputt gemacht.

Unsere Genossen sehen deutlich das Fürchterliche des nächsten Krieges für ganz Deutschland und wollen wohl vor allem deshalb nicht an einen Krieg glauben. Sie glauben, dass im letzten Moment noch eine Wendung eintreten wird. Und es ist ebenso interessant, welche Gedanken sie sich machen. Sie erkennen ganz richtig, dass der äussere Kriegs Anlass durch die Saarabstimmung gegeben sein kann. Aber, so meinen sie, da wird wohl ein Ausweg nach den Methoden des 30. Juni geschaffen werden. Vielleicht verschwindet Hitler noch vor der Saarabstimmung, wodurch die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen würde und die augenblickliche Kriegsgefahr wäre dann auch beseitigt. Sie setzen also voraus, dass die einsichtigeren Leute des Regimes erkennen, dass Deutschland keinen Krieg führen kann und infolge dieser Erkenntnis den Ausbruch des Krieges auch verhindern und Hitler so erledigen, wie dieser seinen Röhm erledigt hat.

Ein Freund, der selbst den letzten Krieg als Maschinengewehr-schütze die längste Zeit an den schlimmsten Stellen der Westfront mitgemacht hatte, meinte, dass er den Lausbuben alles vergönnen würde wenn sie erleben müssten, was er erlebt habe. Aber, so meinte er, es wäre sehr schade, wenn Hitler erst im Kriege unterginge. Er sollte mit seiner Wirtschaft bankrott machen müssen, dann wäre diese Narretei endgültig erledigt. Komme es zum Kriege, dann sei der Hitlerismus nicht erledigt, ganz gleich, wie der Krieg ende. Er müsse aber zugeben, dass solche Erwägungen beim geringsten Teile unserer früheren Leute angestellt werden. Auch da sei es so, dass viele den Krieg nicht als schlimmstes Uebel ablehnen, sondern vom Kriege die Vernichtung Hitlers, des Dritten Reiches usw. erwarten und glauben, dass dann unsere Zeit wieder da sei. Er sei dieser Ansicht nicht. Aber man müsse die Dinge eben hinnehmen, wie sie kommen.

Die ständige Propaganda des "verfolgten harmlosen Deutschland" bleibt nicht ohne Wirkung, bis weit in unsere früheren Kreise hinein. So hat vor kurzem selbst der frühere Reichsbannernvorsitzende von Y. dem Sinne nach geäussert: "Wenn die Franzosen wirklich keine Ruhe geben und schliesslich noch ins Saargebiet einrücken, dann gehe ich auch noch einmal mit." Dieser Mann ist sonst natürlich strammer Hitlergegner geblieben. Das ist ja überhaupt das Merkwürdige, dass alles über die Hitlerei schimpft wie noch nie, dass aber aussenpolitisch die Sache so gesehen wird, als sei Deutschland das unschuldige Lamm, das von den bösen Wölfen zerrissen werden soll.

Bei dem Kern der Nazis ist die Betrachtung wieder eine völlig andere. Die haben den Sieg in der Tasche. Ein SA-Mann versichert z. B., dass für den Krieg alles fertig sei. Der Krieg dauere höchstens ein paar Wochen. Deutschland werde mit seiner allen überlegenen Luftwaffe die anderen rasch erledigt haben. Die Tschechoslovakei werde gar nicht dazu kommen, ihre Truppen nur zu mobilisieren. Die Tschechoslovakei werde zertrümmert. Dann bekomme man auch endlich die Emigranten in die Hände, die ausgeliefert werden müssen. Dann werde man diese Landesverräter, die schuld seien an Deutschlands Schwierigkeiten, endlich erledigen.

Dieselben Beobachtungen teilt der Berichterstatter für Südbayern mit, dessen Bezirk ebenfalls an die Tschechoslowakei grenzt:

Seit ca. 5 Wochen werden im ganzen Grenzgebiet sogenannte Grenzschutzausbildungstage durchgeführt. Diese Grenzschutzausbildung ist die grossangelegte Militarisation des gesamten Grenzvolkes. Jeden Samstag werden ca. 150 Mann aus der Umgebung Zwiesel einberufen, die dann bis Sonntag Nachmittag in militärischer Ausrüstung exerzieren müssen. In den Kellern des Schulgebäudes in Zwiesel befindet sich das Depot. Einberufen werden alle wehrfähigen Männer bis zum 45. Lebensjahr, wobei auf Mitgliedschaft bei SA. oder SS. keine Rücksicht genommen wird. Bisher wurden die männlichen Einwohner von Bodenmais, Kirchdorf, Rinchnach etc., also die umliegenden Orte von Zwiesel, aufgerufen. Die Leute haben Samstag Nachmittag 3 Uhr anzutreten, werden in Reichswehruniformen gesteckt, bekommen ein Gewehr Modell 98 und verbleiben bis Sonntag Nachmittag in der Garnison. Die Ausbildung wird von Reichswehroffizieren durchgeführt. Die Leute werden dann in Kmpagnien eingeteilt und wieder entlassen. Wenn alle männlichen Mitglieder durchorganisiert sind, beginnt die Ausbildung wieder von vorne. In einem Fall ist es vorgekommen, dass ein Mann, der sich weigerte, anzutreten, von Gendarmerie geholt wurde. In der Zeitung wird über diese Art Grenzschutzorganisation nichts bekanntgegeben. Dazu kommt noch, dass Deggendorf neuerdings Garnisonstadt geworden ist.

Diese Umstände tragen sehr zur Beunruhigung des Volkes bei. Man spricht überall von einem bevorstehenden Krieg. Dass diese allgemeine Stimmung zu den fantastischsten Gerüchten Anlass gibt, ist nur zu verständlich. So wird. z.B. allen Ernstes kolportiert, dass im Falle des Krieges die deutsche Grenzbesatzung bis Deggendorf zurückgehe, um dann in geschlossener Front vorzustossen. Das sind offenbar Fantasien, aber die Tatsache, dass solche Dinge von ernstzunehmenden Personen verbreitet werden, ist Beweis genug dafür, wie weit die Kriegspsychose fortgeschritten ist. Die Begeisterung für kriegerische Verwicklungen besonders mit der Tschechoslowakei ist gleich Null. Die Bevölkerung handelt unter einem ungeheuerem Druck.

Sachsen: Die SA-Mannschaften sind in einen Kriegstaumel hineinoperiert worden. Man spricht ganz offen von der Möglichkeit eines Krieges. Bei Gesprächen mit SA-Leuten wird eine erschreckende geistige Unbildung über das Wesen und die Wirkung des Krieges festgestellt. Die Menschen sind sich der wirklichen Sachlage gar nicht bewusst, sie erleben im Voraus ein falsches Heldenepos vom Kriege, den sie in seiner grausamen Wirklichkeit nicht erkennen. Es ist eine gewissenlose Aufpeitschung des deutschen Kraftmeiertums, dessen Wirkung nicht zu übersehen ist. Die Meinung der Arbeiter über einen Krieg ist verschieden. Viele glauben dadurch an eine Beseitigung des Systems. Viele hegen die Absicht, während der Kampfhandlungen Sabotage oder anderen Widerstand zu leisten oder überzulaufen. Eine feste und einheitliche Stellung liess sich nicht ermitteln.

Die Berichte aus dem Westen bieten dasselbe Bild. Der Berichterstatter aus Baden meldet:

Die Kriegspsychose ist in Deutschland in den letzten Wochen ausserordentlich stark gewachsen. Dadurch, dass sämtliche Zeitungen von einem drohenden Einmarsch der Franzosen in das Saargebiet schreiben, ist allgemein der Eindruck entstanden, dass der Krieg sich entwickeln müsse. Die Franzosen werden ganz allgemein als Kriegshetzer hingestellt und die Stimmung der Bevölkerung wird bis zur Siedehitze gesteigert. Noch nie waren die Uebungsmärsche der einzelnen Formationen in solcher Dichtigkeit festzustellen, wie zur Zeit. In Mannheim stösst man zu jeder Tageszeit auf marschierende und singende militärische Formationen irgend welcher Art. Unter den Arbeitern in den Betrieben spricht man bereits wieder vom Granatendrehen und im übrigen Publikum ganz allgemein von der Kriegsarbeit. Wie stark diese Einstellung ist, geht auch daraus hervor, dass ein SS-Mann der Standarte 33 seiner Braut bereits die Kriegstraue in Aussicht gestellt hat, auf Grund der Instruktion, die sie in ihrer Formation erhalten haben. Unter den jüngeren Jahrgängen der Bevölkerung herrscht eine Art Stimmung, die der von 1914 nicht viel nachsteht. Diejenigen, welche 1914 und 1918 miterlebt haben, sind allgemein recht still und sehen mit Besorgnis in die Zukunft.

Die Kriegsstimmung ist aber durchaus nicht etwa durchsetzt von Gedankengängen wie: lasst den Krieg nur kommen, dann stürzt Hitler, sondern man nimmt wirklich eine bevorstehende Auseinandersetzung mit Frankreich für ernst. Das Problem Naziherrschaft steht hierbei stark im Hintergrund.

Die Rekrutierung für die Reichswehr wird ausserordentlich scharf betrieben. Mitte Oktober hatte der Mannheimer Volksdienst eine Besichtigung durch einen Reichswehroffizier und einem SA-Offizier. Angetreten waren alle Volksdienstler bis zu 25 Jahren. Der Reichswehroffizier hielt einen Vortrag mit der Aufforderung am Schlusse, in die Reichswehr einzutreten. Um die Zahl der Eintretenden in die Reichswehr festzustellen, wurde befohlen, dass diejenigen, welche nicht in die Reichswehr eintreten wollen, den Versammlungssaal verlassen sollen. Da ergab sich die überraschende Tatsache, dass sämtliche Volksdienstler linksam machten und den Raum verliessen. Dieser Vorgang wirkte auf den Reichswehroffizier derartig, dass ihm die Bemerkung entschlüpfte: "Euch Saubande kriegen wir doch noch." Hier hat es sich in der Hauptsache um städtische Arbeitermassen gehandelt, die durch den Drill im Volksdienst erbozt waren. Bei andern Rekrutierungsversuchen ist das Ergebnis wesentlich anders.

Rheinland: (1. Bericht) In den letzten Tagen spricht man noch mehr als bisher vom kommenden Krieg. Jetzt werden nicht nur diejenigen von dieser Stimmung beeinflusst, die seit langem die geheimen Rüstungen aus nächster Nähe beobachten konnten (es waren relativ wenig Menschen). Die immer alarmierenderen Berichte der gleichgeschalteten Zeitungen über kriegerische Vorbereitungen Frankreichs beeinflussen nunmehr auch breitere Massen.

Die Wirkung der Alarmanachrichten ist nicht einheitlich. Nur in einer Beziehung, nämlich: man hält den Krieg für sehr wahrscheinlich. Sonst aber gibt es zwei grosse Richtungen. Die Kriegsgeneration ist zu einem Teil von Sorge und Angst ergriffen. Der andere Teil, der der grösste ist, glaubt an das "gute Recht" Deutschlands und an seine Stärke. Diese Kreise, die vor allen Dingen die Jugend mit einschliessen, sind überzeugt, dass Deutschland schon heute stark genug ist, um einem starken Gegner standhalten und ihn sogar besiegen zu können. Und - - dieser Teil hasst die Franzosen; denn die Erziehung der 2 Jahre war nicht erfolglos. Im übrigen sorgen Zeitungen und Reden

und die Erziehung in allen Schulen für ständige Anfachung des Nationalismus.

2. Bericht: Politisch wird es in meinem Gebiet immer unruhiger. Das Volk fühlt mit sicherem Instinkt den Krieg herannahen. An das Kommen des Krieges werden die verschiedensten Hoffnungen geknüpft. Die Nationalisten fühlen sich stark. Die Gegner des Regimes hoffen von einem Krieg den Sturz Hitlers. Die Bevölkerung richtet sich auf den Krieg ein, sie hamstert trotz aller Drohungen.

Diese Berichte aus den Grenzgebieten werden ergänzt durch einen Bericht aus Berlin, der zugleich Beobachtungen und Eindrücke aus einem grossen Teil Inner-Deutschlands wiedergibt. Der Berliner Bericht zeigt, dass die Bevölkerung im Innern des Landes der Kriegspsychose weniger ausgesetzt ist, als die der Grenzgebiete und dass dort die Entwicklung ruhiger beurteilt wird.

Es ist kein Zweifel, dass die Kriegsstimmung in Deutschland wächst. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. So bringt z.B. die deutsche Presse -offenbar auf Anweisung des Propagandaministeriums- zum ersten Mal ausführliche Berichte von den französischen Kammerdebatten über die deutsche Aufrüstung. Diese Berichte enthalten die Zahlen über die deutschen Rüstungen, die in der französischen Kammer genannt worden sind, ohne dass ein offizielles Dementi gegeben wird. Anscheinend will man auf diese Weise eine vollendete Tatsache schaffen: Wenn Frankreich jetzt nicht protestiert, obgleich Deutschland die Rüstungen nicht offiziell abstreitet, dann wird es später nicht mehr in der Lage sein, einen wirkungsvollen Protest vorzubringen. Diese Veröffentlichungen lenken naturgemäss das Interesse der Bevölkerung stärker auf die Kriegsvorbereitungen. Es werden aber auch immer mehr Leute in diese Kriegsvorbereitungen selbst hineingezogen. Die Vereidigung von Belegschaften oder Belegschaftsteilen nimmt zu. Die Rüstungsarbeiten werden gesteigert. In Magdeburg sind z.B. auch ältere Metallarbeiter, sogar Leute bis zu 65 Jahren, gefragt worden, ob sie in den Krupp-Gruson-Werken arbeiten wollen. In Jüterbog arbeiten sehr viele Berliner Bauarbeiter, die dort in Baracken untergebracht sind. Zum grossen Teil handelt es sich auch hier um ältere Leute, für die dieses Leben eine Strapaze ist. Aber sie werden gut bezahlt. Ueberall sind Kasernenneubauten zu beobachten, z.B. in Crossen, Perleberg und Brandenburg. In Jüterbog und Perleberg werden Verkehrsfliegerschulen eingerichtet. Am Flugplatz Halle-Nietleben wird Tag und Nacht gearbeitet. In der Nacht ist der ganze riesige Platz, auf dem tausende von Arbeitern beschäftigt sind, durch grosse Scheinwerfer taghell erleuchtet - ein grandioses Bild. Ueberall wird bei Rüstungsarbeiten ein ungeheueres Tempo beobachtet, die meisten Betriebe arbeiten in mehreren Schichten oder aber mit verlängerter Arbeitszeit. Vor einigen Wochen fand in Bielefeld eine Verdunkelungsübung statt, bei der die ganze Stadt, mit Ausnahme des Bahnhofs, völlig verdunkelt werden musste. Auch der Verkehr war stillgelegt.

Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, dass fantastische Gerüchte durch das Land schwirren. So hört man sowohl in Mitteldeutschland, als auch im Westen, dass der kommende Krieg wahrscheinlich auf deutschem Boden ausgetragen wird, und dass dann die Weser die erste Verteidigungslinie, Mitteldeutschland die zweite bilden würde.

Die Auffassung unserer Genossen geht dahin: Deutschland rüstet für den Krieg, aber die Kriegsgefahr ist noch nicht in unmittelbare Nähe gerückt, sondern es wird noch ein bis zwei Jahre dauern, bis der Krieg ausbricht. Sie glauben auch nicht daran, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Regime zwingen könnten, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Niemand im Innern Deutschlands glaubt daran, dass Deutschland jetzt von sich aus einen Angriffskrieg entfesseln könnte, um den Feinden zuvorzukommen: einfach deshalb, weil Deutschland noch nicht soweit gerüstet ist. Aber in einigen Jahren wird das anders sein und wenn Deutschland so weiter rüstet, dann werden die anderen Staaten das nicht länger ruhig mit ansehen, sondern von sich aus doch noch einen Präventivkrieg anfangen.

Schliesslich bringen wir zwei Berichte von längeren Reisen durch Deutschland, die einen grossen Teil des Landes berührt haben:

1. Bericht: Die Saarfrage beschäftigt alle Gemüter. Die Regierungspropaganda in dieser Frage hat ungeheuerliche Formen angenommen. Die Bevölkerung sieht Kriegsgefahren als unmittelbar bevorstehend. "Irgend etwas wird am 13. Januar passieren." Das führt zu allerhand Angstmassnahmen. Die Saarpropaganda der Regierung hat sogar antifaschistische, aber ungeschulte Leute verwirrt. Ich hörte mehrfach das Wort: "Es geht doch nicht, dass, was uns gehört, die Franzosen haben sollen." Die grosse Masse der sozialistischen Arbeiter wünscht hingegen den Status-quo-Kämpfern vollen Erfolg.

Lebhaft beschäftigt sich die Bevölkerung mit der überall sichtbaren Aufrüstung, den neuen Kasernen, Flughäfen, Reichswehrstandorten usw. Die Leute fühlen sich hilflos einem heraufziehenden furchtbaren Schicksal ausgeliefert.

2. Bericht: Hier muss man zwei Kategorien unterscheiden. Die geschulte Arbeiterschaft und solche Kreise, die in ständiger Berührung zu ihr stehen, erkennen klar, dass diese fieberhafte Aufrüstung zum Krieg führen muss. Die übergrosse Mehrzahl wünscht ihn sogar, weil er als eine Erlösung betrachtet wird und das Ende des Regimes zur Folge hätte. Die rein bürgerlichen Kreise und die früher politisch indifferente Masse, sowie die Nazis, glauben, dass Hitler aufrüstet, um sich resp. Deutschland vor den "Feinden" zu schützen. Die offizielle Propaganda hat hier einigen Erfolg. Trotzdem begegnet man auch hier vielen Zweifeln.

Von der Tatsache der Aufrüstung spricht man ganz offen, d.h. man hört selten von Kanonen, Flugzeugen, Kasernenbau usw. sprechen, sondern nur von "Süsse Sachen", "Schokolade-Bonbon", "Radio" und "Radioteilen", "Siedlungsbauten" usw. Diese Decknamen sind bereits allgemein im Volksmund gebräuchlich. Ein Beispiel, das ich selbst erlebte: Zwei Geschäftsreisende oder Vertreter irgend einer Firma unterhalten sich über den Geschäftsgang, über diese und jene Firma. Der eine fragt nun: "Wie geht es in der und der Fabrik?" die Antwort lautet: "Na, die hat 6.000 Arbeiter voll beschäftigt!" Darauf der erste: "Was bauen die jetzt?" - "Ja, die Fabrik hat sich umgestellt" - mit einem vielsagenden Augenzwinkern der zweite: "auf Süsse Sachen und Schokoladenbonbons!" Diese beiden Bezeichnungen umfassen: Munition, Bomben, Minen usw. Einmal angefangen, geht das Gespräch weiter und man erzählt sich, obwohl das Abteil gut besetzt war, in den gleichen Ausdrücken über die sonstigen Rüstungen und gebraucht dann die Bezeichnungen "Grosse Radioapparate" (schwere Geschütze oder Flugzeuge) "Radio-einzelteile" (Zubehörteile für Flugzeuge, Geschütze, usw.)

Kommt eine neue Sammlung, so ist das erste, "Na, da werden wohl wieder Radioapparate davon gebaut?" Ein Genosse fragt einen Haus-
sammler: "Wird damit Radio gebaut?" Der Sammler sagt nichts und
lächelt.

In Berlin werden Dreher gesucht. Fragt man die Genossen, wieso,
dann ist die Antwort: "Na klar Mann! Bei der Hochkonjunktur im
Radio! Wir wollen doch das stärkste Radiovolk der Welt werden!"
Auf deutsch heisst das: "Wir haben doch Hochkonjunktur in Rüstungen
und Hitler, Goebbels, Göring und Konsorten wollen aus uns das
stärkste Militärvolk machen."

- - - - -

II. Aus der Wirtschaft.

1. Allgemeines.

Ueber die Preisentwicklung haben wir zuletzt im Monatsbericht für August/September berichtet. Inzwischen ist die Tatsache grosser Preissteigerungen durch die Einsetzung des Preis-Kommissars indirekt amtlich bestätigt worden. Ueber den Umfang der Preissteigerungen melden unsere Berichterstatter:

Hannover: Eine interessante Preisliste verdanken wir einem Hannoverischen Kleinhändlers:

	1.7.33/1.9.34			1.7.33/1.9.34	
	Pfennig per Pfd.			Pfennig per Pfund	
Linsen a	28	32	Tafelöl	54	114
Linsen b	26	28	Butter I	138	156
Erbsen grün	20	42	Butter II	136	152
Erbsen gelb	20	44	Margarine gutta	66	66
Erbsen gr.g.	30	50	Margarine glanz	38	38
Bohnen I	26	28	Margarine Kons.	25	66
Bohnen II	16	18	Edamer Käse	70	100
Suppenreis	28	30	Malzkaffee	28	30
Milchreis	22	26	Kaffee IV	220	240
Weizenmehl a	24	28	Kaffee V	180	200
Weizenmehl b	30	32	Rübensaft	26	32
Weizenmehl c	20	24	Korbbrot	45	55
Kartoffeln Ztr.	250	450	Salz fein	12	15
Eier	7	11	Jodsalz	18	20
Schmalz amerik.	48	110	Petroleum Ltr.	38	42
Schweineschmalz	68	110	Kunsthonig	40	45
Fetter Speck	85	95	Roggenmehl	16	18
Thr.Mettwurst	100	120	Zitronen	9	14
Bauchfleisch	73	90	Sauerkohl	8	16
Kochfleisch	80	95	Büchling	24	32
Kokosfett	40	60	Sago	55	70

Sachsen: Nachstehend eine Gegenüberstellung von Nahrungsmittelpreisen (34er Preise vom 3.11.34):

	1933	1934
1 Pfund Kassler	0.76	0.95
1 Pfund Schmalz	0.54	0.98
1 Pfund Erbsen	0.22	0.46 - 0.54
1 Pfund Butter	1.40	1.70
1 Pfund Fischfilet	0.40	0.70
10 Pfund Kartoffeln	0.25	0.43 (Schlange stehen)
1 Pfund Leberwurst	1.12	1.40
1 Pfund Leber	0.90	1.30

Ruhrgebiet: Die Preise für alle Bedarfsartikel klettern langsam aber beängstigend weiter. Mit grosser Sorge sieht man dem kommenden Winter entgegen. An Eindeckung eines auch nur geringen Winterbedarfs können die schlecht entlohten Arbeiter überhaupt nicht denken. In der Textilindustrie sind folgende Preissteigerungen festzustellen: Strümpfe, soweit sie nicht aus Kunstseide hergestellt sind, um 15 bis 20 Prozent. Geklagt wird über eine Verknappung von Hemdentuch, Nessel und Maccotuch. Diese Waren sind um 25 bis 30 Prozent im Preis gestiegen. Bettwäsche ist innerhalb weniger Monate um 30 bis 35 Prozent gestiegen.

Berlin: Die Preise steigen von Tag zu Tag. Grüne Erbsen, die im vergangenen Jahre mit 24 Pfg. verkauft wurden, kosten jetzt 40 Pfg. Der Schlächter, der vor einigen Wochen für Hammelfleisch 65 Pfg. zahlte, muss heute das Pfund für 98 Pfg. einkaufen. In den Schultheiss-Kantinen sind die Preise Anfang Oktober wesentlich erhöht worden, was durch Anschlag am schwarzen Brett den Gefolgschaften bekanntgegeben wurde. Es kostete ein Teller Suppe bisher 5 Pfg., jetzt 7 Pfg., ein Mittagessen im Abonnement bisher 25, jetzt 30 Pfg., ausser Abonnement bisher 36, jetzt 40 Pfg.

Bayern: Nicht nur die Textilpreise, deren schlechtere Qualität und Teuerung ja allgemein ist, sondern vor allem die Lebensmittelpreise klettern zur Beunruhigung der Bevölkerung ganz langsam, aber umso unaufhaltsamer empor. Das Rindsschmalz stieg im Laufe der letzten Monate von 1.30 auf 1.70 Mk. pro Pfund. In Straubing kostet es bereits 1.80 Mk. Schweinefleisch stieg von 70 Pfg. auf 90 Pfg. pro Pfund. Ein Ei kostet bereits 9 Pfg. Im vergangenen Jahr zahlten wir zur selben Zeit 7 Pfg. Die Kartoffel kostet heuer 2.50 Mk., das ist mindere Qualität. Im vergangenen Jahr zahlten wir in Regen noch 2 Mk. pro Zentner. Im Kleinverkauf kosten 10 Pfund Kartoffeln 50 Pfg. Für Mehl wurde jetzt eine 75 prozentige Ausmahlung angeordnet. Dabei hat das Pfund Mehl um 2 Pfg. auf 22 Pfg. aufgeschlagen. Der Fettgehalt der Seife wurde um 50 Prozent herabgesetzt. Der Strang Wolle ist durchschnittlich um 20 Pfg. teurer. Der Preis für einen Festmeter Holz (1a) ist von 12 Mk. auf 32 Mk. gestiegen.

Ähnliche Berichte liegen aus Schlesien, Württemberg und der Pfalz vor.

Ueber die Warenknappheit entnehmen wir den Berichten:

Bayern: Knappheit in bestimmten Warensorten zeigt sich immer mehr. Es herrscht Mangel an verbilligtem Speisefett (Margarine). Knappheit besteht neuerdings besonders an Zwirn und anderen Textilerzeugnissen. An Seife mangelt es spürbar, aber nicht so, dass man seinen täglichen Bedarf nicht mehr decken könnte. Die Qualität ist schlechter geworden.

Westdeutschland: Aus dem Ruhrgebiet, aus Westfalen, Hannover und aus dem Bremer Gebiet wird übereinstimmend über weiter anhaltenden und sich verschärfenden Warenmangel vor allem in Textilien berichtet. In der Produktion macht sich dieser Mangel jetzt fühlbar bei der Herstellung der Frühjahrsartikel. Die Nazis beruhigen sich mit der Redensart, dass ja immer noch genug Frühjahrssachen in den Lagern liegen und auf neue Moden keine Rücksicht genommen zu werden brauche. Damit erstirbt aber gerade der Kaufreiz, vor allem in der Damenkonfekti

Sachsen: Die Konfektionshäuser usw. in Dresden dürfen Trikotagen nur bis 3 Stück abgeben pro Käufer (Renner, Möbius, früher Alsberg, Reka, Messow & Waldschmidt, Heinrich, Defaka usw.) Ueberall herrscht grosser Andrang; Alles macht Angst- bzw. Vorsorgeeinkäufe.

Käse und Kakao können von den Grossisten künftig nur noch zu zwei Dritteln des Sommerbedarfs geliefert werden.

Berlin: Die Wäschefabrik Simon führt nur noch die Bestellung der Kunden aus, die schon im Jahre 1933 beliefert wurden und zwar wird durchweg nur a in Höhe von 70 Prozent der Bestellungen von 1933 geliefert.

In den Geschäften beginnen Seifen knapp zu werden. Ersatz kann in vielen Fällen nicht mehr beschafft werden. Bei Wertheim z.B. sind Sunlicht-Kernseifen seit einiger Zeit ausverkauft. Ein grösserer Vorrat französischer Kernseife war in wenigen Stunden ausverkauft. Die Qualität wird schlechter. Die Sunlicht-Gesellschaft verwendete bisher Packungen, auf denen stand:

"20.000 RM. Bürgschaft übernimmt die Sunlicht-Gesellschaft A.G., Mannheim dafür, dass diese von ihr hergestellte Seife keine schädlichen Bestandteile enthält."

Jetzt ist der Text folgendermassen geändert:

"Die Sunlicht-Gesellschaft A.G., Mannheim, übernimmt die Gewähr dafür, dass diese Seife unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen hergestellt ist."

Gänzlich weggefallen sind auf den neuen Packungen die früheren Versicherungen:

"Grösste Waschkraft, mühelose Arbeit.
Schonung der Gewebe.
Sunlicht-Seife ist wegen ihrer Reinheit auch für Hände
und Körper vorzüglich geeignet."

Ueber den Umfang der Hamsterei bringt die amtliche Umsatzstatistik einen mittelbaren Beleg. Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem Wochenbericht vom 3. Oktober eine Uebersicht über "die Belebung des Verbrauchs". Danach ist der Verbrauch in folgenden Waren gegenüber dem Vorjahr gestiegen:

	1 9 3 4		
	1. Viertelj.	2. Viertelj.	Juli/August
Einzelhandelsumsätze der			
Möbelfachgeschäfte Werte	34,7 Proz.	49,7 Proz.	37,7 Proz.
E-H-Umsätze in Bekleidung "	17,6 "	9,1 "	17,6 "
Kaffeeverbrauch - Mengen	19,5 "	11,5 "	28,0 "
Teeverbrauch "	1,9 "	0,9 "	27,4 "
Zigarrenverbrauch "	20,2 "	15,6 "	14,6 "

Das Institut für Konjunkturforschung gibt selbst zu, dass "der reguläre Gang der Verbrauchsbelebung durch Vorratskäufe beeinflusst worden ist, die die Bevölkerung im Hinblick auf die Verknappung in der Versorgung mit ausländischen Rohstoffen vorgenommen hat." Die Statistik zeigt deutlich - dass sich diese Hamsterkäufe vorwiegend auf Möbel und Textilien, dann aber auch auf überseeische Genussmittel erstrecken. (Beim Ansteigen der Möbelkäufe ist allerdings die Steigerung der Zahl der Eheschliessungen zu berücksichtigen). Unsere Berichterstatter melden:

Südbayern: Bei uns nimmt die Hamsterwut der Bevölkerung einen geradezu panikartigen Charakter an. In einem südbayrischen Provinzstädtchen ist der Andrang in den Textilgeschäften beängstigend. Die Juden machen glänzende Geschäfte. Der Faden ist fast vollständig ausgegangen. Jeder Käufer bekommt nur mehr eine Rolle. Die Leute rennen nun in jedes Geschäft und holen sich überall eine Rolle Faden. Das hat soweit geführt, dass am vergangenen Samstag die einzelnen Geschäfte für kurze Zeit geschlossen hatten. Kleidungsstücke werden in Massen gehamstert. Das führte dazu, dass die Kleidergeschäfte nur jeweils einen Damenrock, nur ein Hemd, eine Unterhose etc. verkaufen dürfen. Die Erregung wird dadurch immer grösser und die Befürchtungen, die die Bevölkerung hegt, scheinen sich dadurch zu bestätigen, so dass noch immer mehr Drang zum Kaufen besteht. Das bekannte Seifengeschäft am Platze ist mit Kunden umlagert, besonders in den Abendstunden. Die Aeusserungen der Käufer, die im Laden warten müssen, zeigen, dass die Erregung in der Bevölkerung sehr gross ist. Dabei schliessen sich die Nationalsozialisten beim Hamstern nicht aus. Die neue Seife wird in der Qualität schlechter, aber der Preis bleibt derselbe. Von der noch vorhandenen alten Seife erhält der Käufer nur ein Stück. Die Ortsleitung der Nationalsozialisten liess das Gerücht verbreiten, dass demnächst Haussuchungen nach gehamsterten Waren durchgeführt würden. Der Rundfunk und die Presse bemühen sich vergeblich, beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken. Wie wenig das wirkt, können wir täglich beobachten. Aus diesen Erscheinungen zeigt sich, dass das Volk kein Vertrauen zur Regierung hat.

Da in unserem Ort nur jüdische Textilgeschäfte sind, fahren die Nazis, da sie sich hier beobachtet glauben, zur Befriedigung ihrer Kauflust nach München. Aber auch das spricht sich herum und trägt nicht zur Befriedigung der Stimmung bei.

Nordbayern: Infolge der Kriegspsychose setzt das Hamstern verstärkt ein. Zwirn, Seife, Leder, Gummi usw. werden von allen gehamstert, die dazu in der Lage sind. Die Schimpferei der Nazi gegen das Hamstern regt nur noch mehr zum Hamstern an. Wie bei aller Hamsterei, wird auch jetzt unsinnig gehamstert. Man will seine paar Mark in Sachwerten anlegen.

Baden: Die Hamsterkäufe dauern an und heute ist man in der Bevölkerung ganz ~~ganz~~ der Auffassung, dass auf allen Gebieten die Lebensmittelkarten kommen werden. Man geht darüber mit einer Gleichgültigkeit hinweg, die geradezu erschreckend ist. Jeder Widerstandswille und jede Urteilsfähigkeit ist den breiten Volksmassen abhanden gekommen.

Ruhrgebiet: Das Hamstern ist eine allgemeine Erscheinung. Die kleinen Geschäftsleute verstärken die Furcht vor der Rohstoffknappheit. Ein mir bekannter Schneidermeister hat mir sehr zugeredet, jetzt noch einen Anzug machen zu lassen, im Winter werde das Zeug minderwertiger sein.

Das Regime führt den Kampf gegen Hamsterei und Preissteigerung nach seinen auf andern Gebieten bewährten Methoden. Die Tagespresse ist voll von Ankündigungen der Gauleitungen, die die Bevölkerung zur Anzeige von Preissteigerungen auffordern, ferner von Mitteilungen über Verhaftung von preissteigernden Kleinhändlern, von Geschäftsleuten, die auf ihren Angeboten einen Zweifel an der Stabilität der Mark anzudeuten wagten usw. Unsere Berichterstatter melden einige Beispiele, die zeigen, wie weit man in diesen Massnahmen heute schon geht:

Berlin: In einem grossen Berliner Teppichhaus wurde ein gekaufter Teppich, bei dem sich bei der Lieferung Webfehler herausstellten, vom Kunden zurückgegeben und ein fehlerfreier Teppich gefordert. Der Verkäufer, später der Einkäufer, erklärten dem Kunden, dass ein anderes Stück nicht mehr am Lager sei und auch nicht geliefert werden könnte, er möge den Teppich behalten und froh sein, noch ein solches Stück zu haben. - Einen Tag später wurde der Einkäufer verhaftet und nur seines hohen Alters wegen nach 2 Tagen wieder freigelassen, er steht jetzt unter täglicher Polizeikontrolle.

Ein kaufmännischer Angestellter, der in einem Geschäft, auf die Frage eines Kunden, der für seine Braut Essbestecke kaufen wollte, gesagt hatte, man kaufe zweckmässigerweise lieber jetzt als im Frühjahr, wurde auf Veranlassung des NSBO-Mannes, der das Gespräch mit angehört hatte, fristlos entlassen und aus der DAF "ausgestossen".

Bayern: In manchen Orten wird die Teuerung einfach behördlich verboten, was bei den Kennern der Wirtschaft lächerlich wirkt, bei der übrigen Bevölkerung die Angst steigert, da man an die Preissteigerungen im Kriege und während der Inflation sich noch zu gut erinnern kann. Der Stadtrat von Mitterteich z.B. hat einfach erklärt, dass "verschiedene Geschäftsleute, vorwiegend die Metzger, versuchen, Preiserhöhungen durchzuführen. Dieses ist unstatthaft. Die Bevölkerung wird ersucht, keinesfalls erhöhte Preise zu bezahlen und bei der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten, wenn man versuchen sollte, erhöhte Preise abzuverlangen. Es wird mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden."

2. Arbeitsbeschaffung.

Um die Arbeitsschlacht ist es sehr still geworden. Die Arbeiten gehen allmählich zuende. Aber für die Provinz gibt sie hie und da doch noch Anlass, die Propagandakünste des Regimes spielen zu lassen. Zwei Beispiele:

Bayern: Anfang Oktober wurde in Eichstätt die neue Verbindungs-
bahn zwischen dem Bahnhof Eichstätt an der Linie München-Nürnberg
und der 4 Km entfernt gelegenen Stadt selbst fertiggestellt. Es
war lediglich ein Umbau von Schmalspur auf Normalspur. Also eine
herzlich unbedeutende Sache. Trotzdem wurde die Einweihung als grosser
Sieg in der Arbeitsschlacht gefeiert. Stadt und Bahnhof waren fest-
lich geschmückt: Fahnen, Girlanden usw. Der erste Zug wurde von der
mit Musikkapelle und Trommlerkorps aufmarschierten SA. empfangen. Be-
grüssung, Ansprachen usw.

Pommern: Die Provinz Pommern gehört zu den Gebieten, die nach dem
Göring-Plan zur Aufnahme von Berliner Erwerbslosen bestimmt sind.
Im Kreise Ueckermünde erregte die Bereitstellung von Arbeitsplätzen
für Berliner bei den einheimischen Arbeitslosen einiges Befremden.
Sie sahen nicht ein, warum nicht die Arbeitsmöglichkeiten in ihrem
Kreis zuerst einmal ihnen zugute kommen sollten. Es gab beruhigende
und aufklärende Zeitungsartikel und dergl. Schliesslich kamen die Ber-
liner. Ueber den Empfang berichtet die "Pommersche Zeitung":

"Ferdinandshof (Kr. Ueckermünde), 4. Oktober. Donnerstag abend tra-
fen 20 Arbeiter aus Berlin ein, die auf Grund des Göring-Planes in
unserem Kreise bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Ver-
treter der Partei und Behörden bereiteten ihnen einen herzlichen
Empfang. Kreisleiter Pg. Zerbst gab in seinen Begrüssungsworten der
Freude Ausdruck, dass es dem Kreise Ueckermünde als erstem im Ar-
beitsamtsbezirk Stettin gelungen sei, auswärtige Arbeiter unterzu-
bringen. Unter Vorantritt einer Kapelle marschierte der Zug nach
dem Dorfe Wilhelmsburg. Hier wurden die Berliner Arbeitskameraden
von dem Gastwirt Keil bewirtet. Nach Begrüssungsansprachen des Ge-
meindevorstehers Splittgerber, des Kreiswalters der DAF. Rühl und
des Landrats Schlenzig sprach der Direktor des Arbeitsamtes Uecker-
münde, Oberregierungsrat Höffmann, der das besondere Verdienst von
Landrat Schlenzig bei der Unterbringung der Göring-Plan-Arbeiter
hervorhob. Er versicherte den Berliner Arbeitern, dass der Kreis
Ueckermünde dem Göring-Plan weitestgehende Unterstützung zuteil wer-
den lasse. "

Auf 20 Berliner Arbeiter 5 Begrüssungsredner !

Diese beiden Beispiele zeigen, wie energisch nach wie vor, selbst
in den kleinsten Orten - Ferdinandshof ist eine Landgemeinde von 1500
Einwohnern - die Propaganda-Maschine in Gang gesetzt wird und sicherlich
auch heute noch, trotz aller Misstimmung, nicht ohne Erfolg.

Wir haben früher wiederholt über schwindelhafte Methoden berichtet,
die insbesondere von Gemeinden zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungs-
massnahmen angewendet worden sind. Jetzt liegt uns über dieses Thema ein
neuer Bericht aus Westfalen vor:

Die Stadt Bünde in Westfalen lässt einen Brückenbau ausführen. Die
Arbeit wurde von der Stadt ausgeschrieben und an die Unternehmer ver-

geben, ohne dass die Stadt einen Pfennig Geld besass. Die Stadt zahlte an die Unternehmer mit Wechseln. Die Wechsel nahmen schliesslich einen solchen Umfang an, dass die Postanstalt in der Stadt, die einen immerhin nicht unerheblichen Verkehr hat, die Wechselstempelmarken nicht in genügendem Umfang hatte und erst nachbestellen musste. Inzwischen sind die Lauffristen der ersten Wechsel längst vorbei, die Unternehmer müssen aber wohl oder übel prolongieren, weil die Stadt zur Zahlung nicht in der Lage ist. Der Volkshund hat das Wort geprägt: "Unsere Wechsel halten länger als die Brücke".

Aus der Berichterstattung über den Arbeitsplatz-Austausch geht hervor, dass auch auf diesem Gebiet nicht mehr so stürmisch vorgegangen wird wie zu Beginn der Aktion. Der Uebereifer vieler Betriebe, die die Gelegenheit benutzen, sich möglichst vieler überflüssiger Arbeitskräfte zu entledigen, wurde von den Arbeitsämtern abgebremst, das Eingreifen der "Dienststellen" der N.S.D.A.P. und insbesondere des Arbeitsdienstes wurde ausdrücklich verboten und bald fanden auch die Unternehmer heraus, dass die Sabotage der Aktion manchmal ihren Interessen mehr entsprach als die Unterstützung. Im übrigen wird aus mehreren Landesteilen berichtet, dass die Jugendlichen selbst sich vor allem durch die Heirat vor der Entlassung zu schützen versuchen.

Buhr: Unter der Jungarbeiterschaft herrscht stärkste Erregung. Die Verschickung in die Landerbeit wird als Deportation gewertet. Auch die Jungarbeiter wissen, dass die Landwirtschaft im Winter bei den heutigen Produktionsmethoden nicht einmal für die ständige Landarbeiterschaft Dauerarbeit hat. Es wird zu allen möglichen Mitteln gegriffen, um sich zu drücken. Wer irgend kann, heiratet, wenn gleich auch damit keine absolute Sicherheit gegen den zu erwartenden Drill besteht. Gegen den Arbeitsplatztausch besteht auch bei Unternehmern Unwillen. Tritt auch für die älteren Arbeiter keine höhere Entlohnung ein, so sind die eingearbeiteten jüngeren Arbeiter aber oft produktiver gewesen.

Berlin: Die Aktion wird ziemlich vorsichtig gehandhabt. Die Jugendlichen entziehen sich der Entlassung zum grossen Teil durch die Heirat. Die Arbeitsämter müssen bei der Aktion auch darauf Rücksicht nehmen, dass schon jetzt ein fühlbarer Mangel an Facharbeiter-Nachwuchs eintritt. Auch die Hitlerjugend hat die Aktion zum grossen Teil sabotiert. Im ganzen kann man feststellen, dass eine starke Beunruhigung in der Jugend eingetreten ist, dass aber bisher sehr wenig erreicht wurde.

Baden (Singen Hohentwiel): Die Arbeitslosigkeit nimmt seit 14 Tagen ziemlich zu. Notstandsarbeiten, die mit grossem Tamtam angekündigt wurden, sind noch nicht in Angriff genommen; andere wurden unterbrochen, da die Stadt keine Mittel mehr hatte. Von Zeit zu Zeit werden eine Anzahl Leute eingestellt und nach 8 oder 14 Tagen wieder heimgeschickt. Auf der Stempelstelle heisst es dann: Aha, jetzt werden die Arbeitslosen wieder gezählt!

In den Grossbetrieben wurden vor 8 Tagen einer ganzen Anzahl junger Leute, beiderlei Geschlechts, gekündigt, damit sie in den Arbeitsdienst

gehen. Wer unter 25 Jahre ist, und sich arbeitslos meldet, erhält in den ersten 14 Tagen eine Vorladung zur Untersuchung nach Konstanz für den Arbeitsdienst. In der "Maggi"-Fabrik wurden vor 8 Tagen 160 Kündigungen ausgesprochen, in der Mehrzahl junge Leute, die früher den sozialistischen Vereinen angehört haben. Am 2.11. sind von hier 35 Mann eingedrückt und Ende Oktober eine kleinere Anzahl zur "Fliegerschule".

Südbayern: Die Arbeitsschlacht hat bei uns so gut wie überhaupt keinen Erfolg gebracht. In Zwiesel einer Stadt mit 6.000 Einwohnern haben wir heute noch, nach genauen Schätzungen 5 - 600 Arbeitslose. In der letzten Zeit werden die Jungen aus den Betrieben genommen und in den Arbeitsdienst eingereiht. Dabei ergeben sich grosse Schwierigkeiten. Es zeigt sich, dass hierfür die Jungen in die Betriebe geschickten älteren Arbeiter vielfach nicht die Leistungskraft und Schulung wie die Jungen haben, so dass Störungen in der Arbeit auftreten. Bei den P...er Farben-glaswerken sollten 80 jüngere Arbeiter durch ältere ersetzt werden. Die Betriebsführung erhob dagegen Einspruch und wies nach, dass durch die Hereinnahme nicht genügend geschulter und leistungsfähiger Arbeiter eine so empfindliche Störung des Betriebes eintreten würde, dass Gefahr für den Bestand des Unternehmens bestünde. Der Einspruch hatte Erfolg.

Nordbayern: Das Arbeitsamt Nürnberg teilt mit, dass eine Anzahl von Betrieben die vorgeschriebene Mitteilung über den Altersaufbau ihrer Gefolgschaften noch nicht mitgeteilt haben. Es handelt sich um die Verordnung vom 28. August wegen des Austausches der Jugendlichen. Wenn die Mitteilung nicht bis 10. Oktober beim Arbeitsamt eingelangt sei, erfolgt Strafanzeige. Die Geldstrafe betrage 150.- Mk.

Man ersieht aus dieser Bekanntmachung, dass verschiedene Unternehmer sich von der Durchführung dieser Verordnung drücken wollten. Wie Unternehmer sind im Allgemeinen auch nicht von dieser Verordnung erbaute. Sie müssen Leute, die sie kennen und die sich eingearbeitet haben, entlassen und wissen nicht, wen sie dafür in den Betrieb bekommen.

Auf einer Sondertagung der Industrie- und Handelskammer Berlin richtete, einer Meldung der "Frankfurter Zeitung" vom 28. Oktober zufolge, der Vizepräsident Steeg an die Vertreter der Wirtschaft die dringende Bitte, den Austausch Jugendlicher in den Betrieben stärker zu fördern.

3. Der Arbeitsdienst und die Landhilfe.

Die Vorschriften über den Arbeitsplatztausch werden von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes selbst als ein bedeutungsvoller Schritt zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht bezeichnet. Praktisch sind die unteren Instanzen schon seit längerer Zeit so vorgegangen, als ob die Dienstpflicht bereits eingeführt sei. Aus Westsachsen ging uns z.B. folgender Bericht darüber zu:

Der freiwillige Arbeitsdienst wird immer mehr und mehr Arbeitsdienstpflicht, wie aus nachstehender Zuschrift zu ersehen ist, die im Zwickauer Bezirk im September den Jugendlichen unter 25 Jahren

zugestellt wurde:

"Herr wird hiermit aufgefordert, sich am 25.9.34 ... Uhr auf dem Meldeamt des Freiwilligen Arbeitsdienstes einzufinden, um sich für den Dienst beim Freiwilligen Arbeitsdienst ärztlich untersuchen zu lassen. (Stempel) "

Der Aufforderung zur Untersuchung musste jeder Jugendliche nachkommen. Nach der Untersuchung erhielt er eine Bescheinigung, auf der bestätigt wurde, dass er tauglich oderuntauglich für den FAD. ist.

Die zu erwartende Dienstpflicht für den Arbeitsdienst hat zwei eigenartige Wirkungen ausgelöst. Einesteils versuchen die Jugendlichen, sich jetzt noch stärker wie in den früheren Monaten vom Arbeitsdienst durch die Heirat zu drücken und andernteils bewerben sie sich um den Eintritt in die Reichswehr, weil sie sich sagen, wenn schon militärischer Drill, dann in der Reichswehr.

Ueber die Zustände in den Lagern des FAD. bringen wir nachstehende Berichte, an erster Stelle einen, dessen Herkunft nicht näher bezeichnet werden kann:

An einem Spätsommertag bekamen wir, die ungefähr 50 Mann stark zählende Belegschaft des Lagers, einen neuen Lagerleiter, nachdem der alte, der sich grosser Beliebtheit bei allen erfreute, ausgeschieden war. Dieser "Neue" war uns schon von früherher durch seine Grossschnäuzigkeit und sein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Arbeitsmänner bekannt. Gleich nach seiner Ankunft liess der neue Lagerleiter im Range eines Obertruppführers eine giftige Rede gegen das Lager als solches, Insassen und alles was drum und dran war, los. Es sei alles verdreckt und kein Zug und keinerlei Ordnung und von Ehrenbezeugungen keine Spur vorhanden. Er gab bekannt, dass die nach dem Essen übliche Bettruhe ausfalle und demnach binnen 20 Minuten alles draussen zu stehen habe zwecks Revierreinigung. Die rücksichtslose Behauptung des O.-Truppf., es sei alles verdreckt, beleidigte nicht nur uns, also die gesamte Lagerbelegschaft, sondern auch den früheren Lagerleiter, mit dem wir uns alle gut verstanden haben. Der "Neue" setzte Revierreinigung an, und diese wurde nur Samstags von uns ausgeübt, das war aber gerade ein Dienstag, und noch dazu nahm er uns die Bettruhe, die wir täglich ausnahmslos gewohnt waren. Da kein Abreden mehr half, wurde vom "Landhaus" beschlossen, (das Lager zerfiel in zwei Teile, Baracke und Landhaus, die beide besetzt waren) sich auf eigene Faust hinzulegen und Bettruhe zu halten und keinesfalls, wenn gepfiffen wird, aufzustehen. Die Baracke erklärte sich nun solidarisch und machte dies Abkommen in der Ausführung mit. Binnen 10 Minuten "schliefen" beide Unterkünfte so fest wie möglich. Es dauerte auch nicht lange, pfiiff der T.v.D. zum Raustreten. Er war natürlich sehr erstaunt, als kein Mensch diesem Befehl Folge leistete und alles so tat, als ob sie schliefen. Er versuchte noch einmal, die Leute zu bewegen, dass sie aufstünden, aber es schienen alle wie erkaltet zu sein. Es blieb nun dem T.v.D. nichts weiter übrig, als zum O.-Truppf. zu gehen. Der O.-Truppf. kam, witterte und zeterte wie wild, was los sei und wenn nicht sofort aufgestanden wird, da knallte. Er rannte wie besessen hin und her und tobte in allen Tonarten, aber keiner dachte daran, sich zu erheben. Nur vereinzelt lachte es und lachte es in den Ecken. Diese Komödie mag vielleicht rund 10 Minuten gedauert haben, als sich

einer von den "Alten" erhob und zum Aufstehen mahnte. Es war nämlich noch das Beste, was man machen konnte, obwohl es allerdings nicht der Kameradschaft gegenüber der Besatzung des Landhauses entsprach. So trat nun die Baracke langsam aber sicher, einer nach dem andern zum Revierreinigen raus, in banger Erwartung um das Landhaus, die sich strikte weigerten, vor beendigter Bettruhe aufzustehen und Dienst zu machen.

Inzwischen hatte der Ob.-Truppf. an die Abteilung in die Stadt geklingelt, was er nun tun solle. Es verging keine halbe Stunde, so kamen auch schon zwei andere Obertruppführer von ausgesuchter Qualität in Bezug auf Menschendressur auf Rädern zur "Unterstützung" des Lagerleiters angefahren. Jedenfalls raste sogleich der eine in das Landhaus mit den unflätigsten Bemerkungen zu den Arbeitsmännern hinein. So kam es dann schliesslich soweit, ein Wort gab das andere, denn die Jungens waren auch nicht auf den Mund gefallen, dass der Obertruppführer mit einem Revolver in der einen Hand und mit einem Eimer Wasser in der anderen, zum Angriff vorging. Er goss diesen Eimer Wasser mit der grössten Rücksichtslosigkeit über zwei noch liegen gebliebene Jungens in die Betten, so dass sie über und über durchnässt wurden.

Die gesamte Belegschaft des Landhauses in Stärke von 9 Mann wurde noch am selben Nachmittag bis auf drei Mann nach anderen Lagern strafversetzt, die wegen ihrer Strenge und Härte bekannt waren. Die andern 3 wurden erst mal zur Abteilung in die Stadt gebracht, wo sie grossartig wegen Meuterei polizeilich verhört wurden. Die Lagerleitung wusste zuerst nämlich nicht, was sie mit den 3 Jungens nun anfangen sollte. Aber den Wunsch, dass sie überhaupt aus dem Arbeitsdienst entlassen werden wollten, liess die Lagerleitung den drei "Strafgefangenen" nicht zuteil werden. Man liess sie eben erst 8 Tage im Lager, liess sie Holz hauen und getrennt schlafen, damit sie mit keinem anderen in Berührung kommen konnten, nach dem Schema eines Zuchthauses. Nach dieser Frist steckte man diese drei Jungens, die nebenbei alle Hamburger waren, voneinander weit getrennt in die Lager, die tief im Walde lagen, ohne jeglichen Verkehr und ohne Fahrtverbindungen, von menschlichen Siedlungen kilometerweit entfernt. Ausserdem sind diese Lager wegen der Charakterlosigkeit der Unterführer weithin berühmt. Der O.-Truppführer aber reichte nach zwei Tagen seinen Urlaub ein und liess sich nie wieder bei uns blicken.

Berlin: (Aus dem Brief eines Arbeitsdienst-Angehörigen an seine Eltern):

"Also gestern wurde uns vorgelesen, wer sich noch "freiwillig" von den alten auf ein weiteres halbes Jahr verpflichten will. Bei uns hat sich natürlich keiner dazu gemeldet. Es wurde aber gleichzeitig hinzugefügt, dass die Arbeitsdienstpflicht doch zum 1. Oktober eingeführt würde, und dann auch alle, auch diejenigen, die sich seinerzeit freiwillig meldeten, erst nach Wochen den Arbeitspass bekommen würden. Sie können also nach 26 Wochen schon raus, bekommen aber keinen Pass.

Es kommt dann so nach allgemeiner Meinung, dass im nächsten Jahr dann entweder man gleich vom Arbeitsdienst zum Heer eingezogen wird, wenn nicht vorher ein Krieg kommt. Jedenfalls hier in dieser Gegend werden junge Leute zum Grenzschutz herangezogen. Die Uebungen machen sie mit Platzpatronen. Jedenfalls habe ich kein Interesse daran, von hier gleich in den Krieg zu gehen und darum kündige ich jetzt am 30.9. zum 15. Oktober, komme dann nach Haus, und wenn ich keine Arbeit be-

komme, gehe ich entweder nochmals in den Arbeitsdienst, was ich aber nicht glaube, sondern zum Heer, und zwar in die Nähe der Heimat, damit ich öfter Gelegenheit habe, mich nach der Familie zu erkundigen. Man wird alt und grau, ehe man zu etwas im Leben kommt. Na, jedenfalls mein Entschluss steht fest, noch 3 Wochen und dann im Januar in den Krieg, Ding vorm Kopf und weg ist der Weg und verfault... Wenn Du es erübrigen kannst, schicke mir vor dem 30. noch Nachricht mit einer einzigen kleinen Mark, damit ich mir noch Seife kaufen kann, weil die Sachen selbst ausgewaschen werden müssen, bevor ich sie abgebe..."

Hamburg: (Aus einem Brief): In den letzten Tagen wurden einige Arbeitsdienstmänner, welche ihre Zeit abgedient hatten, aus mecklenburgischen Arbeitslagern nach Hamburg entlassen.

Die jungen Leute kamen vollkommen abgerissen in Hamburg an. Die Anzüge zerschissen, Wäsche und Strümpfe waren vollkommen zerrissen. Von Taschentüchern, Zahnbürsten und Sonstigem, wie Handtücher, wurde nur ein Bruchteil wieder mit nach Hause gebracht. Klagen über die in den Arbeitslagern erhaltene Verpflegung. Schlechtes Mittagessen. Schikanöse Behandlung. Ungeheure Anklagen gegen Feldmeister, die die Verpflegungsgelder versoffen hatten. Diebstähle über Diebstähle. Fast sämtliche Heimkehrer klagen über das Ueberhandnehmen der Diebstähle in den Arbeitslagern. Nichts ist dort sicher. Geld, Zahn- und Schuhbürsten, Wäsche usw. wird ständig gestohlen. Viele Arbeitsdienstler waren, um sich einigermaßen gegen die Diebstähle zu sichern, gezwungen, von ihren Eltern Kisten mit starken Vorhängeschlössern schicken zu lassen.

Sachsen: Das Mittagessen war in manchen Lagern gut und reichlich, jedoch in vielen Lagern auch ganz minderwertig und besonders fettarm. In früheren Zeiten wurde die Unterwäsche, die Strümpfe usw. von einer Lagerwäscherei gewaschen und von der Lagerverwaltung bezahlt. Doch jetzt gibts das nicht mehr. Den Arbeitsdienstlern wurde bei einer Dienstaussgabe der Befehl zur Verlesung gebracht, dass jeder seine Wäsche jetzt selbst zu waschen und die hierfür benötigte Seife und sonstigen Waschmittel von seinem Sold zu beschaffen habe. Die Riesensummen, die für das Waschen und die Waschmittel bisher ausgegeben worden seien, müssten eingespart werden. Der Sold aber, den die Arbeitsdienstler bekommen, sei dazu da, diese Ausgaben zu decken. Durchschnittlich bekommen die sächsischen Arbeitsdienstler in 10 Tagen 2.50 Mark Sold. Dafür müssen sie Waschmittel, Schuhputzmittel usw. kaufen. Aber auch Strümpfe, denn sie bekommen von der Lagerverwaltung nur ein Paar Strümpfe. Und da es beim Arbeitsdienst genau, ja noch schlimmer ist, als beim früheren Militär, da alles in der nächsten Stunde beim Appell wieder blitzsauber sein muss, andernfalls schwere Strafen verhängt werden, bleiben den Arbeitsdienstlern von ihrem 10 Tagessold gar nichts für die persönlichen Genüsse übrig, wie Rauchen, einmal ein Glas Bier usw. Denn der Aufwand für die dienstlichen Dinge verschlingt die geringen Solde. Folglich müssen die Eltern der Arbeitsdienstler, die ja auch in den meisten Fällen selbst zum Leben zu wenig, zum verhungern zu viel haben, sich noch abdarben, um ihrem Jungen einmal etwas zustecken zu können.

Von den entlassenen Arbeitsdienstlern kann man auch hören, dass die Stimmung und Begeisterung in den Lagern gedrückt und verzweifelt ist. Fast ohne Ausnahme haben es die Arbeitsdienstler gründlich satt und sehen den Tag herbei, an dem sie das Lager von aussen für immer zumachen können.

Im Arbeitslager, welches eine Belegschaft von 200 Mann hat, ist unser illegales Material unter jedes Kopfpolster gelegt worden. Es ist aber auch nicht ein Polster vergessen worden. Daraufhin entstand grosse Aufregung. Grosse Verhöre wurden angestellt. Alles ohne Resultat. Daraufhin wurde gedroht, wenn sich der Verteiler nicht melde, würde 3 Stunden Strafoxerzieren. Niemand meldete sich. Das Strafoxerzieren von 3 Stunden wurde abgehalten. Aber ohne Erfolg. Daraufhin wurde angedroht: Volle Nacharbeit! Also nach dem Strafoxerzieren. Aber auch erfolglos. Das Lager musste dann die ganze Nacht arbeiten und auch am folgenden Tag hatte es nur wenig Erholungszeit. Herausgekommen ist aber nichts. Die "Soz. Aktion" kursiert auch jetzt noch!

Hessen: Die Diensterteilung in den Lagern ist aussergewöhnlich anstrengend. In der Regel: 4,15 Uhr wecken, Stube in Ordnung bringen, eine Stunde Morgengymnastik, dann Frühstück. Dann Arbeitsdienst bis 1/2 1 Uhr. Von und zur Arbeitsstelle je 1 1/2 Stunden Fussmarsch mit geschulerten Gerätschaften. 1/2 1 bis 1/2 3 Uhr Mittagessen und Ruhe. Dann bis 1/2 1 Uhr bzw. 1/2 10 Uhr militärische Ausbildung am Gewehr 98, mit leichten und schweren Maschinengewehren, Handgranaten usw. Dies wechselt mit Instruktionsstunden über die verschiedensten militärischen Gebiete. Ab 9 bzw. 10 Uhr Bettruhe. Sonntag und Sonnabend nachmittag, mit Ausnahme der Wachen, dienstfrei. Diese Einteilung wurde mir allgemein als richtig bestätigt. Lediglich die Zeit des Dienstbeginns und -Ende wechselt entsprechend der Einstellung des Lagerkommandanten.

Aus einem Reisebericht: Allgemein bezeichnen unsere Genossen die FAD-Lager als Brutstätten des Kommunismus und Radikalismus. Während des Dienstes wird strenge Disziplin gehalten und selten werden Disziplinlosigkeiten im Beisein von Vorgesetzten beobachtet. In den Baracken jedoch, unter sich, wird heftig geschimpft und radikale Gespräche geführt. Davon machen auch ehemalige SA-Leute keine Ausnahme. Das Kriegswort: "Gleiche Löhnung, gleiches Fressen, dann wäre der Krieg schon längst vergessen!", ist nun beim FAD. in Schwung mit der Variante "... dann wäre der Arbeitsdienst schon längst vergessen!" Die FAD-Mannschaften sind sich bewusst, dass sie keine Arbeiter, sondern nur eine verkappte Militärtruppe - die Infanterie oder das Kanonenfutter des nächsten Krieges - sind. Die Stimmung ist alles andere, als dem Regime freundlich.

Bei der Landhilfe sind die Arbeitsämter jetzt nach Beendigung der landwirtschaftlichen Arbeiten eifrig bemüht, Bauern und Landhelfer dazu zu veranlassen, das Landhilfeverhältnis auch den Winter über aufrechtzuhalten. Unsere Berichterstatter melden:

Sachsen: Die Arbeitsämter im Chemnitzer Bezirk appellieren an das "offene Auge und offene Herz für die kleinen und grossen Nöte der Jugend, die fern dem Elternhaus, oft durch das Leben in der Grosstadt haltlos geworden sind." Die Bauern wären berufen, den Jugendlichen "allmählich in den Lebenskreis des Bauern" hineinwachsen zu lassen. Sie könnten dieser Berufung nachkommen, wenn sie die Jugendlichen auch in den Wintermonaten bei sich behielten. Dadurch würde verhindert, "dass die Landhelfer wieder den verderblichen Einflüssen der Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden."

Die Landwirte durchschauen natürlich den Schmus. Auch bei ihnen geht die Vaterlandsliebe durch den Magen und sie sind deshalb nicht gewillt, den Jugendlichen Kost und Unterhalt zu gewähren, wenn sie von ihnen keine Gegenleistung erhalten können.

Baden: Von der Landhilfe sind nur wenige Bauern begeistert. Nur diejenigen, die zufällig recht arbeitsame und dumme Landhelfer bekommen. Die meisten jungen Leute, die zwangsweise Landhelfer wurden, sind nicht zufrieden. In einigen Fällen herrscht ein gutes Einvernehmen zwischen Bauern und Landhelfern; in den meisten Fällen sind dagegen beide Teile froh, wenn die Zeit vorbei ist. In letzter Zeit hört man immer mehr Klagen von Landhelfern, dass das Essen nachlässt, seit die Arbeit weniger geworden ist, und die Bauern sind dann froh, wenn sich die Landhelfer verdrücken, dann brauchen sie sie nicht den Winter über zu füttern.

Berlin: Der Vorsitzende eines Arbeitsamtes in der Provinz Hannover hat Anfang November an einen Berliner Landhelfer, der in Hannover beschäftigt ist, folgendes Schreiben gerichtet:

„Wie ich festgestellt habe, beabsichtigen Sie nach Ablauf Ihres Arbeitsvertrages in die Heimat zurückzukehren. Ich bitte Sie, sich dies noch reiflich unter Berücksichtigung des nachstehend Aufgeführten zu überlegen.

Die Arbeitsverhältnisse in Ihrer Heimat sind immer noch sehr ungünstig und können daher junge ledige Leute in Ihrem Alter nicht darauf rechnen, eine Arbeitsstelle zu erlangen. In erster Linie muss für die Unterbringung der noch arbeitslosen verheirateten Kräfte Sorge getragen werden. Aus diesem Grunde ist das Gesetz über Arbeitseinsatz und Arbeitsausgleich geschaffen worden, nach welchem die einzelnen Betriebe junge Leute nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes einstellen können. Hiernach wird es Ihnen unmöglich gemacht, sich selbst eine Stelle zu besorgen bzw. dem Betriebsinhaber, Sie ohne Mitwirkung des Arbeitsamtes einzustellen. Da Ihnen hier jederzeit die Möglichkeit geboten ist, weiter zu verbleiben, wenn auch nicht immer bei Ihrem bisherigen Arbeitgeber, so doch durch Umvermittlung in eine andere Arbeitsstelle, wird Ihnen in der Heimat eine Unterstützung nicht gezahlt. Sie werden daher Ihren Eltern zur Last fallen müssen und ich glaube nicht, dass dieses denselben angenehm sein wird. Ihre Eltern werden sicherlich auch ohne Sie genügend Sorge um das tägliche Brot haben. Dadurch, dass Sie hier bleiben, erleichtern Sie ihnen diese Sorge und arbeiten auch gleichzeitig am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes, das jedem Arbeit und Brot geben will mit. Es muss für Sie eine Ehre sein, daran mithelfen zu können. Die Arbeitsverhältnisse bessern sich ja von Jahr zu Jahr und wird auch für Sie eine Zeit kommen, wo Sie wieder in Ihrem Beruf untergebracht werden können. Es wäre daher angebracht, dass Sie Ihren Vertrag für weitere 6 Monate verlängern und erhalten Sie dann einen 14 tägigen Weihnachtsurlaub. Für einen ganz geringen Betrag (für Hin- und Rückreisekosten sind ungefähr 6 Rmk. zu zahlen) ist Ihnen Gelegenheit gegeben, das Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben zu verleben. Ausserdem sind die Heimat-Arbeitsämter in Verbindung mit der NS-Volkswohlfahrt bemüht, für Beschaffung warmer Unterkleidung zu sorgen. Ich bitte, die in beiliegender Karte gestellten Fragen zu beantworten und mir dieselbe umgehend zurückzureichen.

gez. (Unterschrift)

III. Die Löhne =====

Das Regime ist in seinen Verlautbarungen über die Entwicklung der Löhne im Dritten Reich einigermassen widerspruchsvoll. Die amtliche Statistik weist beharrlich einen nahezu unveränderten Stand aus, das Institut für Konjunkturforschung bemüht sich alle Vierteljahre, seine Schätzungen über das Wachstum des gesamten Lohneinkommens glaubhaft zu machen und das Reichsfinanzministerium verweist auf die Steigerung der Lohnsteuer-Erträge. Andererseits beschwören die prominenten Führer des Dritten Reiches abwechselnd die Arbeiterschaft, sich mit ihren jetzigen Löhnen zufrieden zu geben, auch wenn sie zum Teil das Existenzminimum nicht erreichen. Denn erst müsse das Problem der Arbeitsbeschaffung gelöst werden, dann komme das Lohnproblem an die Reihe. Der "Völkische Beobachter" anerkannte gelegentlich das Vorhandensein "teilweise erbärmlicher Lohnverhältnisse."

Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich leicht auflösen, wenn man folgendes feststellt:

1. Das Lohneinkommen der Arbeiterschaft mag im Ganzen ein wenig gestiegen sein, aber längst nicht im Verhältnis zu der Zahl der neu in Arbeit Gebrachten. Auf den einzelnen Arbeiter entfällt also ein geringeres Durchschnittseinkommen als vorher.

2. Die amtliche Lohnstatistik geht von den Tariflöhnen aus. Unsere Berichte werden zeigen, dass der Lohnabbau zum grossen Teil unter Umgehung der Tarife vorgenommen worden ist.

3. Auch da, wo der Nominallohn unverändert geblieben ist, hat sich der Reallohn durch die Steigerung der Preise wesentlich vermindert. Wir haben bereits in unserem Bericht für August/September umfangreiches Material über die Preissteigerungen vorgelegt und darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Bewegung der Preise in der amtlichen Statistik nur zum geringen Teil zum Ausdruck kommt, weil diese die unsichtbaren Preis-erhöhungen durch Abbau von Rabattsätzen, Festlegung von Mindestpreisen, Verschlechterung der Qualität usw. nicht berücksichtigt.

4. Ein zweiter entscheidender Faktor für die Verminderung des Reallohnes ist die Erhöhung der Abzüge. Wir haben die Spendenwirtschaft im vorigen Bericht für September/Okttober behandelt. Hier noch ein Beispiel, das besonders deutlich zeigt, wie es die Nazis verstehen, aus jeder Gelegenheit Spenden-Kapital zu schlagen: Im Frühjahr war das grosse

Kalibergwerks-Unglück in Buggingen. Kurze Zeit darauf wurde den Arbeitern und Angestellten folgender Spendenschein vorgelegt, wie er uns aus dem Rheinland zugegangen ist:

Für die Hinterbliebenen der verunglückten Arbeitskameraden in Buggingen opfere ich einen

Stundenlohn
entsprechenden Gehaltsteil

und bitte, denselben bei der nächsten Lohn- bzw. Gehaltszahlung einzuhalten.

Köln-Mülheim, den.....

.....
(Unterschrift)
Betrieb:.....
Fabr.Nr.....

Einige unserer Berichterstatter äussern sich allgemein über die Entwicklung der Lohnverhältnisse:

Rhein und Ruhr: Wenn man die Lage der Arbeiter und Angestellten nach den bestehenden Tarifverträgen beurteilen wollte, käme man zu dem Ergebnis, dass sich nichts geändert hat. Nominell wäre alles beim alten geblieben, nur durch die erhebliche Teuerung hätte sich das Realeinkommen gesenkt. Aber die Tarifverträge sind kein Masstab mehr für das Einkommen. Ein ungeheurer Differenzierungsprozess hat eingesetzt. Was gezahlt wird, richtet sich nach der Lage des Betriebes. Man müsste also heute eine Untersuchung über die Betriebsverhältnisse anstellen, um einen genaueren Einblick zu gewinnen, aber das ist wiederum unmöglich. Die Tarifordnungen der Treuhänder der Arbeit, die so etwas wie Tarifvertrag-Ersatz darstellen sollen, sind nur Richtlinien, ganz abgesehen davon, dass niemand da ist, der für ihre Einhaltung sorgt. Die Arbeitsordnungen sind in voller Absicht so dehnungsfähig wie möglich gemacht, damit der Unternehmer weitgehend freie Hand hat. Vertragstreue und Treu und Glauben sind als überholte liberalistische Grundsätze ausser Kraft gesetzt. Unternehmerdiktat ist oberster Rechtsgrundsatz. Daraus erklärt sich die erstaunliche Tatsache, dass die Anhängigmachung von Rechtsstreitigkeiten bei den Arbeitsgerichten gewaltig zurückgegangen ist. Es hat ja doch keinen Zweck. Die Arbeitsfront, in der die Unternehmerinteressen vorherrschen, übt die "Rechtsberatung" aus. Nach Berichten sind hier in grossem Umfange frühere Unternehmer-Syndici untergebracht. Ihre Aufgabe besteht darin, den Arbeiter um seine Ansprüche zu prellen.

Sachsen: Die Lohnentwicklung ist ganz verschieden. Bei den Buchdruckern sind die Löhne noch nicht gekürzt worden. Auch bei anderen hochwertigen Qualitätsarbeitern ist ähnliches zu beobachten. Ganz anders liegt es bei den Metallarbeitern. Hier sind weniger die Tariflöhne gesenkt, aber der tatsächliche Verdienst hat sich durch Einführung neuer Arbeitssysteme - statt Akkordlohn Stundenlohn bei gleicher Leistung, durch Stücklohn, Senkung im Akkordlohn usw. - sehr vermindert. Der Lohn der Steinsetzer ist von etwa Mk. 60 auf Mk. 40 im Wochen durchschnitt heruntergegangen. Zimmerleute haben bis zu Mk. 30 wöchentlich weniger. Besonders in der Textilindustrie sind die Löhne sehr schlecht. Es gibt Heimarbeiter mit einem Stundenverdienst von 23 Pfg.

Brandenburg: Die Löhne schwanken ausserordentlich und sind auch sehr stark von der jeweiligen Konjunktur in der einzelnen Branche abhängig. Es gibt in der Textilindustrie auch heute noch Arbeiter, die mit Mk. 30 oder gar Mk. 40 Wochenlohn nachhause gehen, aber auch andere, die es nur auf Mk. 8,- bis Mk. 9,- bringen. Frauen müssen sogar für Mk. 3,- bis Mk. 4,- Wochenlohn arbeiten. Auch die Löhne in der Gubener Metallindustrie sind sehr schlecht, weil dort keine Rüstungsaufträge vorliegen.

Uneinheitlichkeit ist das hervorstechende Charakteristikum der deutschen Lohnentwicklung. Es gibt Betriebe, in denen die Löhne unverändert geblieben sind. Einige Berichterstatter stellen das ausdrücklich fest.

Südwestdeutschland: (Schiffs- und Maschinenbau A.G., Mannheim) Der Durchschnittsverdienst des Arbeiters von 1932, pro Stunde eine Mark, hat sich bis heute nicht geändert.

Ostsachsen: Uebereinstimmende Berichte aus der Metallindustrie besagen, dass die früheren Löhne geblieben sind. Daher auch die Stimmung für Hitler.

Nordbayern: In Selb arbeiten die Porzellanfabriken von Rosenthal, Hutschenreuther und Krautheim jetzt voll. Es sind insgesamt dort etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Löhne wurden nicht gekürzt, sodass gelernte Qualitätsarbeiter die Woche 32 bis 40 Mark verdienen.

In Schönwald wird in den drei Porzellanfabriken, die zum Kahla-Konzern gehören, noch kurz gearbeitet. Doch wird etwas mehr gearbeitet als noch vor Wochen. Gelernte Arbeiter, die vor Wochen nur 2 Tage in der Woche Arbeit hatten, haben jetzt 3 - 4 Arbeitstage in der Woche. Die Löhne sind nicht gekürzt. Ein gelernter Arbeiter verdient in 3 Tagen 20 Mark.

Es gibt sogar Betriebe, in denen die Löhne gestiegen sind, meist handelt es sich dabei um Akkordverdienste in der Rüstungsproduktion.

Berlin: In den Rüstungsbetrieben sind die Löhne zum Teil ausserordentlich hoch. Ein Dreher, der erst seit einem halben Jahr wieder in Arbeit steht, erhält Mk. 1,10 Stundenlohn, ein qualifizierter Kaliber-Dreher, 27 Jahre alt, erhält Mk. 1,30 Stundenlohn.

Westachsen: (grosse Maschinenfabrik) Seit Anfang 1933 ist eine Lohnsteigerung eingetreten, besonders in der Akkordarbeit, weil seit der Erhöhung der Produktion, wieder Serienarbeit möglich ist und durch sie der einzelne Arbeiter mehr herausholen kann.

Die weitaus Überwiegende Zahl aller Berichte schildert den Abbau der Löhne in all seinen verschiedenen Formen. Wir ordnen die Berichte nach den Methoden, die beim Lohnabbau angewendet werden:

1.) Der Abbau der Akkordlöhne.

Der Abbau der Akkordlöhne erfolgt auf verschiedene Weise: Durch Neu-festsetzung der Akkordsätze, durch Vermehrung der Akkordgruppen ohne Erhöhung des Gruppensatzes usw.

Rhein und Ruhr: 1. Bericht: Ein typisches Beispiel dafür, dass die Arbeiterschaft die Arbeitsbeschaffung selbst bezahlen muss, zeigt ein Grossbetrieb: Bis zum 21. März verdiente eine Gruppe von 9 Mann einen Bruttolohn von Mk. 450,-- pro Woche. Es handelt sich um hochqualifizierte Arbeit im Akkordlohn. Vom Tage der beginnenden Arbeitsschlacht wurden den Gruppen je 2 Mann neu zugeteilt, ohne dass die Lohnsumme der Gruppe erhöht wurde. Weder eine Produktionssteigerung noch eine Verkürzung der Arbeitszeit ist dabei eingetreten, weil das Arbeitssystem bereits bis zur Höchstleistung taylorisiert war.

Andere Beispiele für die Lohnsenkung ohne Veränderung der Tarifsätze zeigt das Vorgehen in einer grossen Spiegelglasfabrik und einer Papierfabrik in Nordwest. In beiden Fällen wird um den Lohn nicht mehr diskutiert, weil die NSBO am Lohnsatz nicht rütteln lassen will. Um dennoch die Löhne zu senken, wurde die Arbeitszeit von 48 auf 36 Stunden gekürzt, wobei jedoch die Arbeitsleistung die gleiche bleiben musste. Da jedoch der Lohn ein Stundenlohn ist, ergibt sich trotzdem eine erhebliche Lohnsenkung.

2. Bericht: Die Tarifsätze sind im allgemeinen geblieben, trotzdem vollzieht sich von Betrieb zu Betrieb ein Abbau durch Herabsetzung der Akkordsätze, bei den Bergarbeitern durch Herabsetzung des Gedingelohnes. Dazu kommt dann vor allem der Lohnausfall durch Feierschichten.

Es ist ein doppelter Betrug an den Arbeitern. Die siegreiche Arbeitsschlacht vollzog sich nämlich in folgender Form. Eine Akkordgemeinschaft beispielsweise von 17 Mann wurde auf 25 erhöht, die Lohnsumme blieb jedoch bei den 25 Mann genau so hoch wie bei den 17 Mann. Nachdem auf diese Weise die Akkordlöhne gesenkt wurden, wird der Arbeiter durch Feierschichten doppelt hart getroffen.

Sachsen: Ueberhaupt kann beobachtet werden, dass seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze der nationalen Arbeit die Arbeitgeber immer mehr zum Leistungs- bzw. Akkordlohn übergehen. Die Arbeitgeber haben sich seit dem 1. Mai 34 wieder zu ihrem Vorkriegsstandpunkt zurückgefunden. Wer was verdienen will, soll länger arbeiten. In einer Reihe von Betrieben ist es an der Tagesordnung, dass bis zu 12 Stunden am Tage gearbeitet wird, obwohl die Arbeiter der gleichen Betriebe aller paar Wochen aussetzen müssen.

In der K.V.G. (Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen, Hauptreparaturwerk in Dresden) sind die Akkordlöhne um 15%, im Lohn und Gehalt um 8% herabgesetzt worden. Daraufhin haben sich 6 Mann der Belegschaft aus dem Opferring (Organisation der Anwärter auf die NSDAP-Mitgliedschaft) abgemeldet. Am nächsten Tage sagte ein dort beschäftigter SA-Sturmführer, für seine Misstimmung seien nicht die Lohnabzüge das Entscheidende, sondern die Tatsache, dass die Marxisten in ihrer früheren Agitation recht gehabt hätten, dass unter Hitlers Herrschaft die Löhne abgebaut werden würden.

Kunstseidenfabrik Küttner, Heidenau: Der alte Stundenlohn besteht noch, Akkordarbeit überall verschlechtert. Verheiratete Frauen alle entlassen, dafür ihre arbeitslosen Männer eingestellt, die aber für den Frauenlohn arbeiten müssen.

Baden: Die Löhne stehen zur Zeit noch. Die Akkordsätze haben jedoch starke Senkungen erfahren.

Firma Stotz & Co., Mannheim-Neckarau: Diese Firma ist einer derjenigen Betriebe, welche durch das sogenannte Reinhardtprogramm ihre

ihre Fabrikation um mehr als das Dreifache erhöhen konnte. (Elektrizitätsartikel, Stotzsicherungen, Stotzzünder usw.) Die Belegschaftsstärke stieg von etwa 400 im März 33 auf 850 im Mai 34. Der Unterschied zwischen Leistungsteigerung und Belegschaftsvergrößerung ergab eine kleine Akkordverdiensterhöhung, jedoch nicht im Masse der erhöhten Leistung, sondern nur um etwa 5 Prozent. Diese kleine Aufwärtsbewegung hielt an bis zum Spätsommer 33. Da setzten die ersten zarten, später weniger verhüllten Versuche ein, die Akkordpreise zu drücken. Um nicht zu offenkundig gegen den Werkgemeinschaftsgedanken zu verstossen, verzichtete man auf Einzelakkordpreisreduzierungen und wählte den Weg von Gruppen- und Abteilungsakkorden. Wenn auch auf diese Art die Herabsetzung der Einzelpreise weniger offensichtlich wurden, so verhinderte sie doch nicht, dass in einigen Abteilungen die passive Resistenz einsetzte. Das Führerprinzip und die Einflusslosigkeit des Vertrauensrates schützten aber das Vorgehen der Direktion und heute ist es soweit, dass Verdienstkürzungen von durchschnittlich 15 Prozent vollendete Tatsachen sind. Ja, in neuester Zeit eigneten sich Einzelfälle, wo die Kürzung bis zu 30 Prozent geht. Es sind vor allen Dingen die Gruppen der angelernten Arbeiter betroffen. Während bisher bis zu Mk. 1,10 pro Stunde in diesen Gruppen verdient wurde, hat man jetzt die Grenze auf 75 Pfennig festgesetzt. Die Frauenverdienste betragen jetzt im Mittel 43 bis 47 Pfennig gegen früher von 50 bis 55 Pfennig.

Pfalz: 1. Bericht. Formell ist an den bestehenden Vereinbarungen oder Tarifverträgen noch nichts geändert. Alles besteht dem Wortlaut nach weiter, aber nicht tatsächlich. Die Akkordsätze sind fast allgemein herabgesetzt worden, zum Teil sehr erheblich. In der Schuhindustrie müsste z.B. eine über 21 Jahre alte Arbeiterin in 48 Stunden einen Mindestlohn von Mk. 28,- verdienen können. Die wirklichen Löhne bewegen sich heute zwischen 10 und 20 Mark. Auch die männlichen Arbeiter, deren Akkordsollverdienst Mk. 42,- ist, gehen heute in vielen Fällen mit 20 bis 30 Mark heim. Da vielfach kurz gearbeitet wird, sehen die Lohntüten trostlos aus.

2. Bericht: Die Löhne sind in der Anilinfabrik geblieben. In allen übrigen Branchen sind Abzüge in verschiedenen Formen erfolgt. Besonders die Akkordsätze wurden stark herabgesetzt. In der Schuhindustrie besteht formell der alte Tarifvertrag weiter, aber durch fast allgemeine Umstellung auf Akkordlöhne, sind erhebliche Senkungen eingetreten. Die willkürlichen Abzüge für allerhand Zwecke waren in letzter Zeit etwas geringer. Für die Zeit ab 1. Oktober ist die Einziehung der Verbandsbeiträge durch den Betrieb angekündigt.

2.) Uebergang vom Akkord zum Zeitlohn.

So stark die Tendenz ist, die Löhne bei Aufrechterhaltung der Tarife durch Abbau der Akkordsätze usw. zu senken, so besteht doch offenbar auch das umgekehrte Bestreben, eine Lohnsenkung dadurch zu erreichen, dass Akkordarbeit in Zeitlohn-Arbeit umgewandelt und durch verschärfte Kontrollen dieselbe Leistung bei geringerem Verdienst erzwungen wird. Unsere Berichterstatter melden:

Sachsen:

1. Bericht: (Dresdner Textilgrossbetrieb) Die Akkordarbeit ist beseitigt worden und statt dessen sind Stundenlöhne eingeführt worden. Die Arbeiterinnen müssen jedoch die gleiche Leistung wie bei der Akkordarbeit vollbringen. Diese Arbeiterinnen verdienten noch im Jahre 1931 nach allen sozialen Abzügen 35 bis 36 Mark pro Woche; jetzt nach Beseitigung der Akkordlöhne und nach Reduzierung der Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Stunden und bei Bezahlung nach Stundenlohn erhalten diese Arbeiterinnen bei gleicher Leistung wie früher und nach Abzug aller Lasten nur noch 15 bis 18 Mark Wochenlohn.

In dem gleichen Textilbetrieb sind auf diese Weise auch die Löhne der männlichen Arbeiter erheblich gesenkt worden. Die Packer in diesem Betrieb, für die auch früher kein Akkordlohn galt, erhielten noch 1931 bis 1932 zu ihrem Stundenlohn gewisse Leistungszuschläge, sodass auch sie einen Wochenlohn (nach Abzug aller sozialen Leistungen) von 32 bis 35 Mark ausgezahlt erhielten. Nach Beseitigung der Leistungszuschläge, Steigerung der Abzüge, Reduzierung der Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Stunden erhalten auch diese männlichen Arbeiter bei gleicher Arbeitsleistung wöchentlich 15 bis 20 Mark ausgezahlt.

In einem Dresdner Kartonnagen-Betrieb (250 Beschäftigte) wurde ebenfalls noch im Jahre 1931 im Akkord gearbeitet und die Arbeiterinnen erhielten einen Wochenlohn von etwa 30 Mark ausgezahlt. Der Akkordlohn ist jedoch beseitigt, die Arbeitszeit auf 5 Tage bzw. 40 Arbeitsstunden herabgedrückt; die Arbeiterinnen erhalten trotz gleicher Arbeitsleistung nur 15 bis 18 Mark ausgezahlt.

2. Bericht: Dachstein- und Schamottefabrik Bismann & Stockmann: In der Fabrik wurde früher nur Akkord gearbeitet. Zur Zeit muss für Stundenlohn die gleiche Leistung vollbracht werden, sonst gibt es Überstunden ohne Bezahlung.

Westdeutschland: Die Tarife sind der Form nach aufrecht erhalten; tatsächlich sind jedoch die Lohnsätze um ca. 35% gesenkt worden. Die Senkung erfolgte dadurch, dass die Akkordlöhne in die niedrigeren Stundenlöhne umgewandelt worden sind, wobei jedoch die Arbeitsleistung die gleiche wie bei Akkordlöhnen bleiben musste.

In grossen Wesergebieten existieren praktisch Bauarbeitertarife nicht mehr. In der Lippeschen Staatsziegelei, die etwa 400 Ziegler beschäftigt, sind zunächst im Februar die Stundenlöhne von 55 Pfg. um 10% herabgesetzt worden. Dann wurden die Akkordlöhne abgeschafft. Im Tagelohn sind jetzt die Akkordleistungen zu schaffen, sodass der Lohnverlust der Arbeiter etwa 35 - 40% beträgt.

In der Papierfabrik Ahlfeld-Gronau wurde bisher nur im Akkord gearbeitet. Die Akkordentlohnung ist jetzt abgeschafft und brachte der Belegschaft eine Lohneinbusse von 25 - 30 Prozent. Dabei ist die Leistung wie zu Akkordsätzen als Verpflichtung geblieben.

3.) Offene Tarif-Unterschreitungen.

Offiziell sind die meisten Tarifverträge nach dem 1. Mai 1934 von den Treuhändern der Arbeit als Tarifordnungen bestätigt worden. In Wahrheit halten sich aber viele Betriebe an diese Tarifordnungen einfach nicht. Der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Nordmark sah sich z.B. genötigt, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

" Verschiedene Vorkommnisse in der Provinz Schleswig-Holstein geben mir Veranlassung, nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Tarife - auch im Baugewerbe - nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit ab 1. Mai 1934 weiterhin als Tarifordnungen ihre volle Gültigkeit haben. Ich mache es daher den Betriebsführern zur Pflicht, die bestehenden Tarife einzuhalten. Wer wiederholt dieser Anordnung zuwiderhandelt, kann gemäss § 22 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit mit Geldstrafe bzw. mit Gefängnis bestraft werden.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, dass in lohnpolitischen Angelegenheiten allein der Treuhänder der Arbeit verantwortlich und zuständig ist. Jedem Einmischen von anderen, hierzu nicht befugten Stellen werde ich energisch entgegentreten.

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark
gez.: Dr. Völtzer."

Unsere Berichterstatter machen folgende Feststellungen:

Berlin: Die Tarife sind in den meisten Berufen nicht geändert, aber sie werden nicht eingehalten. Ein Beispiel: In der Druckerei König, Berlin, Magazinstr. wurden die Löhne nicht voll ausbezahlt. Daraufhin klagten 6 Mann beim Arbeitsgericht. Vor dem Arbeitsgericht legte der Unternehmer seine Bücher offen und setzte auseinander, dass, wenn er die Löhne voll zahlen müsste, er die Steuer nicht mehr entrichten könnte. Da aber die Steuern vorgingen, müssten die Arbeiter eben zurückstehen. Der Unternehmer schlug vor, dass die Löhne wie bisher nur zum Teil ausbezahlt würden und der Rest von den Arbeitern als Darlehn im Betrieb belassen wird. Der Spruchsenat stimmte dieser Regelung zu.

Uns liegt die Lohntüte eines 25 Jahre alten Buchbinders vor. Sein tariflicher Stundenlohn beträgt 92 Pfennig, der Unternehmer zahlt etwas über 70 Pfennig. Bei 48-stündiger Arbeitszeit verdient er brutto Mk. 35,04, Abzüge 5,71, verbleiben Mk. 29,33. Um zu einem anständigen Lohn zu kommen, hat er die Chance, das ihm vorenthaltene Geld durch Ueberstunden zu verdienen. In einer Woche hat er 22 1/2 Ueberstunden geleistet, so dass er bei einer insgesamt 70 1/2-stündigen Arbeitszeit einen Wochenlohn von Mark 45,87 hatte.

Der jüdische Gummiwarenfabrikant Rubinstein (Gummimäntel, Jacken usw) bezahlte seine Leute unter dem Tarif. Als die Arbeitsfront einschreiten wollte, ging Rubinstein zum Wirtschaftsministerium. Er erhielt dort die Genehmigung zu einem 20prozentigen Abbau der Löhne. Als Grund wurde angeführt, dass die Firma ans Ausland liefere und -Deutschland braucht Devisen. Rubinstein hatte 1933 für 230.000 Mark Ware ans Ausland geliefert. Der Stundenlohn beträgt jetzt 40 Pfennig. Die NSBO dieses Betriebes ist entrüstet, dass man sich im Ministerium von einem Juden hat "einwickeln" lassen.

Westfalen: In Lippe wurde der Tariflohn ganz offen und mit Hilfe der NSBO abgeschafft. Die Arbeitgeber erklärten, dass sie für Neueinstellungen keine Mittel hätten. Sie seien jedoch zur Einstellung einer Anzahl Leute bereit, wenn statt des Tariflohnes von 75 Pfennig eine Bezahlung von 54 Pfennig als ausreichend anerkannt würde. Um mit Arbeitsschlachtsiegen prahlen zu können, hat die NSBO zugestimmt.

Dasselbe gilt von der NSBO und den Arbeitgebern des Baugewerbes im Gebiet des Weserberglandes. Dort existiert praktisch kein Arbeitgeber mehr, der den Tariflohn zahlt.

Württemberg: Was die Löhne betrifft, so kann gesagt werden, dass im allgemeinen die alten Regelungen formell in Kraft geblieben sind. Tatsächlich wird stark davon abgewichen zu Ungunsten der Arbeiter, die sich nicht mehr dagegen wehren können. Bei Neueinstellungen wird fast allgemein nicht mehr der alte Lohn bezahlt. Die Senkungen sind in den meisten Fällen sehr erheblich.

Pommern: Im Juni ist ein neuer Landarbeiter-Tarif in Kraft gesetzt worden, der in der Tat einige Verbesserungen enthält. Aber der Tarif wird einfach von den Gutsbesitzern nicht innegehalten, sodass sich der Treuhänder schon genötigt gesehen hat, in einer Zeitungsnotiz darauf hinzuweisen.

4.) Spezialmethoden unsichtbaren Lohnabbaus.

Schon die bisher angeführten Fälle zeigten eine grosse Vielfältigkeit in den Methoden des Lohndrucks. Daneben gibt es aber noch eine Reihe von Beispielen, die besonders deutlich zeigen, in welchem Umfange Löhne heute in Deutschland gekürzt werden können, ohne dass die Tarife davon berührt werden und welche Methoden heute angewendet werden dürfen, ohne dass sich die Arbeiter dagegen wehren können.

Sachsen: In der Textilfabrik Wagner & Moras in Zittau war seit 1929 das 4-Stuhl-System in der Weberei eingeführt. Ein geübter Stuhlweber verdiente in den Jahren 1929 - 1930 rund 45 - 50 Mark pro Woche in 48 Stunden. Jetzt ist das 6- und 8-Stuhl-System eingeführt. Auf 6- und 8-Jaquardmaschinen, Blattbreite ca. 180 cm, bei einer Tourenzahl von rund 150 pro Minute, werden jetzt in 36 Stunden von einem erstklassigen Weber 17 bis 18 Mark verdient. Der Unwille unter der Arbeiterschaft ist gross, aber es traut sich niemand zu mucken. Vom Betriebsführer und seinen Trabanten wird den Arbeitern immer als Trost zugerufen: Erst muss die Firma wieder hochkommen."

Schlesien: Eisenbahnwerkstätte Schweidnitz. Das Akkordsystem in den Werkstätten der Reichsbahn ist derart zum Antreibersystem ausgebaut worden, dass allgemeine Unzufriedenheit herrscht. Die Lohnsätze, die jetzt abgelaufen sind, wurden bis 1935 verlängert, mit der Massgabe jedoch, dass alle Spezialarbeiter, welche nach Gruppe 2 entlohnt sind, eine Gruppe zurückversetzt werden. Dadurch gehen alle Arbeiter der geringen Verbesserung vom vergangenen Herbst, mit welcher so grosse Reklame gemacht wurde, verlustig. Stimmung im Betrieb deshalb sehr schlecht.

Hannover: In den Excelsior-Gummi-Werken stehen vier Kammsaagemaschinen. Sie wurden bisher von vier Arbeitern bedient. Nunmehr ist als Neuerung eingeführt, dass ein Arbeiter je zwei Maschinen zu bedienen hat. Er muss also bei gleichbleibendem Lohn die doppelte Arbeit schaffen.

In der Glasfabrik Freden ist die Arbeitszeit für eine gewisse abgeschlossene Arbeitsleistung von 8 auf 6 Stunden herabgedrückt worden. An der Leistung gemessen tritt praktisch eine Lohnsenkung ein, ohne dass der Nominallohn des Tarifvertrages geändert ist.

Ruhrgebiet: Die Lohnentwicklung im Bergbau ist ebenfalls sehr zu Ungunsten der Arbeiter gegangen. Die Abzüge machen 17 % aus. Die wichtigste Verschlechterung ist, dass nicht mehr der Durchschnittslohn,

sondern nur mehr der Mindestlohn bezahlt wird. Andere Verschlechterungen sind die Bezahlung von Monatslohn statt Schichtlohn. Auf Drängen der Belegschaften haben sich die Vertrauensräte schon mehrfach an den Treuhänder der Arbeit gewandt, jedoch wurden sie nicht einmal einer Antwort gewürdigt, von einer Hilfe gar nicht zu reden.

Nordwestdeutschland: Werftarbeiter in Emden erhalten bei voller Arbeitswoche einen Nettolohn von Mk. 23,--. Die Methode ist, qualifizierte Facharbeiter nur wieder als "Hilfsarbeiter" des betreffenden Faches einzustellen und entsprechend niedriger zu bezahlen. Die "Vertrauensräte" schweigen.

5.) Treuhänder ordnen Lohnabbau an.

Erfolgen diese Tarifunterschreitungen unter stillschweigender Duldung der Treuhänder, so werden immer mehr Fälle bekannt, in denen die Löhne für ganze Bezirke oder einzelne Betriebe mit Zustimmung des Treuhänders herabgesetzt werden.

Pommern: Der Treuhänder der Arbeit hat für das Baugewerbe in Pommern "neue Löhne" festgesetzt. Beispielsweise erhalten nun nach dem Willen des Treuhänders die Facharbeiter 86 Pfg. Stundenlohn. Bisher betrugen die Löhne in Stettin Mk. 1,02 und in der näheren Umgebung Stettins 98 Pfg. Der Treuhänder hat also den Lohn für diese Gruppe der Bauarbeiter um 12 bis 16 Pfennig abgebaut. Im "Grundstein", der diese Anordnung veröffentlicht, heisst es dann wörtlich weiter: "Die herabgesetzten Löhne treten rückwirkend mit dem 1. August in Kraft. Soweit die Arbeitgeber noch zu den höheren Löhnen Aufträge übernommen haben, wird ihnen auferlegt, die aus der Herabsetzung des Lohnes sich ergebende Ersparnis dem Fonds für nationale Arbeitsbeschaffung zu überweisen." Das werden die Unternehmer natürlich gewissenhaft erledigen. Hat man doch durch die rückwirkende Inkraftsetzung des Lohnabbaus allen Lohn-drückern für 6 Monate Absolution erteilt!

Thüringen: Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Mitteldeutschland hat mit Wirkung vom 15. Juli 1934 ab für die Elsterberichtigungsarbeiten bei Gera eine neue Tarifordnung genehmigt. Diese Tarifordnung setzt den Lohn für Tiefbauarbeiter für den Bauabschnitt Los 1 auf 62 Pfg. je Stunde fest. Der bisherige Lohn (seit dem 1. 1. 32) betrug 83 Pfg.

Schlesien: Der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Schlesien hat die Erntezulage für die Zeit vom 21. Juni bis 30. September 1934 neu festgesetzt und zwar:

für Männer über 19 Jahre 1 Zentner Roggen

" Frauen " 17 " 1/2 " "

Die bisherige Erntezulage betrug genau das Doppelte.

Hannover: In der gesamten Ziegelindustrie des Bezirks Hannover -etwa 650 Betriebe- ist im Frühjahr dieses Jahres durch eine Anordnung des Treuhänders der Arbeit eine generelle Verminderung des Stundenlohne um durchschnittlich 5 Pfennig durchgeführt worden.

Rheinland: Der Treuhänder der Arbeit im Rheinland hat die Löhne der Putzer sowie der Leitergerüstbauer auf den Maurerlohn festgesetzt. Damit haben die Unternehmer erreicht, was sie zu Zeiten der Gewerkschaften nie erreichen konnten: die genannten Gruppen hatten nämlich bisher 10 bis 15 Prozent über dem Maurerlohn.

Sachsen: In der Chemischen Fabrik Taubenheim in Niedersiedlitz bei Dresden betrug der Stundenlohn 92 Pfennig. Um zu drücken, wurde Kurzarbeit eingeführt. Dabei wurde mit Hilfe des Treuhänders der Arbeit der Stundenlohn auf 72 Pfg. herabgesetzt. Kurze Zeit darauf wurde der Betrieb wegen Unrentabilität geschlossen. Nach 4 Wochen wurde er wieder eröffnet. Aber mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit sind die Stundenlöhne auf 62 Pfg. festgesetzt worden. Jetzt ist der Betrieb voll beschäftigt.

Mitteldeutschland: Junkers-Flugzeugbau, Dessau. Anschlag (ungefähre Abschrift) Durch die umfangreichen Neueinstellungen von Arbeitskräften haben sich verschiedene Mängel eingeschlichen. Für viele neu eingestellte Facharbeiter ist der Metallflugzeugbau ein vollständig neuer Beruf. Aus diesem Grunde haben wir uns mit dem Treuhänder der Arbeit in Verbindung gesetzt, um die Löhne der nach dem 1. Januar 1934 neu eingestellten Facharbeiter von 69 Pfg. auf 63 Pfg. zu reduzieren. Und zwar auf ein viertel Jahr. Die Sache ist notwendig im Interesse unserer älteren Belegschaft und aus wirtschaftlichen Gründen. Wir lassen den Beschluss des Schlichters folgen: "Der Tarifvertrag zwischen dem

Anhaltischen Metallindustriellenverband
und dem Deutschen Metallarbeiterverband
wird im § 7 umgeändert. Der Lohn beträgt für die in Frage kommenden Gruppen statt 69 Pfg. 63 Pfg.
Wir ersuchen unsere Belegschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen. Die Verrechnung beginnt mit der nächsten Lohnwoche.

Unterschrift
Betriebsrat

Unterschrift

Unterschrift
Direktion

Der Treuhänder für Hessen hat das Palast-Hotel in Wiesbaden ermächtigt, bis zum 15. Februar 1935 die tariflichen Sätze bis zu 12 Prozent zu unterschreiten (Tarifregister Nr. 211/1, Reichsarbeitsblatt VI 220). Der Treuhänder für Mitteldeutschland hat für den Betrieb der Vereinigten Druckereien Magdeburg G.m.b.H. folgende Tarifunterschreitungen genehmigt (Tarifregister Nr. 215/1, Reichsarbeitsblatt VI.221):

bei Gehältern bis zu 100 RM	um 10 v.H.
" " " " 200 "	" 12 1/2 v.H.
" " " " 300 "	" 15 v.H.
" " über 300 "	" 20 v.H.

Der gleiche Treuhänder hat den Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal dahin abgeändert, dass die bisher gezahlten Leistungszulagen in Fortfall kommen. (Tarifregister Nr. 389/1, Reichsarbeitsblatt VI 422).

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Oktober 34 (Reichsarbeitsblatt I. S. 254) haben die Treuhänder eine neue Waffe für den Lohnabbau in die Hand bekommen: Sie erhalten danach die Befugnis, innerhalb ihres Bezirkes einzelne Betriebe aus dem Geltungsbereich derjenigen Tarifordnungen herauszunehmen, die durch Verlängerung der früheren Tarifverträge zustandegekommen sind. Diese neue Befugnis ist an keine

Bedingung gebunden, sie ermächtigt die Treuhänder, Betriebe in beliebiger Zahl völlig von jeder tariflichen Bindung zu befreien!

6.) Die Notstandsarbeit als Schrittmacher des Lohnabbaus.

Die Löhne, die bei den Notstandsarbeiten, bei den Reichsautobahnen und bei der Ausführung der sonstigen Projekte der Arbeitsschlacht gezahlt werden, sind zuweilen so niedrig, dass sie die Unterstützungssätze unterschreiten. Es ist klar, dass von diesen Hungerlöhnen der Neueingestellten ein starker Druck auf das übrige Lohnniveau ausgehen muss. Die Löhne der Notstandsarbeiter werden zum Schrittmacher des allgemeinen Lohnabbaus.

Schlesien: In Hirschberg wird jetzt die Kanalisation der Stadt durchgeführt. Beschäftigt werden etwa 350 Notstandsarbeiter, die in Kolonnen von 20 bis 50 Mann zusammengefasst sind. Der Stundenlohn beträgt 51 Pfg. Für sogenannte Wasserstunden (Arbeiten bis zu 14 m tief, im Grundwasser) gibt es einen Aufschlag von 10 Pfg. die Stunde. An die Arbeiter wird verbilligtes Fleisch, das Pfund zu 45 Pfg. abgegeben, dazu kauft die Stadt alte Tiere auf. Die Qualität ist derart, dass mir der Arbeiter erklärt, er habe ein einziges Mal gekauft, aber nie wieder.

Beim Bau der Autostrasse bei Breslau erhalten die Breslauer Arbeiter 65 Pfg. Stundenlohn, die Arbeiter aus der Umgebung 49 Pfg. Diese ungleiche Bezahlung führte zu Differenzen und die Arbeiter übten passive Resistenz. Alle Arbeiter, die sich nicht fügten, wurden fristlos entlassen.

An einer Arbeitsstelle der neuen Autostrasse bei Tinz wurde von Breslau eine Kolonne von 40 Mann vermittelt. Die Leute erhalten 59 Pfg. Stundenlohn, der Arbeitsplatz liegt 25 km vom Wohnort entfernt.

In Oberschlesien wurde die Grundsteinlegung des Adolf Hitler-Kanals vollzogen. Die frühere Klodnitz heisst jetzt so und soll schiffbar gemacht werden. Bis jetzt sollen ca. 800 Arbeiter beschäftigt sein. Der Stundenlohn beträgt 44 Pfg. Die Arbeiter, die einen Monat dort aushalten, bekommen eine Zulage von 25 Mk. monatlich in Warenscheinen.

Mitteldeutschland: Der Wochenlohn der bei den Projekten des Arbeitsbeschaffungsplanes beschäftigten Arbeiter beträgt Mk. 16,- bis Mk. 18,-. Nach Abzug der Abgaben und Spenden und der Mehrkosten für die Verpflegung ausserhalb des Wohnortes verbleibt ein Wochenlohn von Mk. 10.

Am Lahndurchstich bei Altenberg (in der Nähe von Wetzlar) verdienen die Leute Mk. 16,- bis Mk. 22,- Wochenlohn und haben damit teilweise weniger, als sie früher an Unterstützung hatten.

Nordwestdeutschland: Beim Autostrassenbau in Norddeutschland (Strecke Bremen-Hamburg) sind rund 200 Arbeiter beschäftigt. Lohn Mk. 20,- bis 22,- in der Woche. Davon erhält die Familie 12 Mark. Mit 8 Mark muss der Arbeiter, während der Woche von seiner Familie getrennt, leben.

Bei Notstandsarbeiten (Tiefbau) werden in den vier Klassen folgende Stundenlöhne gezahlt: Ortskl. I 64 Pfg. pro Stunde (früher Mk. 1,10) Ortskl. II 54 Pfg. (früher Mk. 1,10, da zum selben Lohngebiet gehörig) Ortskl. III 50 Pfg. und Ortskl. IV 44 Pfg.

Doch nicht in allen Gebieten erreichen Notstandsarbeiter diese Lohnsätze. So liegt im Original eine Lohnzettel vor, die für die Zeit vom 1.5. bis 31.5. 1934 eine Arbeitszeit von 181 Stunden á 44 Pfg. umfasst.

Der Bruttolohn beträgt für einen Monat: Mk. 79,64

Abzüge: Invalidenversicherung	Mk. 1,80	
Krankenkasse	2,12	
Arbeitslos.Versicherung	2,32	
Bürgersteuer	1,-	Mk. 7,24

Mk. 72,40

Demgegenüber beträgt der Wohlfahrtssatz Mk. 64,-- pro Monat. Dazu kommt eine Mieterleichterung bis zu Mk. 20,-. An weiteren Erleichterungen sind zu nennen: Wegfall der Radiogebühr von Mk. 2,- und Zuteilung von Fettmarken. Der Empfänger von Wohlfahrt steht sich also wesentlich besser.

Ruhrgebiet: Auf den, nahe bei Bottrop gelegenen Baustellen der Reichsautobahn ist die Arbeit sehr gefördert worden. Privatunternehmer haben die Aufträge erhalten und holen nun, im Interesse eines grossen Profits, das Letzte aus den Arbeitskräften heraus. Die Bezahlung ist sehr schlecht, vielfach kommen die Arbeiter nicht einmal auf die Arbeitslosenunterstützung, weil die Regenstunden, in denen sie pausieren müssen, vom Lohn abgezogen werden. Auf diese Weise sind Löhne von 6 bis 9 Mark pro Woche keine Seltenheit.

Auf der Hochfelder Rheinbrücke Duisburg arbeiten Wohlfahrtserwerbslose. Im September wurden ihnen die 40 Pfg. für das Mittagessen abgezogen. Ferner der monatliche Bedarfsdeckungsschein von 25 auf 20 Mark heruntergesetzt. Die Kaffeepause von je 10 Minuten wurde addiert auf zwei Stunden in der Woche, die dann als 2 Arbeitsstunden nachgearbeitet werden mussten. Als die Arbeiter sich durch langsames Arbeiten gegen die Anrechnung der Pausen wehrten, wurde die Arbeitszeit von den Unternehmern auf 48 Stunden festgesetzt.

Hannover: Nach dem Hannoverschen Anzeiger vom 12. 10. 34 sucht das Arbeitsamt Hannover für die hannoversche Metallindustrie Dreher, Werkzeugdreher, Bohrwerksdreher, Horizontalbohrer, Fräser, Langhobler, Schleifer, Stosser, Werkzeugschlosser (Lehrenbauer). Sofortige Meldung in der Fachabteilung des Arbeitsamtes Hannover, Schlägerstr. 54 ist erwünscht. Mangel an Metallarbeitern? Nein! Es handelt sich um Beschäftigung in der "Hanomag". Vierstündige Arbeitszeit gegen ein Mittagessen! Löffel ist mitzubringen! Unterstützung wird weitergezahlt. Alter des Arbeiters spielt keine Rolle.

Sachsen: In den Orten der Amtshauptmannschaft Zittau i.Sa. werden die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu regulären Lohnarbeiten verwendet, so zum Strassenbau, zu Wasserleitungen- und Kanalarbeiten. Sie erhalten täglich Mk. 1,50. Die Leute haben sich gegen eine solche Ausbeutung gewehrt, besonders bei den Bezirksbehörden. Diese sind aber machtlos. Die Unterstützungsempfänger sagen ohne Ansehen der politischen Einstellung: das ist keine Arbeitsbeschaffung, sondern üble Lohndrückerei. In den einzelnen Gemeinden entwickeln sich dadurch politische Auseinandersetzungen, die mit Vergleichen von früher und jetzt enden und den Naziorganen schwere Kopfschmerzen machen. Viele Nazis, die auch Pflichtarbeit machen müssen, stehen hier in einer Front mit den Marxisten.

Berlin: In einem Ort bei Bremen, waren Berliner Arbeitslose beim Strassenbau beschäftigt. Ihre Frauen sollten wöchentlich Mk. 10,- bekommen, sie bekamen aber nur Mk. 6,-. Da die Arbeiter am Wochenende auch nur noch Mk. 3,70 ausgezahlt bekamen (bei 50 Pfg. Stundenlohn) und davon noch Kleinigkeiten bezahlen sollten, kam es zu Krach und schliesslich zur Arbeitsniederlegung. Der hinzugezogene Arbeitsabschnittsleiter in Hannover liess die Leute unter Bedeckung nach dem Berliner Polizeipräsidium bringen. Hier wurden sie gesichtet und die politisch Vorbelasteten in Schutzhaft genommen. Von den 143 Mann (sämtlich Verheiratete) wurden 30 zurückgehalten, die übrigen in Abteilungen zu je 10 Mann entlassen. Auf dem Arbeitsamt wurden sie als Arbeitsverweigerer behandelt und ihnen bis auf Weiteres die Unterstützung gesperrt.

Schleswig-Holstein: Von Kiel sind ca. 600 Wohlfahrtserwerbslose bei den Eindeichungsarbeiten am Adolf Hitler Deich beschäftigt. Die Arbeiter verdienen bis zu einem gewissen Arbeitspensum Mk. 24,- bis 25,--, wenn mehr geleistet wird, bekommen sie kleine Aufschläge, sie bezahlen für Kost und Unterbringung wöchentlich Mk. 12,- bis 14,-, von dem Rest müssen sie die Familie in Kiel unterhalten. Fahrgeld für Besuche usw. müssen sie selbst tragen, die Dauer dieser Arbeit beträgt 6 Monate.

Bayern: Die Notstandsarbeiter werden in der Hauptsache im Strassenbau beschäftigt. Die Entlohnung, die an allen Baustellen gleich ist, beträgt für Verheiratete in der Stunde Mk. 0,50, für Ledige Mk. 0,45. In der Woche verdient also ein Verheirateter Mk. 24,-. Da die Arbeitsstellen meistens weit vom Wohnort des Einzelnen abliegen, muss der Arbeiter Verkehrsmittel benutzen. Sein Einkommen verringert sich durch die getrennte Lebensführung erheblich. So wird z.B. aus Augsburg gemeldet:

Bei dem grossen Lech-Wertachkollektiv sind einige hundert Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiten dienen dem Wasserflughafen. Fast alle Beschäftigten wohnen dort in Baracken und werden gemeinsam gepflegt. Dafür wird ihnen ein Betrag von Mk. 10,-- abgezogen. Rechnet man noch die sonstigen Abzüge und Opfer ab, so kommt der Familienvater am Wochenende mit einem Betrag von 10 Mark zu seiner Familie heim.

Dieselbe Tatsache wird auch von der grossen Baustelle in Kreuzpullach bei München berichtet. Dort arbeiten 300 Erwerbslose im Dienste der Stadt München an dem neuen Hochzonenbehälter für die städtische Wasserleitung. Es soll der grösste Wasserbehälter Deutschlands werden. Wer nicht jeden Tag zwei Stunden zur Bahn hin- und herrennen will, um dann eine Stunde im Zug und in der Trambahn zu sitzen, der bleibt draussen an der Baustelle und kann sich auf seine eigenen Kosten verpflegen. Wochenlohn Mk. 24,--. Die meisten Leute sind verheiratet. Mit einer Arbeitslosenunterstützung von 18 Mark standen sich die Leute weit besser als bei ihrer Arbeit.

Dieselben Verhältnisse werden vom Strassenbau bei Allach berichtet. Die Lohnverhältnisse bei dem bereits im letzten Bericht erwähnten Betonbrückenbau Pfraundorf-Raubling bei Rosenheim sind dieselben. Auch dort Mk. 0,50 und Mk. 0,45 Stundenlohn.

Bei Strassenarbeiten im Gebiet von Bayreuth erhalten die Leute nach Abzug aller Abgaben noch Mk. 14,- in der Woche auf die Hand.

Bei Untersteinach wird eine Strasse gebaut nach Bayreuth-Warmensteinach. Stundenlohn 46 bis 48 Pfg. Dort arbeiten auch Leute aus Warmensteinach und Oberwarmensteinach mit. Diese müssen eine Dreiviertelstunde zur Bahnstation gehen, dann können sie zur Arbeitsstelle fahren. Sie müssen in der Woche über Mk. 2,-- für die Arbeiterfahr-

karte ausgeben, sodass sie netto nicht ganze Mk. 12,- in der Woche verdienen.

In Schönwald haben die Leute beim Strassenbau noch 60 Pfg. Stundenlohn, sodass sie in der Woche Mk. 22,-- verdienen.

Erst jetzt hat - nach einer Meldung der "Frankfurter Zeitung" vom 21. Nov. der Sondertreuhänder der Arbeit für die Reichsautobahnen eine besondere Tarifordnung für sämtliche Baustellen der Reichsautobahnen erlassen, in der die Bezahlung von mindestens 32 Stunden in der Woche sichergestellt, auch wenn die Arbeiten wegen schlechten Wetters auf Tage ausgesetzt werden müssen. Diese Regelung bedeutet, dass wöchentlich noch immer mindestens 12 Regenstunden den Arbeitern nicht vergütet werden.

7.) Lohnabbau und Lohnniveau.

Die Berichte aus allen Landesteilen bringen umfangreiches Material über das ausserordentlich gesunkene Lohnniveau. Dieses Material ist aber zum grossen Teil nicht schlüssig, weil nur ein Teil der Berichterstatter in der Lage ist, zuverlässige Vergleichszahlen aus der Zeit vor der Hitler-Diktatur beizubringen. Wir greifen daher nur folgende Mitteilungen heraus:

Rhein und Ruhr: Selbst in Betrieben mit Staatsaufträgen wie der Rheinmetall-Düsseldorf geht der höchste erreichbare Verdienst im Akkord kaum über Mk. 1,- die Stunde hinaus. Die Mehrheit der Facharbeiter muss sich hier mit 80 - 90 Pfg. die Stunde begnügen. Bei schlechten Akkorden gehen die Arbeiter mit 60 und 70 Pfg. nachhause, da es keine Akkordsicherung mehr gibt. In den übrigen Betrieben der Düsseldorfer Metall-Industrie liegt der erreichbare Höchstverdienst etwa bei 90 Pfg. Infolge häufiger Kurzarbeit gehen aber viele Facharbeiter mit einem Bruttoverdienst von 23 Mk. nachhause.

In den mechanischen Betrieben von Krupp-Essen gibt es viele Feierschichten, denn die Mehreinstellungen von Arbeitern müssen von den Arbeitern selbst ermöglicht werden. Der leistungsfähigste Spezialfacharbeiter kann es in der Stunde bis auf 95 Pfg. bringen, während Dreher, Schlosser usw. sich mit höchstens 80 Pfg. im Akkord begnügen müssen. Der Dreher an Lokomotiv-Achsen und Radsätzen verdient bei seiner ungeheuer schweren Arbeit in der Woche Mk. 28,-- brutto, so dass er mit höchstens Mk. 23,- sein Leben fristen muss.

Bei Krupp bekommt der erste Mann an der Walzenstrasse, also der Walzmeister, der früher Mk. 2,20 Stundenlohn hatte, nur noch Mk. 1,20. Der erste V IIa-Walzer erhält Mk. 1,-- Stundenlohn. Der letzte Mann an der Walze kommt dann auf etwa 62 Pfg. bis 64 Pfg. Es wird auch nicht voll gearbeitet, sondern nur 5 Schichten, die 6. Schicht wird zur Herrichtung und zum Umbau benutzt, was früher Sonntags gemacht wurde. Infolgedessen ist der Lohnrückgang bei den geringer bezahlten Arbeitern sehr stark.

In der Dortmunder Union verdient am Hochofen der 1. Schmelzer 85 Pfg. und der Hilfsarbeiter 65 Pfg. im Thomaswerk bekommt der 1. Konvertermann Mk. 1,05 und der Hilfsarbeiter 68 Pfg. Im Martinwerk der 1. Schmelzer Mk. 1,16 und der Hilfsarbeiter 72 Pfg. An der Blockwalze der 1. Walzer Mk. 1,-- und der Hilfsarbeiter 65 Pfg. In den Weiterverarbeitungsbetrieben der Dortmunder Union bekommt der Facharbeiter 75 Pfg., der angelernte Maschinenarbeiter 68 - 70 Pfg. und der Hilfsarbeiter 60 - 65 Pfg.

Bei Krupp erhalten die am schlechtesten bezahlten Arbeiter sogar Fettverbilligungskarten. Trotzdem leiden sie vielfach direkt Hunger, weil der Lohn für eine kräftigere Nahrung, die bei ihrer schweren Arbeit Voraussetzung ist, einfach nicht ausreicht. Aber auch diese Arbeiter wagen nichts zu sagen, denn auch eine solche Arbeitsstelle wollen sie unter keinen Umständen verlieren. Vorläufig regiert noch überall der nationalsozialistische Vertrauensmann.

Wasserkante: In Bremer Werftbetrieben verdiente ein Arbeiter in den Jahren 1929 - 32 als gelernte Kraft bei 48-stündiger Arbeitszeit Mk. 52,80 brutto. Heute bei gleicher Arbeitszeit Mk. 41,40 brutto. In den Metallbetrieben in Bremen-Land sieht es noch ärger aus. Ein gelernter Arbeiter verdient bei 40-stündiger Arbeitszeit Mk. 33,20 brutto. Nach Abzug der Beiträge erhält er -als bestbezahlte, gelernte Arbeitskraft- Mk. 28,-- ausbezahlt. Die Heizungsleger in Bremen hatten Spitzenlöhne und waren die erste Berufsgruppe, die sich eine tarifliche Arbeitszeit von 46 1/2 Stunden erkämpft hatte. Vom 1. Mai 1934, dem "Tag der Nationalen Arbeit", stieg ihre Arbeitszeit auf 48 Stunden und sank ihr Stundenlohn um 10 Pfg. Ein gelernter Holzarbeiter für die Spezialarbeiten auf den Werften geht heute mit Mk. 32,- Nettowochenverdienst nachhause.

Die Konsum-Genossenschaft "Produktion" in Hamburg hat ihren Filialleitern die Gehälter um 40 bis 50% abgebaut von heute auf morgen, ohne Einhaltung der vertraglichen Schutzbestimmungen und niemand hat gewagt, sein "Recht" zu suchen.

Die Notlage der Betriebe bestimmt das Gesetz des Handelns. Wer das nicht einsieht, stellt sich ausserhalb der "Volksgemeinschaft". Wir kennen Fälle von verheirateten Angestellten mit mehreren Kindern, wo die Armenfürsorge anerkannt hat, dass das Gehalt nicht ausreicht, die Familie zu ernähren. Es werden deshalb von der Gemeinde Naturalien als zusätzliche Unterstützung gegeben.

Nach einer uns vorliegenden Berechnung sind die Löhne in der Bremer Silberwaren-Industrie um 28% abgebaut worden.

Hannover: In der Konservenindustrie bei Hannover zeigen sich besonders schlimme arbeitsrechtliche Verschlechterungen. Früher hatte eine Arbeiterin 42 Pfg. Stundenlohn. Wurde sie zur Saison auf die Plantage beordert, musste ihr erst gekündigt werden. Nach Ablauf der Kündigungszeit konnte sie dann für 27 Pfg. Stundenlohn beschäftigt werden. Jetzt, ohne Gewerkschaft und Interessenvertretung, schickt der Arbeitgeber nach eigenem Willen und Ermessen die Arbeiterinnen in die Plantagen und zahlt während dieser Zeit 17 Pfg. Stundenlohn.

Im Bezirk des Weserberglandes gibt es ganze Dörfer, in denen die gesamten Familien in gemeinsamer, anstrengender Arbeit Flechthüllen für Korbflaschen und Geschosskörbe anfertigen. Noch nie ist die Flechtarbeit so schlecht bezahlt worden, wie jetzt. Der Wochenlohn für eine ganze Familie beträgt Mk. 8,- bis Mk. 10,--.

Sachsen: Ueber den Lohnabbau der Bergarbeiter sei nachstehender Beweis angeführt. Ein lediger Bergarbeiter aus dem Zwickauer Bezirk stellte einen Lohnbeutel vom Februar 1933 und einen vom August 1934 zur Verfügung.

Im Februar 1933 verdiente er in 27 Werktagsschichten Mk. 148,23
Abgezogen wurden:

Knappschaftsbeiträge	Mk. 18,84	
Begräbniskasse	" -20	
Einkommensteuer	" 3,50	
Bürgersteuer	" 3,--	
Arbeitslosenversicherung	" 3,68	Gesamtabzüge: 28,92

Im verblieb also ein Reinverdienst von Mk. 119,31

Im Monat August 1934 verdiente derselbe Bergarbeiter einschliesslich zweier Sonntagsschichten Mk. 149,33

Abgezogen werden:

Knappschaftsbeiträge	Mk. 22,23	
Begräbniskasse	-20	
Einkommensteuer	3,50	
Bürgersteuer	3,--	
neue Steuern: Ehestandsbeihilfe	2,90	
Arbeitslosenhilfe	3,68	Gesamtabzüge 35,51

also ein Mehr von Abzügen von Mk. 6,59

Dem Bergarbeiter verblieb ein Reinverdienst von 113,82 mit zwei Sonntagsschichten Mehrarbeit.

Trotz erhöhter Arbeitsleistung ergibt das einen verringerten Verdienst von Mk. 5,49 monatlich. Die Herabsetzung des Schichtlohnes zeigt sich an den zwei Sonntagsschichten, die die Augustsumme 1934 enthält. Die Sonntagsschichten werden bekanntlich mit einem prozentualen Zuschlag berechnet, sodass von der Gesamtlohnsumme wenigstens Mk. 12,- in Abzug gebracht werden müssen, wenn man genaue Vergleiche haben will. Somit ergibt sich folgendes Bild: monatlich:

Reinverdienst im Februar 1933	119,31	Mk.
Reinverdienst im August 1934	101,82	"
Lohnkürzung durch Hitler	17,49	"

Die Arbeitslöhne in der Textilindustrie der sächsischen Oberlausitz sind katastrophal. Die Textilfabrik Rentsch in Seiffennersdorf gewährt ihren Arbeitern bei 36stündiger Arbeitszeit als Höchstlohn Mk. 20,- pro Woche; der Durchschnittslohn stellt sich auf Mk. 15,--. Zusätzliche Unterstützungen durch Gemeinde oder Staat werden diesen Arbeitern aber nicht gewährt, trotzdem sie wiederholt darum angesucht haben. Sie gelten als voll beschäftigt.

Auf der Leipzigerstrasse in Dresden-Pieschen-Mickten beim Saal Watzke wurde von Unbekannt an einen Telegraphenmast ein Lohnzettel befestigt, woraus hervorging, dass in 48 Stunden im Betrieb Seidel & Naumann in Dresden Mk. 11,70 verdient worden waren. Mit roter Tinte war über den Zettel geschrieben worden: "Das ist der Lebensstandard eines kultivierten Arbeiters im Dritten Reich!" Der Zettel hing von früh 8 bis nachmittags 2 Uhr. Davor ständig grosser Auflauf. Erst nach 2 Uhr wurde der Zettel von der Polizei entfernt. Natürlich war das Geschehen tagelang der Diskussionsstoff der gesamten Umgebung. Auch SA-Leute, die den Zettel gesehen und gelassen hatten, entfernten ihn nicht, sie äusserten sich nur ironisch über die "jetzigen hohen Einkünfte."

IV. Aus den Betrieben.

Einen zusammenfassenden Bericht über die Haltung der Arbeiterschaft in den Betrieben entnehmen wir:

In den Betrieben denkt kaum noch jemand daran, den Hitlergruss zu gebrauchen. In Travemünde, am Flughafenbau, wo Tag und Nacht 1200 Arbeiter beschäftigt sind, musste man an einer Stelle getrennte Baubuden für Marxisten und "alte Kämpfer" einrichten, weil die Auseinandersetzungen in die Form von Schlägereien übergingen; mir wurde gesagt, dass die Marxisten nach und nach Einfluss auf die anderen Arbeiter gewonnen hätten. Auf dem Neubau eines Wohnhauses in Lübeck erschien am ersten Tag der Bauherr, ein hoher Nazibonze, und gebrauchte ostentativ den Hitlergruss. Die Arbeiter antworteten ebenso betont mit "Guten Tag", was den Mann so beeindruckte, dass er von da an den Hitlergruss auf dem Bau unterliess.

Ein junger Hamburger Arbeiter wurde vom NSBO-Leiter seines, mehrere hundert Mann umfassenden Betriebes aufgefordert, in der Mittagspause einen Schulungsvortrag über das Thema: "Wie kam ich zum Nationalsozialismus?" zu übernehmen. Er bat, das Thema abändern zu dürfen in "Wie stehe ich zum Nationalsozialismus?" In seinem Referat zählte er dann alles auf, was dem Nationalsozialismus noch zu tun bliebe, damit die Arbeiter erneut Stellung zu ihm nehmen könnten; er hatte eine vollständige marxistische Speisekarte vorgetragen; die Arbeiter waren sehr begeistert. Die NSBO-Leute machten lange Gesichter und drohten mit einem Nachspiel, das aber bis heute ausgeblieben ist.

Eine starke Gärung herrscht unter den Ruhrbergleuten. Die Erhebung der Arbeitsfront zu einer reinen Parteiabteilung; die neue Betriebsordnung, welche den Kumpel gegenüber einem prügeln den Steiger schutzlos macht, die Verschlechterung der Knappschaftsleistungen, das fortwährende Anziehen der Lebensmittelpreise, die Unterschlagungen der Nagei und Konsorten, haben ziemlich Aufregung geschaffen. Auf einzelnen Zechen kam es zu Rebellionen. Betriebsordnungen wurden abgerissen. Vertrauensräte, die überhaupt Gegenstände des Spottes sind, offen verhöhnt, so dass einige unter dem Einfluss dieser Massenstimmung sogar den Versuch unternahmen, gegen die diktierte Betriebsordnung vorzugehen. Die alten Verbandsführer genossen noch grosses Ansehen. Als ~~Teilnahme~~ an einigen Beerdigungen von alten Verbandsvertrauensleuten teilnahm und der Ruf erscholl: "Mitglieder der Arbeitsfront hinter den Fahnen antreten!" folgte nur ein lächerlicher Prozentsatz dem Kommando. Die grosse Masse der Bergleute fügte sich an anderer Stelle dem Trauerzug ein.

Nicht so offen zeigt sich die das System ablehnende Stimmung der Arbeiterschaft in den kleinen Ortschaften des Harzes. Hier fühlt sie sich deutlicher beobachtet. Das Kleinbürgertum, und vor allem seine, die SA, SS, PO und NSBO, kommandierenden Söhne, sind hier zu stark. An der Oberfläche zeigt sich daher die Unzufriedenheit nur vereinzelt. Sie ist aber fast ebenso stark vorhanden wie anderswo. Von einer völlig einheitlichen Stimmung kann aber doch nicht geredet werden. Man hört nämlich auch - etwa in Berlin - von kleineren Betrieben, dass die Solidarität nachgelassen habe, dass Intriguen um Arbeitsplätze ausgefochten werden. Man merkt, wie bei manchem Arbeiter, der nach

langer Erwerbslosigkeit leidlich bezahlte Arbeit erhalten hat, alles vor der Zufriedenheit über diese Tatsache zurücktritt. Solche Leute loben nun keineswegs Hitler, sie laufen auch nicht über, sie äussern sich nach wie vor kritisch, aber unter dieser Oberfläche vollzieht sich eine duldende, sich abfindende Gewöhnung an den politischen Zustand. Man merkt es, wenn man zu solchen Leuten ins Haus kommt. Sie sind herzlich, aber irgendwie ist ihnen doch der Atem verschlagen und sie sind heimlich froh, wenn der unheimliche Gast - der ihnen als Verkörperung des absoluten Widerstandes gegen das Dritte Reich ans Gewissen führt - wieder aus dem Hause ist.

Eine Stadt wie Lübeck hat durch Rüstungsbauten (Flughafen Travemünde, grosse Artilleriekaserne in Lübeck, zwei oder drei Munitions- und Gewehrfabriken) eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit erfahren, ebenso durch die Holzverknappung, die Lübecks Bedeutung als Umschlagshafen für skandinavisches Holz gesteigert hat. Sämtliche Bauhandwerker aus Lübeck und seiner weiteren Umgebung stehen in Arbeit. Die Warenumsätze des Konsumvereins sind gestiegen. Die neueingestellten Arbeiter sind sich aber darüber klar, dass die Arbeit nur vorübergehend ist, im übrigen verhindert auch die Niedrigkeit der Löhne irgendwelche Begeisterung für die Arbeitschaffer.

Dieser zusammenfassende Bericht wird ergänzt durch Berichte aus den wichtigsten Industriezentren Deutschlands:

Westdeutschland: Besonders die gelernte Arbeiterschaft zeigt eine ruhig ablehnende Haltung. Sie ist es auch, die in stiller und verantwortungsbewusster Art illegale Kräfte stellt. Aus alter gewerkschaftlicher und politischer Schulung besitzen diese Genossen die Kraft und Intelligenz zu ihrer Mission. Bei spontanen, wenn auch wenig öffentlichen Entrüstungen über diesen oder jenen Fall, sind sie die klugen Berater. Es wird gerade von diesen Genossen immer wieder erklärt, unter veränderten Verhältnissen sei die fast restlose Rückgliederung der Arbeiter in eine gut sozialistische Bewegung unbedingt sicher.

Die Nazivertrauensleute unterliegen wegen ihrer kindlichen Hilfslosigkeit gegenüber den Unternehmern und Direktionen fast ohne Ausnahme ironischer Kritik.

Die Stimmung in den Betrieben wird für die Nazis langsam aber sicher immer schlechter. Der Arbeiter sieht nicht nur nichts von Verbesserungen, sondern erlebt täglich Verschlechterungen seiner Lage. Spricht jemand von den einst angekündigten Nominallöhnen von 35 RMK. die Woche, so antwortet ihm bitteres Gelächter.

Sachsen: Immer mehr macht sich geltend, dass in den Betrieben die nicht gleichgeschaltete Belegschaft eine Art Karré gegen die nigen im Betrieb beschäftigten NSBO-Leute oder SA-Leute bildet. Es gilt besonders von den Buchdruckbetrieben, wo die Organisation unserer Leute früher meist die beste war. Die nicht gleichgeschaltete Belegschaft sucht bei jeder passenden Gelegenheit durch Fragen die Nationalsozialisten in Verlegenheit zu bringen; sie versucht immer wieder durch die Blume klar zu machen, wie es früher in allen Verhältnissen doch wesentlich besser für die Arbeiterschaft des Betriebes gewesen ist.

Berlin: In den Betrieben grassiert die Angst, ob etwas geschieht, hängt oft von der Initiative eines Mannes ab. In Bezug auf die Löhne und Arbeitsbedingungen können sich die Arbeiter schon etwas leisten. Besonders die Gruppen von qualifizierten Arbeitern, die sehr gesucht sind, wie z.B. Dreher. Es zeigt sich wiederholt, dass da, wo einer den Mut aufgebracht hat, die Sache sehr schnell läuft und auch etwas erreicht werden kann.

Bis zum 1. Oktober mussten die Betriebe neue Arbeitsordnungen auf Grund des "Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit" erlassen haben. Aus Hannover ist uns ein zusammenfassender Bericht über Geist und Inhalt dieser Betriebsordnungen zugegangen:

An die Stelle des deutschen Betriebsrätewesens mit seinem relativ weitgehenden Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, namentlich in sozialpolitischen Fragen, ist die Betriebsdiktatur durch den Unternehmer als "Führer" getreten, dessen Schatten der Vertrauensrat ist. Eine schwulstige nationalsozialistische Terminologie sucht diesen klaren kapitalistischen Sachverhalt zu verwischen.

Die Firma Georg von Coelln G.m.b.H., Hannover deklamiert: "Deutsches Leben ist Arbeit. Alle Arbeit nur für Deutschland. In diesem Sinne verbinden sich Führer und Gefolgschaft im Betriebe zu einer Betriebsgemeinschaft"... "Die Betriebsgemeinschaft baut sich auf der Grundlage der Ehre auf". Neueinzustellende sollen der deutschen Arbeitsfront angehören. Das Gefolgschaftsmitglied erhält für die von ihm geleistete Arbeit den vereinbarten Lohn.

Die über ganz Deutschland verbreitete Einheitspreis-Aktiengesellschaft "EPA", ein Riesenunternehmen, erklärt: "Nicht-nationalsozialistisches, d.h. ehrloses und gemeinschaftsfeindliches Verhalten, wie z.B. Verleumdung und böswillige Verhetzung der Betriebsgemeinschaft, begründet selbsttätig den Ausschluss aus der Betriebsgemeinschaft." Auf diese Weise reinigt sich die "EPA", die beim Ausbruch der nationalen Revolution in dem Verdacht stand, eine jüdische Erfindung zu sein. Ein anderes Thema dagegen sind die Ueberstunden. "Die Abgeltung bezw. Bezahlung muss bis zum 15. des folgenden Monats schriftlich beantragt sein, sonst gilt der Anspruch als erloschen." Wer von den Angestellten wird den Mut haben, solche Anträge zu stellen? Eine andere Bestimmung lautet: "Die von der Firma gewährten Prämien, aussertarifliche Zulagen usw., sind nicht Bestandteile des Gehaltes oder Lohnes, sondern können jederzeit widerrufen werden."

Die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-Aktiengesellschaft erklärt in ihrer Betriebsordnung: "Nörgeleien und Klatschereien bringen keinen Fortschritt sondern stören nur den Arbeitsfrieden. Anrufung ausserbetrieblicher Stellen unter Uebergebung des Vertrauensrats und des Führers des Betriebes ist unkameradschaftlich und nicht zulässig". Ueber die Zusammensetzung der Gefolgschaft heisst es im § 3: "Mitglied der Gefolgschaft soll nur werden, wer die vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung für das Beschäftigungsverhältnis besitzt, die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt und möglichst der Deutschen Arbeitsfront angehört. Wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, soll als Angestellter oder Arbeiter nicht eingestellt werden." Der arische Stammbaum wird durch einen Fragebogen nachgeprüft. Wer wesentlich falsche Angaben macht, wird nach § 9 fristlos entlassen. Dasselbe blüht ihm wegen "nationaler Unzuverlässigkeit, bewiesen durch böswillige Handlungen oder Aeusserungen

gegen Volk und Staat". Auf diese einfache Art lässt sich der gesamte Kündigungsschutz beseitigen, seine Aufhebung steht sozusagen im Dienste von Volk und Staat.

In der Arbeitsordnung der Firma F.A. Stichweh, Hannover, heisst es über das Gehalt der Filialleiter: "Da Arbeit und Verantwortung in den grossen und kleinsten Läden ausserordentlich verschieden sind, können nur Mindestsätze festgesetzt werden, die nach Leistung, Grösse des Ladens und Dauer der Beschäftigung zu erhöhen sind." Das feste Mindestgehalt für die Filialleiterinnen beträgt 100 Mark. "Oder ein Grundgehalt von 60 Mark, zuzüglich 4 Prozent Provision vom getätigten Ladenumsatz mit der Massgabe, dass das Gehalt auch in den schlechtesten Monaten 80 Mark nicht unterschreiten darf."

Einen Beitrag zum Erfinderrecht der Techniker liefert die Deutsche Erdöl-Raffinerie in ihrer Betriebsordnung. Im § 8 heisst es: "Erfindungen aller Art, gleichgültig, ob patentfähig oder nicht, die ein Betriebsangehöriger während der Dauer seiner Betriebszugehörigkeit macht, stehen der Deurag-Elwerath zu. Vor jeder Verwertung und vor der Stellung eines Antrags auf Patentierung ist der vorgesetzten Stelle von der Erfindung unter genauer Beschreibung schriftlich Mitteilung zu machen. Die Deurag-Elwerath kann binnen einer Frist von zwei Monaten seit Eingang der schriftlichen Meldung schriftlich erklären, dass sie die Erfindung für sich in Anspruch nimmt, sie trägt dann alle Kosten für die Erlangung und Aufrechterhaltung des Erfinderschutzes. Sie hat die Erfindung freizugeben, wenn sie mit der dienstlichen Tätigkeit des Erfinders in keinem Zusammenhang steht. - Nimmt die Deurag-Elwerath die Erfindung in Anspruch, so wird der Erfinder an der etwaigen wirtschaftlichen Ausbeutung in angemessener Höhe, jedoch nach dem freien Ermessen der Betriebsführung beteiligt. Die Art der Beteiligung wird dem Erfinder vor Beginn der Ausnutzung der Erfindung schriftlich mitgeteilt. Die beiderseitigen Verpflichtungen aus dieser Erfinderklausel werden durch eine etwaige Auflösung des Dienstverhältnisses nicht berührt."

Die Deutsche Grammophon-Aktiengesellschaft sagt: "Als Grund zur fristlosen Entlassung gelten u.a.: Ausschluss durch das Parteigericht der NSDAP. Ausschluss durch die zuständige Dienststelle aus der SA, der SS, der NSBO oder der Deutschen Arbeitsfront."

Die Deutsche Gasolin-Aktiengesellschaft stellt in ihrer Arbeitsordnung fest, dass die Betriebsgemeinschaft eine Einheit ist, die sich auf dem Begriff "Soziale Ehre" aufbaut. Weiter wird bestimmt: "Die Mitgliedschaft in der Arbeitsfront ist aber auf jeden Fall nachzuweisen." Im übrigen: Jeder Neueingestellte hat sich vor dem Arbeitsbeginn einer ärztlichen Untersuchung durch den Vertrauensarzt des Betriebes zu unterziehen, da es den im Betrieb arbeitenden Volksgenossen nicht zugemutet werden kann, mit einem Menschen zusammenzuarbeiten, der beispielsweise mit einer ansteckenden Krankheit behaftet ist."

Berlin: In der Betriebsordnung eines Metallbetriebes finden sich folgende Vorschriften:

"Innerhalb der ihm durch die Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit gegebenen Befugnisse entscheidet der Betriebsführer in allen das Unternehmen betreffende Angelegenheiten. Er hat für das Wohl der Gefolgschaftsangehörigen zu sorgen. Diese haben ihm

die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten und in der Dienstleistung allen Volksgenossen Vorbild zu sein. Insbesondere haben sie die Hineintragung persönlicher Streitigkeiten in den Betrieb zu vermeiden und sich jeder unbegründeten Nörgelei über die Anordnungen des Betriebsführers zu enthalten."

"Neueingestellt werden nur Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront".
 "Nichtarier oder mit Nichtariern Verheiratete können nicht Mitglied der Betriebsgemeinschaft werden."

"D. Sonderleistungen."

1. Betriebsangehörige, die mindestens ein Jahr im Betrieb beschäftigt sind, erhalten in Geschäftsjahren, die mit einem Gewinn abschliessen, eine Sonderzahlung, deren Höhe vom Betriebsführer nach Beratung mit dem Vertrauensrat festgesetzt wird." (Eine solche Zusicherung besteht im Betrieb schon seit langem. Es ist aber seit Jahren keine Sonderleistung mehr gezahlt worden.)

"3. Für die in der Schleiferei, Galvanik, Sandstrahlerei, Löterei, Lager und Lackierung, sowie an Maschinen Beschäftigten, wird die entsprechende Schutzkleidung vom Unternehmer geliefert." (Geliefert werden tatsächlich nur Handschuhe.)

"Als wichtiger Kündigungsgrund im Sinne des Gesetzes mit anschliessen der fristloser Entlassung gilt auch nichtnationalsozialistisches, d. h. ehrloses und gemeinschaftsfeindliches Verhalten, wie z.B. Verleumdung und böswillige Verhetzung der Arbeitskameraden und Vertrauensbruch." (Unter Berufung auf diese Vorschrift sind in letzter Zeit zwei Dutzend Entlassungen erfolgt.)

Aus Württemberg liegt uns eine Muster-Betriebsordnung vor, in der es heisst:

"Alle Betriebsangelegenheiten sind im Geiste der Betriebsverbundenheit innerhalb des Betriebs zu regeln. Die Anrufung ausserbetrieblicher Stellen jeglicher Art ist erst dann zulässig, wenn eine Beilegung im Vertrauensrat nicht gelungen ist."

"Die regelmässige tägliche Arbeitszeit kann nach vorheriger Beratung im Vertrauensrat vorübergehend verlängert oder gekürzt werden, wenn es wirtschaftlich oder betriebstechnisch notwendig ist."

"Bussen. Verhängung von Bussen erfolgt im Einvernehmen mit dem Vertrauensrat wegen etwaiger Verstösse gegen die Ordnung oder Sicherheit des Betriebes. Die Geldbussen dürfen im allgemeinen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht überschreiten. Jedoch können Bussen bis zum vollen Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeiterverdienstes bei schwerwiegenden Fällen verhängt werden. Sie werden bei der nächstfälligen Lohnzahlung in Abzug gebracht."

Ruhrgebiet: Die neue Arbeitsordnung wird in diesen Tagen überall in den Betrieben angeschlagen. Die Arbeiterschaft reagiert darauf in ganz unterschiedlicher Weise. Die meisten achten gar nicht auf solche Kleinigkeiten. Sie sind stumpf und entnervt. Das ist ein fürchterlicher Zustand. Die geschulten Leute erblicken in der neuen AO. eine Verschlechterung. In einem Metallbetrieb in Essen, 1500 Beschäftigte, war die Belegschaft bezügl. der Urlaubsregelung in der AO. nicht einverstanden. Der Vertrauensrat wurde daher bei der Direktion vorstellig. Diese berief sich darauf, dass der Treuhänder der Arbeit die AO. be-

stätigt habe. Auf den Einwand des Vertrauensrates, dass die Haltung der Direktion doch nicht nationalsozialistisch sei, erklärte der Direktor: "Ich bin noch nie Nationalsozialist gewesen und habe hier die Interessen der Firma zu vertreten." Die Verhandlung verlief ohne irgend einen Erfolg. Am nächsten Tage war die AO. mit Tinte verschmiert und unleserlich gemacht. Die Verwaltung hing eine neue heraus.

Im übrigen ordnen wir wieder die Betriebsberichte nach Landesteilen.

Berlin: In einem Grossbetrieb erschien folgender Anschlag:

"Betr. Teilnahme an Veranstaltungen der Betriebszelle. Nach den von mir gemachten Beobachtungen werden Veranstaltungen der Betriebszelle, wie Aufmärsche und dergl. überwiegend nur von denselben Belegschaftsmitgliedern besucht, während ein gewisser Kreis der Angestelltenschaft - nach Aufzeichnungen handelt es sich dabei regelmässig um dieselben Mitglieder - sich von Veranstaltungen solcher Art ständig fernhält. Diesen bei jeder Gelegenheit von der Teilnahme sich drückenden Belegschaftsmitgliedern sei hiermit ins Gedächtnis gerufen, dass derartige Parteiveranstaltungen Dienst sind, die zur Teilnahme verpflichten. Für sie in erster Linie gilt auch die nachfolgende, unter dem 6.7.34 ergangene Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Karlsruhe, in der die Nichtteilnahme an gemeinschaftlichen Aufmärschen und dergl. der Belegschaft als ein gerechtfertigter Grund zur fristlosen Entlassung des Betreffenden angesehen wird." (Diese Entscheidung lautet:

"Durch Entfernung vor Beginn des Singens des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes aus den Geschäftsräumen und durch die Nichtteilnahme an gemeinschaftlichen Aufmärschen, Feiern und sonstigen Veranstaltungen der Belegschaft stellt sich ein Arbeitnehmer bewusst ausserhalb der Volksgemeinschaft und zeigt hierdurch seine staatsfeindliche Einstellung. Dadurch wird die fristlose Entlassung gerechtfertigt.")

Konsum-Genossenschaft Gross-Berlin u. Umgegend: Das Personal erhielt kürzlich einen Zettel, dessen Erhalt schriftlich bestätigt werden musste. Der Text lautete: "In letzter Zeit hat das Mecker- und Miesmachertum innerhalb des Betriebes ganz gewaltig an Umfang zugenommen. Ich habe den Eindruck, als wenn mit voller Absicht Unruhe in den Betrieb gebracht wird. Diese Geschichten konnten wohl in der marxistischen Zeit gemacht werden, sind aber in einem nationalsozialistischen Deutschland nicht am Platze. Ich warne daher noch ein letztes Mal ganz eindringlichst und es wird jeder Unruhestifter, ohne Rücksicht auf die Stellung, die er bekleidet, der Geheimen Staatspolizei übergeben. Dort hat derjenige dann die beste Zeit, darüber nachzudenken, wie es nicht gemacht werden soll. Also Ruhe halten im Betrieb und diszipliniert sein, dann kann uns nichts passieren. Heil Hitler! Der Zellen-Obmann i.V.Will."

Städtische Gas- und Elektrizitätswerke: Die Arbeiter der Bewag und der Gasag sind zu Angestellten erklärt worden, d.h. sie erhalten Monatsgehälter in 3 Dekaden. Die Werke haben durch diese Streckung der Lohnzahlung Gewinn. Eine Aufnahme in die Angestelltenversicherung für die Betroffenen ist abgelehnt worden. Der neue Gehaltstarif bringt

einen Abbau der Gehälter bei der Bewag in den Lohnklassen 1 - 9 von 15 bis 105.- Mk. im Monat. Die Stimmung ist dadurch erheblich beeinflusst.

Die Hollerith Maschinen GmbH. hat ihre Belegschaft aufgefordert, sich auf einer Liste zu festen Beiträgen für die Winterhilfe zu verpflichten, die vom Lohn bzw. Gehalt abgezogen werden sollen. Von 600 Mann haben nur 300 unterzeichnet. Darauf hat der Vertrauensobmann erklärt, dass er die Listen als nicht abgegeben betrachten wolle und erwarte, dass sich die Belegschaft bei nochmaliger Ausgabe der Listen geschlossen eintragen werde. Er hat dabei auf die zu erwartenden Folgen bei Nichteinzeichnung hingewiesen. Erfolg: Wieder 300 Nichteinzeichnungen.

Warenhaus Hermann Tietz: Die Zentrale hat für das Kaufhaus Alexanderplatz einen neuen jüdischen Direktor eingestellt. Darauf wurden im Betrieb Klebezettel angeheftet: "Brauchen wir einen jüdischen Direktor mit Mk. 1.500 Gehalt?" Jetzt sind Betriebsleitung und der nationalsozialistische Personalchef eifrig auf der Suche nach dem Zettelankleber.

Metallbetrieb (150 Arbeiter): Bekanntlich werden jetzt die Beiträge zur Arbeitsfront gleich vom Lohn abgezogen. In den beiden letzten Lohnwochen im Oktober wurden im voraus die Beiträge für den Monat November vom Lohn einbehalten. Die Belegschaft ist darüber sehr verärgert. Bisher wurde die Anordnung des NSBO.-Obmannes auf Gebrauch des Hitler-Grusses befolgt. Jetzt macht sich erster Widerstand bemerkbar. So wurde der Obmann jüngst mit einem demonstrativen "Guten Tag" begrüßt. Auf seine Frage, welche Kollegen seinen Hitler-Gruss nicht beantwortet hätten, erntete er ein allgemeines Grinsen und Lachen.

Gespräch mit einem Berliner Revolverdreher: Er ist in einem Berliner Rüstungsbetrieb beschäftigt, verdient, obwohl ledig, 1.50 Mk. pro Stunde und hat sein gutes Auskommen. Vom Lohn werden ihm durchschnittlich 25 Prozent für Steuern und Abgaben in Abzug gebracht. Sein Betrieb ist als oppositionell und marxistisch verschrien. Er und mehrere seiner Kollegen sind nicht Mitglied der Arbeitsfront: "Wenn die Arbeit hier zu Ende ist und wir nicht mehr gebraucht werden, dann schmeissen sie uns mit und ohne Arbeitsfront-Mitgliedsbuch hinaus". Sammlungen im Betrieb werden nicht gern gesehen. Als kürzlich vom Vertrauensrat der Vertrieb der blauen Kornblumen vorgenommen wurde, weigerte sich die betr. Abteilung, die Blumen zu kaufen. Auf wiederholtes Drängen entschlossen sich die Arbeiter, eine Kollekte zu veranstalten, um Ruhe zu haben. Jeder gab ein paar Pfennige, für den Erlös wurde die entsprechende Anzahl Blumen erworben, die dann jedoch nicht getragen, sondern weggeworfen wurden. Die Arbeiter können auch gegenüber der Betriebsleitung energisch auftreten, da sie sich unentbehrlich wissen.

Das Rauchen im Betrieb wird, den vielen Ankündigungen zufolge, mit fristloser Entlassung bestraft. Wenn einer der Betriebsleiter einen Arbeiter beim Rauchen erwischt, dann getraut er sich nicht einmal einen Verweis auszusprechen, sondern begnügt sich damit, auf das Rauchverbot aufmerksam zu machen.

Sachsen: Maschinenfabrik Seidel und Naumann, Dresden (Belegschaft 3000 Mann): Die Firma veranstaltete jedes Jahr für die Kinder der Arbeiter und Angestellten Ferienfahrten. Für diesen Zweck wurden 10.000 Rmk.

bereitgestellt. Die wurden bei der Uebernahme der Gewerkschaften durch die Nazis der N.S.V. in Dresden zu treuen Händen überwiesen. In diesem Jahr wurden von der Betriebsführung und Betriebszelle keine Anstalten gemacht, Kinder fortzuschicken. Auf den Einspruch verschiedener Arbeiter und Angestellten kam es soweit, dass 25 Kinder an die See geschickt wurden. Früher wurden 100 Kinder weggeschickt. Die Misstimmung über den Vorfall ist innerhalb der Belegschaft sehr gross.

Kürzlich fand im Dresdner Trianon-Saal eine Veranstaltung der Werks-gemeinschaft statt. 900 Karten waren unter der 3000 Mann starken Belegschaft verkauft worden. 400 Personen waren nur erschienen. Die Stimmung der Besucher war flau. Nach den üblichen Reden der Betriebsführer - die Direktion selbst war nicht vertreten - sollte der gewerkschaftliche Teil beginnen, das kameradschaftliche Zusammensein. Es musste ausfallen, da die Anwesenden demonstrativ den Saal verliessen.

Eisenwerk Specht in Coswig bei Meissen: Der Belegschaft wurde mitgeteilt, die Winterhilfsbeiträge in Höhe von 20 Prozent der Lohnsteuer würden gleich vom Lohn abgezogen werden. Die 60 Mann starke Belegschaft hat einheitlich dagegen protestiert und angeführt, dass die Winterhilfe eine freiwillige Spende sei. Der Abzug ist dann unterblieben. Bei der gleichen Firma sind 7 Mann entlassen worden, weil sie sich geweigert hatten, eine Arbeit zu den von der Firma herabgesetzten Akkordsätzen auszuführen. Sie hätten dann bei 48 stündiger Arbeitszeit nur 19 Rmk. verdient. Der Chef der Firma hat übrigens den Hitlergruss als "Schmus" bezeichnet "wie alles Andere auch!" In diesem Betrieb gibt es weder SA noch NSBO.

Vereinigte Eschebach'sche Werke in Radeberg bei Dresden. (Belegschaft 1000 Mann): Hergestellt werden Kücheneinrichtungen, Kühlschränke und Anlagen, sanitäre Einrichtungen und Ähnliches. In der N.S.B.O. sind lediglich 92 Mann. Der Hitlergruss ist kaum zu hören. Die Beschäftigung ist normal. In der Abteilung Badeöfen wird jetzt wegen Kupfermangel der Bau von Öfen mit Eisenkonstruktion ausprobiert.

Deutsche Werkstätten in Hellerau bei Dresden: Die Firma stellt besonders gute Möbel her und baut sonst Einrichtungen für Hotels, Gaststätten und Schiffe usw. Die Belegschaft betrug bis Ende September 500 Mann. Jetzt sind davon 200 Mann wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Die Firma hatte früher auch viele Auslandsaufträge, die jetzt nicht mehr hereinkommen. Unter den Entlassenen sind fast alle NSBO-Leute. Der Betrieb ist jetzt fast nazirein.

Stadtwaldschlösschen Dresden (ein Grossrestaurant-Betrieb der Brauerei Waldschlösschen): Ein Angestellter des Betriebes, der Vertrauensrat ist, beschwerte sich bei dem 2. Direktor darüber, dass der Bierausgeber den Hitlergruss nicht erwidere. Der 2. Direktor schickte den Beschwerdeführer zum 1. Direktor Walter, der Jude ist. Diesen grüsste er mit "Guten Tag" und brachte seine Beschwerde vor. Als Walter ihn aufmerksam machte, dass er ja selbst gerade den Hitlergruss unterlassen und mit "Guten Tag" gegrüsst habe, erwiderte der Vertrauensrat, er habe den deutschen Gruss unterlassen, weil er (der Direktor Walter) Jude sei. Daraufhin wurde der Vertrauensrat von Direktor Walter sofort entlassen. Das angerufene Arbeitsgericht entschied, die Entlassung sei berechtigt, weil in den Ausführungen des Vertrauensrates gegenüber dem Betriebsführer ungebührliches Benehmen liege.

In der Knopffabrik Ernst in Löbau werden seit längerem die Arbeiter unter Tarif bezahlt. Eine Deputation der Belegschaft, geführt von Nazis, begab sich beschwerdeführend in das Mutschmannhaus zur Kreisleitung. Sie wurde daraufhin gekündigt.

Maschinenfabrik I.E. Reinecker, Chemnitz: Anlässlich des 75 jährigen Jubiläums der Firma wurde von der Gefolgschaft ein Gedenkstein gesetzt. Der Gedenkstein befindet sich in einer gärtnerischen Anlage, die nach einer Meldung der "Chemnitzer Neusten Nachrichten" vom 1.10. von den Gefolgschaftsmännern mit Lust und Liebe in freiwilligen 1500 Arbeitsstunden fertiggestellt wurde. In Wirklichkeit war jeder Arbeiter zur Leistung einer Arbeitsstunde verpflichtet. Wer die Stunde nicht arbeiten konnte, musste 1 Mk. an die Firma zahlen. Diejenigen aber, die arbeiteten, erhielten nur 60 Pfg. pro Stunde.

Schlesien:

Gerberei Gröger / Söhne in Neustadt O.S. (Belegschaft 130 Arbeiter und 10 Angestellte, davon etwa 100 männliche und 40 weibliche). Der Tariflohn beträgt für Männer 51 Pfg. und für Frauen 35 Pfg. die Stunde. Stundentariflohn wird aber nicht gezahlt. Alle Arbeiten stehen im Gruppenakkord und die Leute machen Ueberstunden, damit einigermaßen verdient wird. In der Färbearbeitung kommen die Leute auf einen Wochenlohn von 35 Mk., die anderen Abteilungen auf 26 Mk. Um auf diesen Lohn zu kommen, müssen 50 bis 60 Stunden gearbeitet werden. Im Betrieb gibt es keine Bade- und Ankleideräume. Gegen den Meister Freres herrscht eine erbitterte Stimmung, da er ein übles Antreibersystem eingerichtet hat und Spitzel im Betrieb züchtet. Von den Arbeitern werden viele Nebenarbeiten verlangt, die nicht bezahlt werden.

Tiefbau-Unternehmen in Dürrgöi bei Breslau (400 Arbeiter): Der Unternehmer, Steinmetz-Obermeister Schmelz, erklärte verschiedenen Arbeitern, sie hätten nichts zu fordern, sondern müssten mit dem vorliebnehmen, was er gewillt sei, zu geben. Als der Betriebszellen-Obmann gegen diese Ausführungen opponierte, wurde er fristlos entlassen. Als Arbeitsleistung wird von der Firma von 3 Arbeitern eine Bodenbewegung von 90 cbm pro Tag verlangt.

Kleine Textilfabrik in Ebersbach b. Görlitz (40 Beschäftigte): Es wird in zwei Schichten gearbeitet. Die Hälfte der Belegschaft besteht aus Arbeitern, die in Konzentrationslagern waren. Der bisherige Lohn betrug bei 37 stündiger Wochenarbeitszeit 13 bis 14 Mk. pro Woche. Als ein neuer Lohnabbau angekündigt wurde, weigerte sich die Belegschaft, zu dem niedrigeren Lohn zu arbeiten. Zu Beginn der Schicht arbeitet man vorerst ein bis zwei Stunden, dann werden die Motoren ausgeschaltet und nun wird verhandelt, ob man für diese Schicht, die gerade gearbeitet wird, den alten Lohn erhält, was bis jetzt jeden Tag erreicht wurde. Der Inhaber des Betriebs verlangt erneut den Lohnabbau, der Führer der Arbeitsfront, an den sich der Betriebsführer wandte, hat bis jetzt ein Eingreifen abgelehnt. Die Stimmung im Betrieb ist ganz für uns, die Arbeiter halten zusammen und lehnen den deutschen Gruss, trotz wiederholter Drohungen, strikte ab.

Bayern:

Buntweberei Riedinger, Augsburg (Belegschaft 5.500 Mann): (Im Monatsbericht für August/September - S. 43 f. - haben wir einen längeren Bericht über einen Proteststreik der Belegschaft dieses Betriebs gegen das unsoziale Verhalten des Betriebsleiters Graf gebracht. Der Streik schien zu einem vollen Erfolge geführt zu haben: Graf wurde in Schutzhaft genommen, der Treuhänder der Arbeit für Bayern, Frey, beruhigte die Arbeiter, die Arbeit wurde am nächsten Tage zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Drei Monate lang war über den Verbleib des Betriebsleiters Graf nichts zu hören. Plötzlich, am 31. Oktober, erschien er wieder in der Direktion. Am Abend desselben Tages hielt der Treuhänder Frey vor der Belegschaft eine neue Rede. Während er aber damals die Partei der Arbeiter ergriffen hatte, führte er jetzt den Graf wieder in sein Amt ein. Wir entnehmen darüber einem neuen Bericht - der ausführlich im "Neuen Vorwärts" vom 25. November abgedruckt ist - folgendes:)

Der Parteigenosse Frey sprach heute in einem ganz anderen Ton als am 21. August. Er kam sofort auf die Vorgänge von damals zu sprechen und schimpfte auf die verborgenen Hetzer und Marxisten. Die marxistische Methode des Streiks und die staatsfeindlichen Umtriebe im Betrieb müssten aufhören, sonst werde einmal richtig ausgeräumt. Die Arbeiter seien eben von früher her immer noch gewöhnt, sich des verwerflichen Kampfmittels eines Streiks zu bedienen. Man wolle es für diesmal hingehen lassen, aber in Zukunft werde bei Wiederholungen rücksichtslos durchgegriffen! Dann führte er den Ausbeuter Graf wieder in seine Rechte ein. Graf habe das Recht, sich im Betrieb Geltung zu verschaffen und er - Frey - verfüge, dass sich niemand den Anordnungen des Direktors widersetzen darf. Die Belegschaft sass in eisigem Schweigen. Trotz Aufforderung meldete sich niemand zur Diskussion.

Am anderen Tag begann der Herr Direktor mit dem Hinauswerfen. Der Obermeister Lattending wurde sofort entlassen, weil er nach dem Streik den Arbeitern Bier bezahlt und seine Freude über die Verhaftung Grafs geäußert haben soll. Lattending nahm sich die Sache so zu Herzen, dass er sich in den Mühlbach zu stürzen versuchte. Schon in den nächsten Tagen begann Graf seine technischen Neuerungen, also den "Raubbau an der Arbeitskraft" durchzuführen. Man kann sich die Stimmung der Belegschaft vorstellen. Lange Gesichter und Angstträume bei den Herren Nazis, die ja im Glauben an ihr Recht, den Streik organisierten, höhnisches Grinsen bei der Mehrheit, die an den Sozialismus Hitlers noch nie geglaubt hatten.

Wie war das möglich? Wie war es möglich, dass dieser Graf damals unter Duldung Freys verhaftet und nun heute wieder mit Hilfe Freys eingesetzt werden konnte? Ganz einfach: Der Herr Graf hatte engste Beziehungen zu dem allgewaltigen Dierig, dem Berater unseres Führers in der Textilindustrie. Von der Kommandostelle der deutschen Industrie hat der Herr Frey für sein sozialistisches, aber nicht nationalsozialistisches Verhalten eine böse Zurechtweisung bekommen. Da er ein echter Gefolgsmann seines Führers ist, gehorchte er dem Winke sofort und machte schleunigst wieder gut, was er verbrochen hatte.

Maschinenfabrik MAN, Augsburg (Belegschaft 4.500 Mann): Zur Zeit werden grosse Umbauten vorgenommen, angeblich für die Verbesserung der Werkstattarbeit im Kleinmotorenbau. Die Bauarbeiten erstrecken sich hauptsächlich auf die Wiederinstandsetzung des Werkes L.A. Riedinger, das seit 1925 an die MAN angeschlossen ist. Seit 1930 war diese Abteilung vollständig stillgelegt. Nun werden neuerdings Drehbänke und Maschinen aufgestellt. 600 Arbeiter sollen dort in den nächsten Wochen neu eingestellt werden. Die Neuinstandsetzung liegt in den Händen der Abteilung Automaten-dreherei. Diese Abteilung stellte während des Krieges vorwiegend Zünder her. Offiziell ist über den Zweck der Neueinrichtung nichts verlautbart worden. Man hat ein eigenes Umstellbüro geschaffen, das die Neubauten leitet.

Im Betrieb wurden nun grosse Hitlerbilder angebracht mit grosser Unterschrift: "Unser Führer". Vor wenigen Tagen stand, als wir morgens in den Betrieb kamen, unter einem solchen Bild mit grossen roten Buchstaben eine Fortsetzung der Bildunterschrift: "...ist Thälmann". Diese Beschriftung lockte die Arbeiter alle an, so dass in der betreffenden Werkstatt für kurze Zeit ein grosses Gedränge war. Sofort wurden dann einzelne Arbeiter festgenommen, man hat weiter sehr strenge Untersuchungen angestellt, auch Schriftproben abgenommen, aber man konnte den Schuldigen nicht finden. Die meisten Arbeiter freuten sich über den gelungenen Streich, äussern sich aber aus begreiflichen Gründen nicht weiter darüber.

Die Belegschaft unseres Betriebes zeigt sich immer indifferenter dem Faschismus gegenüber. Die Nazi in unserem Betrieb haben einen schweren Stand. Sie müssen viel Sticheleien ertragen.

Süddeutsche Zündholz A.G., Augsburg: Die Betriebsgemeinschaften, das ist das neue Schlagwort, mit dem man die Arbeiter ködern will. Auf Anregung der Arbeitsfront werden jetzt Betriebsgemeinschaftsfeiern abgehalten. Unsere Fachzeitungen sind voll solcher Berichte. Die Arbeiter dürfen sich an den Tisch des Herrn Betriebsführers setzen und werden von ihm mit einem Mass Bier bewirtet. Bei unserem Betrieb war neulich eine solche Feier. Da hiess es: "Die Gefolgschaft war der Einladung gern gefolgt. Die Firma hatte durch grosszügige, reichliche Bewirtung und durch Musik für frohe Stimmung gesorgt. Direktor Bihr eröffnete den Abend mit kurzen trefflichen Worten und wies auf den Wert ehrlicher und treuer Betriebsgemeinschaft hin. Der Betriebsführer liess es sich nicht nehmen, die Frauen der Belegschaft nacheinander zum Tanze zu führen. Der Vertrauensrat Lestl sprach dem Betriebsführer den wohlverdienten Dank für den herrlichen Abend aus, usw. usw." In Wirklichkeit war nicht die Hälfte der Belegschaft da, das reichliche Essen bestand in einigen Glas Bier und einem Leberkäs. Das Ganze ist ein richtiger Schwindel und Arbeiterfang. Aber es ist den meisten Arbeitern klar, was diese Mätzchen zu bedeuten haben. So lässt sich der Klassenkampf nicht ausschalten.

Margarinefabrik Zitzelsberger A.G., München: Die neuste Mode bei uns ist der Gemeinschaftssinn. Man will dadurch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit verwischen. Der Unternehmer nähert sich wieder seinem Gefolge. Der Direktor Selmair lud die Gefolgschaft zu einem Ausflug nach Herrsching ein. Die Arbeiter kamen nicht, wohl aber die Angestellten. Die Familien Zitzelsberger und Selmair waren vollzählig vertreten. Selmair hielt dann eine rührselige Rede auf den Fabrikbesitzer und die Arbeiter mussten fest "hoch" schreien. Die Kosten des Ausflugs wurden grosszügig vom Betriebsleiter übernommen.

Die Pirnaer Glasfabrik in Zwiesel fabriziert Hohlglas und hat ca 400 Mann Belegschaft. Gegenwärtig steht die Fabrik in vollem Betrieb, was auf die Weihnachtsgeschäfte, die jetzt schon in Gang sind, zurückzuführen ist. Der Betrieb hat auch Export, doch ist dieser in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Spezialarbeiter hatten vor 4 Jahren einen Wochenlohn von 60 bis 70 Mk., heute haben sie noch 30 bis 32 Mk. Der Betrieb war früher grösstenteils freigewerkschaftlich organisiert. Die Arbeiter haben fast durchwegs noch ihre alte Gesinnung. Die Stimmung der Arbeiter ist sehr gedrückt. Sie empfinden den Zwang, haben aber keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Wenn die alten Freiheiten der Organisation wieder hergestellt würden, wären die freien Gewerkschaften sofort in der alten Stärke wieder da. Die N.S.B.O. ist nunmehr in der Arbeitsfront aufgegangen. Der N.S.B.O.-Führer ist der Nazi Münchmeier. Er ist ein unfähiger Trottel und dem Wissen des früheren Betriebsrates weit unterlegen. Das hat viel dazu beigetragen, dass die Arbeiter vielleicht mehr als in anderen Betrieben dem Nationalsozialismus einen inneren Widerstand entgegensetzten. Nach aussen ist zwar nichts zu merken. Die Arbeiter zeigen sich uninteressiert, vielfach sind sie völlig mutlos und gleichgültig.

Glashütte Theresiental hat eine Belegschaft von 400 Mann. Das ist eine sehr alte Fabrik. Hier herrscht Tradition. Schon Grossvater und Urgrossvater erwarben sich hier ihren Lebensunterhalt. Die Lohnverhältnisse sind hier geradezu katastrophal. In den meisten Fällen liegen die Wochenlöhne mit 12 - 15 Mk. unter dem normalen Unterstützungssatz. Der Betriebsführer ist der ehemalige Stahlhelmann v. Poschinger. Als der Nationalsozialismus die Macht ergriff, glaubten manche Arbeiter, dass jetzt eine Änderung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen eintreten würde. Es kam auch einmal der bayr. Minister Esser und besichtigte den Betrieb. Die Arbeiter wandten sich an ihn um Hilfe. Es gab grosse Auseinandersetzungen mit Poschinger, wenigstens wurde den Arbeitern das erzählt. Esser versprach Abhilfe und Unterstützung der Bayr. Regierung. Bis heute ist der Herr Minister sein Versprechen schuldig geblieben. Die beschämenden Verhältnisse dauern noch immer an und es besteht keine Aussicht auf Besserung. Herr Esser hat sich auch nicht mehr sehen lassen. Die Arbeiter gingen nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften vielfach zum Stahlhelm. Heute herrschen in diesem Betrieb kommunistische Tendenzen vor. Die kommunistische Stimmung ist nichts anderes, als Ausfluss der ungeheueren Not.

Glasfabrik Gistl in Oberfrauenau hat 400 Mann Belegschaft. Die Beamten sind dort grösstenteils fanatische Nationalsozialisten. Die Belegschaft ist vorwiegend kommunistisch. Viele sind trotz ihrer kommunistischen Gesinnung bei der SA. Man sagt, dass in Frauenau mehr Kommunisten als Nationalsozialisten bei der SA. sind. 3/5 der Arbeiter sind nicht einmal in der Arbeitsfront.

Hanfwerke Füssen-Immenstadt A.G. Füssen: Es macht sich zunehmender Rohstoffmangel bemerkbar. Der Arbeiter hat sich grosse Sorge bemächtigt. Es wird viel über diese Verhältnisse diskutiert, doch ist es interessant, dass die meisten Arbeiter die Ursache der Störung unseres Wirtschaftslebens in der Böswilligkeit der jüdischen Geldinternationale sehen. In unserem Betrieb wurden auch wiederholt Versuche mit Verwendung der neuen Vistrafaser angestellt. Es hat sich aber herausgestellt, dass diese viel zu wenig widerstandsfähig und daher für unsere Industrie nicht zu brauchen ist.

Chiemgau, eine Holzbearbeitungsfabrik (Belegschaft 60 Mann): Bei der Aufstellung der neuen Betriebsordnung hatten die Arbeiter gar nichts zu sagen. Unser Vertrauensrat ist ein unfähiger Kriecher, der noch nie etwas für einen Arbeiter durchgesetzt hat. Im Betrieb herrscht unumschränkt der Betriebsleiter. Beschwerden über Lohnverkürzung, die wir bei der Arbeitsfront eingereicht haben, werden dort verschleppt. Man getraut sich nicht mit dem Herrn ... eine kräftige Sprache zu reden, da er, wie es heisst, so viel für die Winterhilfe gibt.

Reichsbahn: Der Bahnbedienstete ist zu einer illegalen Arbeit fast überhaupt nicht zu brauchen. Jeder fürchtet, dass er seine Anstellung oder seine Dienstjahre verliert. Allgemein machen wir jetzt die Beobachtung, dass der Druck, der von den Kollegen auf einzelne unbeugsame Genossen ausgeübt wurde, zu weichen beginnt. Da ist z.B. ein Heizer und ein Maschinenführer. Der Maschinenführer ist Nazifunktionär. Seit vielen Jahren fahren die beiden ihre Maschine. Als der Umsturz kam, bat unser Genosse seinen Kollegen, dass er zustimmen möchte, wenn er sich auf eine andere Maschine versetzen lassen will. Der Maschinenführer wollte das nicht. Er hoffte, unseren Genossen doch noch zu überzeugen. Als ihm das nicht gelang, wechselten sie lange kein Wort mehr. Jetzt beginnt sich der Führer wieder mit seinen Kollegen zu unterhalten. Er drückt ihm seine Zweifel aus und erzählt ihm all seine Sorgen und Nöte, zu unserem Genossen: "Du bist der einzige Mensch, dem ich alles sagen kann. Die anderen verstehen das nicht." - So kommt der Nazi in seinen Zweifeln und Nöten wieder zum Marxisten. Das ist nur ein Beispiel. Es zeigt sich mancherorts, dass die charakterfesten Sozialisten heute selbst wieder die Achtung der schwankenden Gegner zurückgewinnen. Hier sind die ersten Keimzellen einer neuen Arbeiterbewegung.

Südwestdeutschland:

Schiffs- und Maschinenbau A.G., Mannheim: (Belegschaft 250 Mann.) Der Verdienst der Arbeiter ist in den letzten zwei Jahren ziemlich stabil geblieben. Das Verhältnis der Betriebsleitung und Arbeiterschaft hat sich im letzten Jahre etwas gebessert. Was das Führungsprinzip innerhalb des Betriebes anbelangt, so wird den Arbeitern immer deutlicher, dass sie wohl Pflichten, aber keine Rechte haben. Jetzt erst kommt es dem Gros der Arbeiter zum Bewusstsein, was es einst in seiner Gewerkschaft dem Betriebsrätegesetz und der Betriebsvertretung für einen Schutz und eine Stütze hatte. Allgemein ist man der Auffassung, dass die Verhältnisse nicht mehr von langer Dauer sein können. Der deutsche Gruss wird nur noch in ganz seltenen Fällen angewandt.

Im Strebelwerk in Mannheim (Giessereibetrieb) wurden vor einiger Zeit die Akkordsätze stark gekürzt, so dass eine Verminderung des Lohnes um 10 Prozent eintrat. Neuerdings wurde zur Kurzarbeit auf fünf Tage übergegangen. Die Verminderung der Akkordsätze hat die Arbeiter zur Kritik und Abwehr getrieben und sie gingen als Gegenmassnahme stark zur Lohnarbeit über, wo sie konnten.

Der Betriebszellenobmann (Obmann des Vertrauensrates) nahm zu diesem Vorgang Stellung und charakterisierte dieses Vorgehen der Arbeiter durch Anschlag mit folgenden Worten:

"Die Akkordarbeit ist sofort aufzunehmen. Im Weigerungsfalle behalte ich mir weitere Schritte vor.

Name:
Der Betriebszellenobmann."

Da die Arbeiter auf diese Drohung nicht achteten und weiter bei ihrer passiven Resistenz blieben, wurden sie entlassen. Durch Eingriff der Arbeitsfront mussten sie jedoch wieder eingestellt werden. Es blieb aber bei der Verminderung der Akkordsätze.

Stahlwerk A.G., Mannheim: Die Belegschaftsstärke war im Jahre 1932 185 Mann. Sie steigerte sich während 33 auf 350 bis 400 und beträgt heute 520 Mann. Die Belegschaft ist nach dem heutigen politischen System folgendermassen eingeordnet: 100 Mann sind Angehörige der N.S.B.O. 25 bis 30 sind in Uniform der SA. oder SS., der Rest ist zum Teil uninteressiert oder absoluter Gegner. Im Gegensatz zur ungelernten Arbeiterschaft erwidert die gelernte Arbeiterschaft nicht den Hitlergruss. Die Angestellten sind fast alle Zentrumsleute. Bei Betriebssammlungen lehnen fast alle jeden Beitrag ab. Nach der Abstimmung zur Wahl der Vertrauensleute, welche ohne Bekanntgabe des Ergebnisses erfolgte, wurden die Betriebsräte der freien Gewerkschaften abgesetzt, befinden sich aber heute noch im Betrieb.

In der letzten Zeit macht sich ein Rückgang in den Bestellungen bemerkbar. Es wurden sofort Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die sogenannte Arbeitsvertretung (Vertrauensrat) hatte nicht den Einfluss, die Entlassungen durch Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern. Die Arbeiterschaft sieht immer mehr den Unterschied zwischen heute und früher.

Seilindustrie Wolf Neckarau: Infolge Rohstoffmangel ist die Firma gezwungen worden, bereits im August 147 Leute zu entlassen. Der Treuhänder der Arbeit hat von der zuerst geforderten Entlassung von 180 Mann nur diese 147 genehmigt, ohne aber, dass vorher der Vertrauensrat beigezogen worden ist. Aber beim Hinauswurf von sehr schlecht bezahlten Arbeitern und Arbeiterinnen hat der Vertrauensrat selbst die Leute bestimmen müssen, welche hinausflogen. Der Unternehmer drückt sich also davor.

Man spricht bereits von der völligen Stilllegung des Betriebes. Gerade diese Firma hat die meisten Kameradschaftsabende abgehalten, um die Beschäftigten über die kommenden Schwierigkeiten hinwegzutäuschen. Man hat den Eindruck erweckt, als ob keine Arbeiter mehr auf die Strasse fliegen, aber jetzt ist die Belegschaft schwer enttäuscht. Selbst der Vorsitzende des Vertrauensrats, ein junger Mensch von 22 Jahren ist über diese Entwicklung bitter enttäuscht. Er gibt sich der Hoffnung hin, dass, wenn jetzt Hitler die nächste Aktion macht, dann würden die Schwierigkeiten schon überwunden werden. Aber wie es gemacht werden soll, darüberhüllt er sich vollständig in Schweigen. Er versucht die Belegschaft immer wieder zu trösten, wenn sie ihn auf die versprochene Besserung aufmerksam machen.

IG-Farben Höchst a. Main: Es wurden 80 bis 100 Saararbeiter eingestellt. Man versprach denselben einen bestimmten Wochenlohn, der über dem Stand des allgemein gezahlten liegt. Als nach der Lohnzahlung in der ersten Woche die allgemeinen Löhne zur Auszahlung kamen, entstand eine grosse Empörung unter denselben. Da man ein Interesse daran hat, der Saarbevölkerung zu beweisen, dass in Deutschland sehr gute Löhne gezahlt werden, traf man folgende Regelung: Durch den Treuhänder der Arbeit wird die Differenz zwischen versprochenem und üblichem Lohn zugelegt. Die Beträge, die durch das Reich zur Verfügung gestellt werden, werden über ein Sonderkonto für den jeweiligen Betrieb verrechnet.

Deutschland - Bericht
der Sopade

Prag, am 26. Nov. 34.

Okt./Nov. 1934

T e i l B : Uebersichten

I n h a l t

I. <u>Kriegsgefahr - Kriegspsychose. Eine Warnung</u>	B 1
1.) Drohende Kriegsgefahr?	1
2.) Gefahren der Kriegspsychose	2
3.) Aufgaben der Opposition	6
II. <u>Protestantismus, Obrigkeitsstaat und Reaktion</u>	10
1.) Die protestantische Kirche und der Obrigkeitsstaat	10
2.) Protestantismus und Antisemitismus	
3.) Das Bündnis gegen die Republik	
4.) Die freiwillige Gleichschaltung	
5.) Der Ansturm der Kirchen - SA.	28
6.) Die kirchliche Gegenrevolution	35
7.) Ausblick	

- - - - -

I. Kriegsgefahr - Kriegspsychose.

Eine Warnung.

1.) Drohende Kriegsgefahr?

Wer will den Krieg? Es ist viel vom kommenden Krieg geredet worden in den letzten Monaten. Eine Kriegspanik hat Europa ergriffen. Aber wer will ernsthaft, mit festem Willen den Krieg herbeiführen? Japan? Seine Militaristen haben offen davon gesprochen, dass Japan den Krieg nicht nur vorbereiten, sondern auch wollen müsse. Sie haben das fatale Jahr 1935 genannt. Aber werden sie, können sie den Brand entfesseln? Mussolini, der das Wort von "ihrer Majestät der Kanone" geprägt hat, der grosse Blender und Bluffer in der europäischen Politik? Oder die kleineren, beutegierigen Diktatoren, die darauf lauern, dass ein grosser beginnen soll, in dessen Gefolge sie Beute machen wollen? Wer soll, wer kann dieser Grosse sein?

So richten sich alle Blicke auf Deutschland, wenn diese Frage gestellt wird: Wer will den Krieg? Auf Deutschland, das militärisch wieder eine Grossmacht ist, umgebenden kleineren Mächten hoch überlegen. Rings um Deutschland fragt man sich: wozu das alles? Wozu Aufpeitschung des Nationalismus, die Ausplünderung des Volkes für Rüstungszwecke? Man glaubt nicht, dass dies alles nur dem Prestigebedürfnis des Systems entspringe, nur um des Kitzels der Wiedergewinnung der vollen Souveränität willen, nur damit das deutsche Volk, wenn es unter der Last der Rüstung völlig erschlagen am Boden liegt, von sich sagen kann: jetzt erst bin ich wahrhaft frei! Man sagt sich, dass die Rüstung Deutschlands einen Sinn und ein Ziel haben müsse, und man zieht den Schluss: dieses Ziel ist der Krieg. Man kann sich nicht vorstellen, dass das System Milliarden hinausgeschmissen hat, nur um sich am Ende im Bewusstsein zu sonnen, dass es nach allen Seiten von Waffen starrt.

Es ist offizielle und inoffizielle Ueberzeugung an allen Ecken und Enden Europas, dass Deutschland der Brandherd des nächsten Kriegs ist. Diese Ueberzeugung ist nicht nur allgemein, sie ist darüber hinaus auch wahr! Die Staatsmänner, die lange, viel zu lange geschwiegen haben, als es Zeit gewesen wäre, offen zu den Völkern zu sprechen, reden jetzt. Sie tragen nicht mehr den schönen, selbstsicheren Optimismus zur Schau

wie noch vor einem Jahr. Die Erhaltung des Friedens ist für sie nicht mehr eine Selbstverständlichkeit, sondern ein Problem, das mit grösster Vorsicht behandelt werden muss. Die Erhaltung des Friedens in Europa war noch vor zwei Jahren kein schwieriges diplomatisches Geschäft - jetzt ist sie dazu geworden. Rasend schnell ist eine Konstellation in Europa entstanden, in der es für eine kriegslüsterne Regierung leichter sein kann, den Absprung zum Krieg zu finden als für die anderen, sie daran zu hindern!

Das sind nicht allein die Sorgen der Staatsmänner, sondern vor allem die Sorgen der Völker. Noch vor einem Jahr haben grosse Völker an einen kommenden Krieg nur gedacht wie an den Albtraum einer Nacht, der im Licht des Tages verfliegt. Jetzt sehen sie ihm wie einer wirklichen, nahen, furchtbaren Gefahr ins Auge. Das gilt für die Bevölkerung Frankreichs so gut wie für die Bevölkerung der sogenannten neutralen Länder. Alles, was an Hitlerdeutschland stösst, ist infiziert. Ueber die Wahrscheinlichkeit der Verletzung der Neutralität von Holland, Belgien, der Schweiz wird ganz öffentlich diskutiert. Es ist das Schauerliche an diesen Diskussionen, dass sowohl der Krieg als auch der äusserste Rechtsbruch wie jede Unmenschlichkeit der Kriegsführung darin als etwas Sicheres und Unvermeidliches vorausgesetzt werden, dass die politische und moralische Verdammung des Friedensbruchs gänzlich hinter den kaltblütigen Erörterungen der Möglichkeiten des kommenden Kriegs verschwinden.

2.) Gefahren der Kriegspsychose.

Diese Kriegspanik in Europa ist nur der Reflex der Vorgänge und der Stimmungen in Deutschland. Einer der charakterlosesten Soldschreiber des Systems, ein Renegat der Demokratie, hat kürzlich die freche Behauptung aufgestellt, dass die Kriegsstimmung in Deutschland nur die Folge der Kriegspanik in Europa sei. Das lässt erkennen, wie das Hitlersystem die Kriegspsychose auszunutzen gedenkt, die es selbst durch seine Rüstungen und seine Drohungen, seine internationalen Verschwörungen und Putsche geschaffen hat. Das System leugnet nicht, dass das deutsche Volk vom Krieg spricht. Es gibt das Bestehen einer Kriegspsychose in Deutschland offen zu, weil es darin ein brauchbares Instrument für seine äusseren, vor allem aber für seine inneren Zwecke erblickt!

Die Kriegspsychose in Deutschland hat vielfache Wurzeln. Es wirkt die immer sichtbarer werdende Aufrüstung so gut wie die Kriegsvorbereitungswirtschaft. Wenn die Erscheinungen der Kriegswirtschaft heute schon wiederkehren, ergibt sich der Gedanke von selbst, dass der Krieg, der zur Kriegswirtschaft gehört, demnächst nachgeliefert wird. In dieser einfachen und naheliegenden Schlussfolgerung liegt zugleich eine grauenhafte Resignation. Die so denken, sind die ahnungslosen Objekte des nächsten Kriegs. Ohne Recht, ohne Macht, ohne Einfluss, aber auch ohne Kampfwillen. In dieser dumpfen Resignation würde für das System die Gewähr liegen, dass es den Krieg wagen kann, ohne eine innere Explosion befürchten zu müssen.

Hier liegt die ungeheuerere Aufgabe für die gegen das System kämpfende Opposition! Sie ist die Kraft, die der Kriegsstimmung wie der Resignation entgegenwirkt. Sie rüttelt die Massen auf gegen die Verbrechen des Systems, die die Kriegsgefahr erzeugen. Sie zeigt ihnen immer wieder die Gefahr, sie sagt dem Volk, dass es das System stürzen muss, wenn es dem Krieg entrinnen will! Keine Resignation, kein Schwachwerden gegenüber dem System rettet vor dem Krieg - nur die mutige Ausbreitung unseres Kampfes! Noch ist es nicht zu spät, noch ist kein Grund zum Resignieren. Unser Kampf ist zugleich der Kampf für den Frieden!

Zu denen, die den Krieg fürchten, treten die anderen, die ihn wollen. Es gibt in Deutschland 15 Jahrgänge im Alter von 17 bis 32 Jahren, die den Krieg nicht unmittelbar erfahren haben. Sie sind dem Alter nach die eigentlich militärverwendungsfähigen Jahrgänge. Auf sie hat die nationalsozialistische Propaganda seit Jahren getrommelt. Sie sind der Kriegspropaganda und Kriegsromantik zugänglich gewesen, sie sind in Masse neuer Kriegsbejahung entgegengewachsen. Das sind die Regimenter, die den nächsten Krieg führen werden - das sind die Stützen für das System der Rüstung und Kriegsvorbereitung im Volk.

Alle ab-er reden vom kommenden Krieg - die Entsetzten wie die Resignierten wie die Kriegslustigen. Dies Reden vom Krieg ist eine Kriegsgefahr an sich. Es bringt den Krieg dem Volk wie dem Einzelnen näher. Der Krieg wird aus einem unvorstellbaren Schrecknis zur Selbstverständlichkeit, aus einer finsternen, unmenschlichen Macht zur menschlichen Normalität. Es tritt Gewöhnung ein, jene Gewöhnung, die am Tage des Kriegsausbruchs sagen wird: Nun ist es ja endlich so weit!

Diese Gewöhnung vernichtet die Kräfte des inneren seelischen Widerstandes, sie lähmt die moralische und menschliche Empörung, sie bereitet den Boden für eine Hurrastimmung am Tage des Kriegsausbruchs.

Es beginnt jetzt schon! Man muss nur die irrige Vorstellung verban-
nen, als werde die grosse Masse des Volks beim Kriegsausbruch unwillig
und feindlich beiseite stehen. Man muss sich an die Verankerung kriege-
rischer und nationalsozialistischer Ideen namentlich in den deutschen
Mittelschichten, an die nationalistische Infektion der Arbeiterschaft
erinnern, man muss daran denken, wie es 1914 war. Wer glaubt, der Tag
des Kriegsausbruchs ist der Tag der Revolution, des Sturzes des Regimes,
der würde eine entsetzliche Enttäuschung erleben! Erfahrene Beobachter
sagen uns: "Vielleicht sind die Leute heute schon kriegsbegeisterter
als 1914." Aus der Hinnahme eines Schicksals, auf das man keinen Ein-
fluss hat, ist schon bei sehr vielen Zustimmung geworden. Vergessen sind
die Lehren des Weltkriegs. Wie 1914 macht sich der Glaube breit, dass
Deutschland unbesiegbar sei, dass es alle seine Feinde niederrennen werde.
Die nationalistische Kraftmeierei geht um: jetzt wollen wir sie dreschen!

Diesmal wurzelt die Kraftmeierei im technischen Aberglauben. Ganz
allgemein ist der Glaube, dass Deutschland über furchtbare, noch unbe-
kannte Kampfmittel verfüge, die ihm die unbedingte Ueberlegenheit sichern.
Man denkt an Todesstrahlen, an elektrische und chemische Waffen, an
ferngelenkte Flugzeuge. Dieser Wahnglaube ist mit aller nationalistischen
Kriegstreiberei in Deutschland seit 1918 verbunden. Er wurde schon ver-
breitet, als die nationalistisch-aktivistischen Jünglinge im Ruhrgebiet
sich zuflüsterten, General Watter besitze ein geheimes Kriegsmittel zur
Vernichtung Frankreichs. Jetzt aber wirkt nicht nur die Einflüsterung
und das Gerücht! Die Bevölkerung sieht um sich einen gewaltigen techni-
schen Rüstungsapparat heranwachsen, sie erblickt ihn in fieberhaftem Be-
trieb, sie muss ihn selbst bedienen. Die psychologische Wirkung dieses
gewaltigen Apparates ist der Glaube: wir sind allen anderen überlegen! -
ist zugleich der Wahnglaube an das technische Wunder. Es ist auch viel
beruhigender, an einen technischen Wundersieg zu glauben, als Jahre des
Schreckens und der blutigen Massenopfer ins Auge zu fassen! Die gewalti-
gen technischen Rüstungsapparate der anderen sieht das Volk nicht. Es
vergleicht nicht. Es taumelt in Kraftmeierei und Siegerwahn hinein -
wie 1914.

Jetzt wird sichtbar, wie das System durch die psychologischen Wirkungen seiner Kriegsvorbereitungen zugleich das Volk - selbst die dem System entgegenstehenden Teile - in den Bann des Kriegsdenkens zwingt. Ungeheuer gross sind die Vorteile, die daraus für das System entspringen. Die Kriegspsychose in Deutschland ist die gewaltigste Ablenkung, die das System sich wünschen kann. Die drohende Kriegsgefahr muss zu einer Lähmung der Opposition führen, wenn sie statt Rebellion Resignation oder gar Kriegsbegeisterung hervorruft. Was ist an innerpolitischer Problematik noch wichtig, wenn Kriegsausbruch, Mobilmachung, Zwang zum Kriegsdienst, bevorstehender "Heldentod" die überragende Wirklichkeit von morgen zu sein scheinen? Mit dieser Perspektive und der Tröstung, "nachher wird ja alles anders", kann das System der Bevölkerung, die wie gebannt auf den kommenden Krieg starrt, noch allerhand zumuten. Vor der Machtergreifung haben sie gesagt: die Knechtschaft dauert nicht mehr. Jetzt gibt das System zu verstehen: es geht ja doch bald los.

Das ist für das System die Linie des geringsten Widerstandes. Das System ist noch nicht so enthüllt und so unterwühlt, dass die Entbehrungen, mit denen das Volk die Rüstungen bezahlen muss, zur allgemeinen Ernüchterung geführt hätten. Der Nationalismus ist noch keineswegs unter die Schwelle des Bewusstseins hinabgestossen worden, und der militärische Machtapparat wächst immer noch erheblich schneller als die Ernüchterung. Bei dieser Sachlage ist die Hinlenkung auf den Krieg das bequemste propagandistische und materielle Mittel, um die inneren Schwierigkeiten des Systems zuzudecken. Wenn der Schrei sich erhebt: so kann es nicht weitergehen! - ist es viel leichter, darauf zu antworten: also Krieg!, als die Köpfe und den Willen der Menschen zu gewinnen für neue politische und wirtschaftliche Konstruktionen.

Die Kriegspsychose in Deutschland birgt deshalb die ernstesten Gefahren für die kämpfende Opposition in Deutschland für sich. Wenn sie alles überschattet, wird die Aufrüttelung der Geister um soviel schwieriger. Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der neue Angriff auf die Arbeiterschaft, die Stärkung der Unternehmerherrschaft, die wachsende Not könnten dann leicht zu Fragen zweiten und dritten Ranges selbst in den Reihen der Arbeiterschaft werden.

Die Wirkungen können noch verderblicher sein! Das System handhabt das Instrument der Presse mit satanischer Verlogenheit. Mit der Gleichberechtigungsideologie und der Rüstungsideologie beherrscht das System immer noch breitesten Massen: "Deutschland muss rüsten, weil es rings von hochgerüsteten Ländern umgeben ist, Deutschland will nichts als sein Recht verteidigen, Deutschland ist in der Verteidigung! So wird aus dem eklatantesten Angriff auf den Frieden, den die Weltgeschichte jemals gesehen hat, eine Verteidigungsideologie zurechtgebraut! Darin aber liegt der Keim des Burgfriedens: Man darf in der Stunde der Gefahr nichts gegen das System unternehmen - und so verschafft sich das System auf der Grundlage des Nationalismus und der Kriegsideologie die Stützung durch die eigenen Opfer seiner Verbrechen. Nicht nur das murrende und dumpfe Sichfügen unter dem Zwang, sondern die Bundesgenossenschaft seiner Sklaven!

Die Kriegspsychose darf nicht aus einer Ablenkung von den Verbrechen des Systems zu einer Hinlenkung seiner Opfer zum System werden. Mit allem Ernst und allem Nachdruck muss die gegen das System kämpfende Opposition sich die Gefahren vor Augen halten, die in der heutigen Kriegsstimmung in Deutschland liegen. Nichts wäre falscher, als wenn man in dem Raunen und Murmeln in Deutschland über den kommenden Krieg eine Erschütterung des Systems, eine Zermürbung seiner Basis erblicken wollte. Je stärker diese Stimmen anschwellen, ohne zur Rebellion zu werden, umso willkommener sind sie dem System.

Diese Kriegspsychose ist ein Gefahrenzeichen erster Ordnung. Sie lehrt, dass das Volk die Nähe des Krieges empfindet. Die beiseite stehenden Massen reagieren auf die Nähe des Krieges mit Hamstern, mit der Sorge für die eigenen kleinen Bedürfnisse, mit dem Vorsatz, diesmal schlauer sein zu wollen als das letzte Mal - aber nicht mit der Rebellion gegen den Krieg selbst. Aber schon stehen erhebliche Teile nicht mehr beiseite, sondern sind dem Kriegswahn verfallen!

3.) Aufgaben der Opposition.

Die geistige Bereitstellung des Volkes für den Krieg ist demnach erfolgt. Diese Bereitstellung bedeutet zugleich eine Existenzsicherung für das System. Die Vorbereitung des Krieges ist mit der Existenz des Systems untrennbar verbunden. Aber es ist ein Denkfehler, anzunehmen, dass darin ein Zwang für das System zum Losschlagen begründet sei. Die

Tendenz zum Losschlagen ist diesem System angeboren, der Wille zum Krieg hat bei seiner Geburt Vater gestanden. Aber an welchem Zeitpunkt es losschlagen wird - das vermag ebensowenig jemand zu sagen, wie ob es nicht am Ende doch das Losschlagen für zu gefährlich finden wird. Sicherlich finden heute die militärischen Fachleute, dass die technische, organisatorische und wirtschaftliche Vorbereitung noch nicht fertig sei und dass man noch nicht losschlagen dürfe, wenn man sicher gehen wolle. Die kühlen Rechner mit Menschenleben zählen mit Jahren, wo schon in Kriegsfieber befindliche Massen mit Monaten und Wochen rechnen. Ebenso wie der Krieg, ist der dumpfe und quälende Zustand der allgemeinen Unsicherheit des "bewaffneten Friedens", der Verewigung des offenen und geheimen Wettrüstens und der Kriegsbündnisse eine reale Perspektive. Und das wird auch nach dem fatalen Jahr 1935 nicht anders werden, ehe nicht das Hitlersystem in Deutschland gestürzt ist.

Das System ist manövrierfähig - es hat es nach aussen und innen mehrfach bewiesen. Es ist über die Korridorfrage hinweggegangen, um Polen zum Bundesgenossen zu gewinnen. Es hat im Laufe von 24 Stunden erst die österreichischen Putschisten unterstützt und dann den Kollegen des ermordeten Dollfuss Frieden und Versöhnung angeboten. Es hat anstandslos noch einmal feierlich auf Elsass-Lothringen verzichtet. Es gibt in dieser Periode der Kriegsvorbereitung keine Frage, die das System zum Losschlagen zwingen würde. Wenn heute die Kriegspanik in einer Niederlage des Systems an der Saar notwendig den Krieg sieht, so ist eine solche Anschauung für die propagandistischen Zwecke des Systems an der Saar und in Deutschland sehr bequem. Sie führt zu der Schlussfolgerung: wenn Hitlers Saarniederlage den Krieg bedeutet, dann ist es besser, ihn durch die Abstimmung für Hitlerdeutschland zu vermeiden. Aber auch im Falle der Niederlage an der Saar könnte das System noch anders operieren als mit dem Krieg, es sei denn, dass es diesen Vorwand zum Krieg bequem finden wird. Ebenso wenig ergeben sich aus der wirtschaftlichen Lage in Deutschland für das System Zwangslagen, aus denen es nur mit Hilfe des Kriegs herauskommen könnte. Auch hier sind Manöver möglich Kursänderungen, Personenwechsel, Machtverschiebungen zwischen den kapitalistischen Gruppen, die das System tragen - und vor allem Bereinigung unsinniger Experimente auf Kosten der Arbeiterschaft! Solange noch die Möglichkeit zu noch stärkerer Ausbeutung und Verelendung des Volkes besteht, solange gibt es für das System keinen unentrinnbaren ökonomisch

Zwang für den Krieg. Ebensowenig ergibt sich aus der Lage der Rohstoffversorgung ein zwingendes militärisches Motiv zum Losschlagen an einem bestimmten Zeitpunkt. Selbst die Voreindeckung nach dem System Schacht ist für den Bedarf bei nur einigermaßen längerer Kriegsdauer eine fast nicht ins Gewicht fallende Grösse. Die Lehre daraus lautet: Es lässt sich nicht errechnen, ob das System losschlagen wird oder nicht, noch an welchem Zeitpunkt es losschlagen wird.

Die Kriegsgefahr ist mit diesem System immer verbunden, mag sie nun bald stärker, bald geringer erscheinen. Dies System ist die stärkste Zusammenfassung aller in Deutschland vorhandenen Kriegstendenzen. Immer werden sie bemüht sein, sich über die Hemmungen hinwegzusetzen, die sich aus kapitalistischen Erhaltungsmotiven, aus konjunkturellen Erwägungen, aus militärischen und politischen Stärkekalkulationen, aus dem Existenzinteresse des Systems selber ergeben. Schon mehrfach haben sich Gruppierungen im System gezeigt unter dem Gesichtspunkt: "losschlagen oder nicht!" Je stärker die Rüstung werden wird, umso drängender wird auch die Kriegspartei werden. Nicht umsonst sind die Nationalsozialisten die Erben der Alldeutschen. Und sicher ist, dass in keinem Lande der Erde, Japan nicht ausgenommen, die Kriegspartei soviel Chancen hat, ihr Ziel zu erreichen, wie in Deutschland.

Gegenüber der Kriegsgefahr ist die Aufgabe der Opposition:

Zerstörung von Illusionen, die auf den Krieg als Befreier aus wirtschaftlicher Not gesetzt werden,

Zerstörung der infam verlogenen Verteidigungsideologie des Systems,

Bekämpfung aller Burgfriedenstendenzen,

Bekräftigung der unveränderten unversöhnlichen Feindschaft gegen das System auch im Kriegsfall.

Aber ebenso wichtig ist, dass die Opposition sich nicht ablenken lässt vom Angriff auf die grossen sozialen Verbrechen des Systems: seine Verelendung des Volks, seine verschärfte Bedrückung der Arbeiterschaft! Wir haben in der letzten Zeit sehr viel gehört von Kriegs- und Kriegsstimmung in Deutschland - aber wichtiger ist der Widerstand der Arbeiterschaft gegen den neuen stockreaktionären Unternehmerkurs, gegen die Zerschlagung der letzten Reste selbst der kümmerlichsten Vertretungsrechte der Arbeiter den Unternehmern gegenüber.

Das fehlte gerade noch, dass das System sich mit Hilfe von Kriegs- panik und Kriegsgeschrei dem Gegenangriff gegen seine letzten sozialen

Verbrechen entziehen sollte! Wenn die Kriegspanik durchs Land geht und die Kriegsstimmung ansteigt, heisst es für die Opposition: feststehen. Klare und nüchterne Prüfung der Tatsachen und der Lage, kein Sichmitreissenlassen durch die Stimmung! Unermüdlicher Kampf gegen das System, für den Frieden! Ausbreitung und Vertiefung unserer Arbeit bedeutet Hemmung der Kriegspartei.

Wir kommen zu folgender Schlussfolgerung:

Die Kriegsgefahr ist eine Realität. Sie ist einzig und allein verursacht und verschuldet durch die verbrecherische und wahnwitzige auswärtige und Militärpolitik des Systems.

Ein Krieg kann bei dem heutigen Stand der Vernichtungstechnik für die Unterdrückten keine Hoffnung auf Befreiung mehr bieten. Er bedeutet nur Elend und Knechtschaft für alle.

Ein Krieg der Zukunft wird auch den Sieger im gleichen Elend finden wie den Besiegten. Es ist aber unmöglich, dass das nationalsozialistisch regierte Deutschland in einem neuen Weltkrieg siegt. Die Welt hat sich die Weltherrschaft Wilhelms II. nicht gefallen lassen, sie würde gegen die Weltherrschaft Adolf Hitlers bis zum letzten Mann kämpfen. Deutschland ist vollkommen isoliert, das Ende könnte nur eine Zerschmetterung Deutschlands sein.

Darum warnen wir vor jeder Verteidigungsideologie. Die Herren des heutigen Systems haben kein Recht, vor fremden Horden zu warnen, die Deutschland überschwemmen könnten, sie haben selbst mit ihren Horden in Deutschland schlimmer als in Feindesland gehaust. Sie haben kein Recht, von der Freiheit Deutschlands zu reden, denn sie haben Deutschland in eine Knechtschaft gestürzt, wie sie seit der Zeit asiatischer Despotien kein Volk gekannt hat. Sie haben kein Recht, zur Verteidigung Deutschlands gegen fremde Mächte aufzurufen, denn sie selber sind Deutschlands Todfeind und Deutschlands Tod.

Darum stehen wir zu der Erklärung unserer Plattform vom 28. Januar: Im Frieden wie im Krieg gibt es für uns kein anderes Ziel als den Sturz dieses Systems!

II. Protestantismus, Obrigkeitsstaat und Reaktion.

Der Streit der protestantischen Pastoren mit der sogenannten Reichskirchenregierung des Reichsbischofs Müller hat mit einem Erfolg der Pastoren geendet: Hitler hat dem Reichsbischof die staatliche Unterstützung für seine Gewaltmassnahmen entzogen, er hat abgesetzte Landesbischöfe wieder eingesetzt, und ist damit zur Haltung betonter Neutralität im Kirchenstaat zurückgekehrt. Ja, mehr als das: seine neueste Haltung kommt auf ein Fallenlassen der Männer heraus, die sich bisher als seine Werkzeuge betrachten konnten. Die Idee des totalen nationalsozialistischen Staates hat einen Rückzug angetreten vor dem Eigenwillen evangelischer Pastoren. Nun ist zwar diese Idee seither kräftig durchlöchert worden - dennoch muss dieser Rückzug für die unentwegt Gläubigen, die die nationalsozialistischen Ideen immer noch für Realitäten und bare Münze nehmen, eine peinliche Niederlage des Prinzips und eine Beeinträchtigung des Nimbus der Diktatur bedeuten. Man versteht ohne weiteres, dass Hitler angesichts der Spannungen im Innern, angesichts der bevorstehenden Saar-entscheidung keinen bis zum äussersten getriebenen Kirchenstreit haben wollte. Die tieferen Gründe für den kirchenpolitischen Rückzug wird man jedoch nur erkennen, wenn man ihn als einen Teil der Aufsaugung der Hitlerdiktatur durch die alte Reaktion auffasst.

Das System, das heute in Deutschland herrscht, mit seiner Zweiteilung von Zivilgewalt und Militärgewalt, mit dem überragenden Einfluss des Grossbesitzers, hat längst nichts mehr gemein mit der Totalitätsideologie der ersten Tage. Es ist eine Machtkoalition, die der berüchtigten Harzburger Front immer ähnlicher wird - und nun steht nicht mehr viel im Wege, dass auch die protestantische Kirche geschlossen wieder in die Systemfront einrückt! Hitler hat auf kirchenpolitischem Gebiet 30. Juni gespielt: er hat radikale Mitarbeiter über Bord geworfen, weil die Koalition es erforderte.

Welche Mächte haben im protestantischen Kirchenstreit gesiegt? Was bedeutet ihr Sieg für die Festigkeit des Systems? Welche Hoffnungen und Erwartungen kann die unversöhnliche Opposition gegen das Hitlersystem von diesem Ausgang erwarten?

1.) Die protestantische Kirche und der Obrigkeitsstaat.

Der Kirchenstreit hat in vielen Reichsteilen grössere Massen tief aufgerührt. Er hat nach dem Empfinden vieler Beteiligter an den Wurzeln

der protestantischen Kirche und des Glaubens gerüttelt. Es ging vielen um Sein oder Nichtsein. Schon die Namen "neue Reformationsbewegung" oder "Evangelium und Kirche" zeigen, dass es für viele um geistig-religiöse Inhalte ersten Ranges gegangen ist - aber so wie das Wesen der Reformation sich nicht erschöpfte im Ringen um die Erneuerung der christlichen Lehre im reinen Geist des Evangeliums, so hat auch die "neue Reformationsbewegung" ihre sehr realen machtmässigen Hintergründe.

Im Streit auf der rein geistigen Ebene stiessen grundlegende christliche und protestantische Ideen mit der nationalsozialistischen Staatsraison zusammen, so die Idee der unmittelbaren Beziehung der Person zu Gott, die Gleichheit aller Menschen vor Gott, das persönliche Gewissen als Ort der sittlichen Entscheidung - kurzum grundlegende Gedankenelemente des Humanismus und später des Liberalismus. Sie sind in diesen Kämpfen wieder zu selbständiger Kraft in manchem erwachsen, den der Kirchenstreit in Gewissenskonflikte geworfen hat. Die geistigen Grundgehalte alles Protestantismus, die geistigen Wurzeln der Reformation sind wieder lebendig geworden.

Die andere Seite aber wird nur verständlich, wenn man sich erinnert, dass die protestantische Kirche in Deutschland von Anfang an Staatskirche gewesen ist. Als am Ausgang des Mittelalters das römische Weltbild zerbrach, die Entwicklung zum Kapitalismus mit Macht vorwärtsging und die Entwicklung der religiösen Ideen Hand in Hand ging mit der Entwicklung einer neuen Wirtschaftsgesinnung, vollzog sich in Deutschland der Kampf der Territorialfürsten gegen das Kaisertum, die Landesfürsten emanzipierten sich von der päpstlich-kaiserlichen Zentralgewalt. Ihnen war der Versuch Luthers, die Kirche zu entfeudalisieren, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen willkommen, weil er die Autorität der Kirche zugleich mit der des Kaisertums angriff. Sie witterten die grosse Beute der Auflösung des feudalen Grundbesitzes der Kirche in ihren Ländern, der Aufhebung der feudalen Abgaben für die Kirche. Die protestantische Lehre war nur das Feldzeichen in ihren Kriegen gegen die Zentralgewalt. Ohne die Unterstützung der protestantischen Landesfürsten hätte Luther vielleicht nur das Schicksal der grossen Ketzer der vergangenen Jahrhunderte geteilt. Die neue Kirche war deshalb von vornherein abhängig von der politischen Landesgewalt. Die grossen und erschütternden Lehren verschwanden hinter der Macht. Im Grunde war der sogenannte Augsburger Religionsfrieden von 1555, den die Lutherlegende als Sieg und Festigung der Reformation

ansieht, die Unterwerfung des Religiösen unter die staatliche Macht nach dem Grundsatz: *cujus regio, ejus religio* - die politische Landesgewalt bestimmt die Religion der Untertanen. Luther, der auszog, um die Kirche zu entfeudalisieren, hat seine neue Kirche unter den aufsteigenden fürstlichen Absolutismus gebracht. Der Gegenstoss der Gegenreformation vollendete die Unterwerfung. Er war umso kräftiger, je näher er dem Arm des Kaisers in Wien als des Vollstreckers der römischen Idee von einem universalen Reich, in dem allen regionalen Gewalten nur eine Vasallenrolle zukommen konnte, geführt wurde. Nunmehr stürzte sich die neue Kirche, empor-getragen von den Landesfürsten, erst recht in den Schutz der regionalen Gewalten. Der protestantische Geistliche, insbesondere in Deutschland, wurde Staatsdiener, nicht anders wie der Festungskommandant oder der Akziseeinnehmer.

Im Bündnis zwischen der Reformation und den Landesfürsten spielte Luthers Soziallehre eine wichtige Rolle als Bindemittel. Es ist nicht allein die Wendung des Reformators gegen die Bauernrevolution, die den sozialkonservativen Charakter seiner Lehre zeigt. Sie tastete die ständische Ordnung nicht an: "Seid untertan aller menschlichen Ordnung..., denn die Taufe macht nicht Leib und Gut frei, sondern die Seelen." Die Reformation gab den Landesfürsten die Vorteile der Entfeudalisierung der Kirche, sie gab ihren Untertanen die rechte Gesinnung. "Die ökonomischen Wirkungen des Luthertums erstrecken sich daher nur auf die Stärkung der Landesgewalt und damit indirekt des Merkantilismus, sowie auf die Errichtung einer demütigen und geduldigen Arbeiterschaft, die noch im Anfang des 19. Jahrhunderts dem eindringenden Industrialismus und Kapitalismus ein widerstandsloses Arbeitermaterial lieferte." (Troeltsch) Damit ist das wesentlichste gesagt. Während der Calvinismus wesentlich beitrug zu der Wirtschaftsgesinnung, die dem liberalen Kapitalismus der westeuropäischen und besonders der angelsächsischen Länder zugrunde lag, vermittelte das Luthertum den Uebergang von der vorkapitalistisch-bürgerlichen Wirtschaftsgesinnung zu jener Verbindung von Kapitalismus mit Feudalismus, die bis auf den heutigen Tag für Deutschland charakteristisch ist. (de Man) Der deutsche Protestantismus war wie der deutsche Kapitalismus immer autoritär, nicht liberal.

Die protestantische Kirche ist es immer geblieben! Sie war Stütze und Magd des fürstlichen Absolutismus, aller feudalen und reaktionären Gewalten. Sie hat ihren Charakter im Zeitalter des Hochkapitalismus nicht

geändert: immer untertan der Obrigkeit und selbst ein Teil des Obrigkeitsstaates - ein Herrschaftsinstrument. Wie Luther sich mit dem Feudalismus und den Landesfürsten verband, so die Kirche der wilhelminischen Zeit mit der Schwerindustrie und dem Wilhelminismus. Die Kanonenchristen, die Hetzprediger des Weltkrieges, die servilen höfischen Speichellecker aus dem Lager protestantischer Pastoren sind echte Söhne Luthers gewesen. Man versteht, dass bei solcher Haltung zum Obrigkeitsstaat protestantische Pastoren niemals Pazifisten gewesen sind - und es auch heute nicht sind. Wo ist bei aller Rebellion gegen die Gleichschaltung die offene Empörung gegen den Nationalismus, gegen die totale Kriegsrüstung, gegen die systematische Vorbereitung des Krieges im Lager der protestantischen Opposition? Sie existiert nicht; denn in diesem Punkt sind selbst die "neuen Reformatoren" mit dem hitlerschen Obrigkeitsstaat völlig einverstanden.

Die Verfassung der protestantischen Kirche hat diesem Verhältnis zum Staat entsprochen - abhängig vom Staat, abhängig sogar von der Guts-herrschaft. Ihre komplizierte Organisation war das getreue Abbild ihrer Entstehung und ihrer Verknüpfung mit der Kleinstaaterei. Sie unterschieden sich nach den drei Bekenntnissen (lutherisch, reformiert, uniert). Abgesehen davon gab es 34 Landeskirchen, daneben noch Sekten und Freikirchen. Die 34 Landeskirchen waren bis zur Revolution von 1918 Staatskirchen. In der Regel war der Landesherr summus episcopus (höchster Bischof). Die einzelnen Landeskirchen standen in loser föderativer Verbindung zueinander. Nach der Revolution wurde die Trennung von Staat und Kirche nicht gründlich durchgeführt. Theoretisch wurde nach dem Umsturz die notwendige Trennung von Kirche und Staat ziemlich allgemein anerkannt. Praktisch erwuchs ihr aber gerade aus dem Stand der Geistlichkeit der entscheidende Widerstand, weil eine saubere und radikale Rechtsauseinandersetzung über die grossen Mein- und Deinfagen die Kirche gegenüber dem bisherigen Zustand materiell entschieden benachteiligt haben würde.

Die Konkordate in Bayern, Preussen und Baden stellten wieder eine engere Verbindung zwischen Staat und Kirche dar. Die Kirche hat im Kampf gegen die demokratische und liberale Republik den christlichen Staat gefordert - das alte Verhältnis zwischen Obrigkeitsstaat und protestantischer Kirche. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Hitlerdiktatur die Kirche nur so behandelt, wie es protestantischer Tradition entsprach.

und die "Deutschen Christen" konnten sich als echte Nachfahren Luthers fühlen. Mac Farland, einer der führenden Männer der evangelischen Weltbewegung, sagt in seinem instruktiven Buch "The New Church and the New Germany" (Die neue Kirche und das neue Deutschland), das zugleich wertvolle Einblicke in das System gestattet: "Sicherlich erinnert man sich an deutsche Theologen früherer Tage, die vorwegnahmen, was heute vorgeht, wenn sie die vollendete Identität von Kirche und Staat prophezeiten unter der Annahme, dass der Staat so christlich werden würde, dass die Kirche ihr Leben verlieren und es solchermassen zugleich retten würde. Deutsche Philosophen haben immer den Staat verherrlicht und sogar vergottet. Man entdeckt diese Ideen heute in einer der kirchlichen Parteien."

Die unmittelbare Abhängigkeit des ausgesprochen als Staatskirche gross gewordenen Protestantismus von der staatlichen Macht ist der entscheidende Unterschied zwischen ihm und dem Katholizismus.

Geistig kannte der deutsche Vorkriegsprotestantismus kaum mehr als die traditionelle Trennung in Orthodoxe und Liberale. Die Orthodoxen verfochten den Buchstabenglauben an das Wort der Heiligen Schrift und beherrschten im allgemeinen die hohe Kirchenbürokratie in den Geistlichen Ministerien und Konsistorien. Die Liberalen auf den deutschen akademischen Lehrstühlen erkannten die Notwendigkeit, moderne Forschung und modernes Wissen mit einer interpretationsfähigen Offenbarung in Einklang zu bringen. Mitunter, keineswegs aber immer, äusserte sich diese Unterscheidung auch politisch, sodass angesehene liberale Prediger der Vorkriegsjahre (Traub, Jatho, Maurenbrecher) auch eine politisch radikale Rolle in der Sozialdemokratie oder im Freisinn spielten; dagegen pflegten ihre orthodoxen Gegenspieler ganz den Schutz und die Machtmittel der herrschenden konservativen Partei zu geniessen. Aber diese Parallele vom religiösen Liberalismus und politischen Radikalismus war keineswegs allgemein. Professor v. Harnack, unbestritten der akademische Führer des protestantischen Liberalismus der Vorkriegszeit, war ein besonderer Günstling der Monarchie und umgekehrt selbst ein Lobredner Wilhelms. Traub dagegen wie auch der Sozialdemokrat Maurenbrecher landeten später wieder bei der allerreaktionärsten politischen Ankerstelle, die es nach dem Krieg gab: Traub bei den bayrischen, aus Preussen emigrierten Hakenkreuzlern, Maurenbrecher in der Baltikumredaktion der "Deutschen Zeitung".

Die Rolle, die im Weltkrieg der Staatskirchenprotestantismus spielte, wühlte in ihm leidenschaftliche Gegensätze auf. Eine Frucht dieser inneren Kämpfe im Schosse der lutherischen Kirche waren u.a. die "Religiösen Sozialisten", eine stark pazifistisch und sozialistisch orientierte Richtung der Nachkriegszeit, die insbesondere das Kanonenchristentum des offiziellen Apparats ablehnte und für eine radikale Trennung der Kirche vom Staat eintrat. Die Bewegung erzielte bald nach ihrer Gründung hauptsächlich in den Grosstädten beachtliche Erfolge bei den Kirchenwahlen als dritte "Partei" neben orthodoxer Apparatur und liberaler Aussenseitererei. Sie war zwar satzungsmässig nicht auf den Protestantismus beschränkt; praktisch waren die Anhänger und die Führer fast ausschliesslich evangelischen Glaubens.

Liberales und Orthodoxe hatten ihre früheren Kämpfe, von Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen sehr gemässigt geführt. Nun wurde der Kampf in den Selbstverwaltungskörpern der evangelischen Kirche durch die Mitbeteiligung proletarischer Schichten leidenschaftlicher und heftiger. Bei der Entscheidung Kriegs- oder Friedensgesinnung, ging es ja um letzte Dinge des Evangeliums überhaupt. Das führte ziemlich folgerichtig zu einer weiteren Richtung innerhalb des deutschen Protestantismus der Nachkriegszeit, die eine bewusst unpolitische Haltung des religiösen Menschen im Gegeneinander der irdischen Interessen erstrebt. Ihr Führer ist der Theologe Barth. Nach seiner Lehre soll man Jesus weder mit Karl Marx noch mit Bismarck kopulieren. Bewusste und korrekteste Beschränkung auf den rein transszendentalen Gehalt des religiösen Erlebnisses ist die Forderung dieser "Neutralisten". Die Bewegung musste mit ihrem Führer Barth in dem Augenblick besonders stark hervortreten, als die Nationalsozialisten ihre politischen Zielsetzungen sogar unter terroristischen Methoden an dem Protestantismus herantrugen.

2.) Protestantismus und Antisemitismus.

Der deutsche Nationalsozialismus der Gegenwart hat ideologisch und in der äusseren Form seines Auftretens seinen unmittelbaren Vorläufer in der christlich-sozialen Bewegung des Hofpredigers Stöcker zu Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Gemeinsamer Bestandteil beider Volksbewegungen ist vor allem der aktivistische Antisemitismus, gemeinsam der Untergrund einer schweren Wirtschaftskrise. Wesentlich für die Stöckerpartei sowohl wie für den Nationalsozialismus ist aber

auch der Glaube und Willen, durch Wort- und Scheinsozialismus das grosstädtische Proletariat zu gewinnen.

Die enge Verbindung von Hof und protestantischer Kirche liess den Hofprediger die unmittelbare, mächtige Unterstützung der letzten Kaiserin für seine Bewegung gewinnen, und zwar in solchem Ausmass, dass Bismarck, die lärmende Demagogie als sehr unerwünschten Einbruch in seine innerpolitischen Kreise empfindend, förmlich dagegen Einspruch erhob und alle Intrigen aufbot, den Günstling zu Fall zu bringen. An der Seite Stöckers focht Allwardt, ein Schulrektor, noch ein Stück politisch naiver, aber auch noch larmoyanter und demagogischer als der Hofgeistliche. Durch die finanziellen Subventionen aus den Boudoirs der bigotten Kaiserin und ferner aus den Taschen solcher Karrieremacher gefördert, die Bismarck zu seiner "Fronde" rechnete, nahm Stöckers Bewegung einen schnellen stürmischen Aufstieg. Allerdings verfiel sie ebenso rapide, als mit Beginn der neunziger Jahre die Wirtschaftskrise allmählich abzuflauen begann. Es blieb von ihr eine kleine völkisch-antisemitische Parlamentsgruppe im Reichstag der Vorkriegszeit, die sich zuletzt um die Namen Liebermann, v. Sonnenberg und Werner gruppierete. Dieser Werner ist glücklich in der NSDAP gelandet und hat so die Kontinuität hergestellt.

Grosse evangelische Organisationen wie "Evangelischer Bund" und "Gustav Adolf Verein" haben immer in mindestens freundnachbarlichen Verhältnissen zu diesen letzten Antisemiten des Vorkriegsreichstags, den direkten Erben Stöckers, gestanden. Die "Tägliche Rundschau", Hauptpublikationsorgan des Evangelischen Bundes im Kampf "Los von Rom" huldigte ebenfalls einem durch Bildung nur schwach gemässigten Antisemitismus. Im "Reichsboten", dem Zentralorgan für die lutherische Orthodoxie im Reich, kam er immer schon derber und knotiger zum Ausdruck. Die Anhänger der Stöckerschen Bewegung auf dem Lande, die ihre direkte Fortsetzung später in der Antijudenkampagne des "Dreschgrafen" Pückler fand, hatten ihre unmittelbaren lokalen Stützpunkte sehr oft in den evangelischen Pfarrhäusern. Immer hat eine Allianz zwischen Protestantismus und Antisemitismus bestanden! Der Nationalsozialismus traf also bei seiner grossen Wanderung aus dem katholischen Süden nach dem protestantischen Norden und Osten dort gerade im kirchlichen Umkreis auf längst im Sinne des völkisch-antisemitisch-pseudosozialistischen Gedankens bearbeitetes Feld. So kam es zu der schnellen freiwilligen

Gleichschaltung des Protestantismus bei der Machtübernahme Hitlers, der reibungslosesten, die es zunächst überhaupt gab. Schon längst vorher hatte aber der Nationalsozialismus aus demselben Grund einen festen Stamm von Propagandarednern aus dem Stand der evangelischen Geistlichkeit gefunden: Münchmeyer, der besonders "populäre", ist nur ein, aber durchaus nicht der einzige Name dieser theologischen "alten Kämpfer" Hitlers; auch der im Kirchenstreit späteren Termins vielgenannte schwäbische Landesbischof Wurm gehört dazu.

Bestimmte Gegenden Deutschlands waren immer Hochburgen besonderer protestantischer Kirchenfreudigkeit und zugleich des Antisemitismus. Dazu gehören z.B. Teile des Bergischen Landes, auf das die in Barmen zentralisierte lutherische Orthodoxie des Luthertums in unmittelbarer Nachbarschaft wirkt, während sozial ein besonders armes Bergbauerntum langsam dem Kapitalismus und dem Bodenwucher erlag. Das Gleiche gilt für manche Bezirke Hessens, wo Werner seinen "bombensicheren" Wahlkreis hatte.

3.) Das Bündnis gegen die Republik.

Nach dem Krieg blieb die ältere evangelische Geistlichkeit neben dem alten Offizierkorps die stärkste Stütze des Monarchismus in Deutschland, nicht zuletzt aus jener historischen allerengsten Verbindung von "Thron und Altar" in Deutschland heraus, die die protestantische Kanzel an den Fürsten band, wie Kadettenschule und Offizierskasino die Wehrmacht des Staates an ihn und sein System.

In der Verschwörung gegen die Republik hat die protestantische Kirche eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Der Weltkrieg mit seinem schreienden Widerspruch zwischen christlicher Lehre und Haltung der Kirche hatte eine starke Abwendung von der Kirche hervorgerufen. Davon wurde der deutsche Protestantismus ungleich viel stärker betroffen als der Katholizismus. Seine Rolle im Krieg war gemäss seiner Staatskirchlichkeit tragischer und unrühmlicher gewesen. Die höhere industrielle und grosstädtische Entwicklung im protestantischen Deutschland, dem Kirchlichen generell nicht günstig gestimmt, war der andere Grund für die Kirchenflucht. Die reaktionären kirchlichen Kreise gaben die Schuld der Republik und ihrer Gesetzgebung. Sie hofften auf eine Gegenrevolution, auf eine echte Restauration des alten Obrigkeitsstaates, und sie waren fest entschlossen, nichts zu lernen und nichts zu vergessen. Sie begegneten sich in diesem Wunsch mit den anderen traditionellen

stockreaktionären Mächten: mit den alten Offizieren wie mit der Schwerindustrie. Es ist bezeichnend, dass bei den reaktionärsten Unternehmungen der deutschen Schwerindustrie Theologen beteiligt sind - man denke an die Rolle des Dint! Traditionell wirkte die Kirche weiter für eine den Interessen des modernen Industriefeudalismus angepasste Gesinnung und Ergebenheit der Arbeiterschaft. Alle diese reaktionären Tendenzen - Kirchenreaktion, Monarchismus, Industriefeudalismus und selbstverständlich Grossagrariertum - waren vereint in der Deutschnationalen Volkspartei. Als die Periode des Eingliederungsversuchs dieser Partei in die Republik mit dem Sturz des Grafen Westarp endete, trat vorübergehend einer der höchsten protestantischen Würdenträger an seine Stelle, bis die Ära Hugenberg begann. Die Hugenbergreaktion nannte sich "staatsbürgerlich" - weil sie den Obrigkeitsstaat wiederhaben wollte. Sie forderte den "christlichen Staat", weil sie wieder die Kirche zum Teil des Obrigkeitsstaates haben wollte. Alle Restaurationsforderungen wurden zusammengefasst in der Parole: "Nieder mit dem Marxismus". Die traditionellen deutschen Oberschichten wollten wieder de facto und de jure über ihre Untertanen herrschen. Die Parole "christlicher Staat" hat in Propaganda und Parlament eine wichtige Rolle gespielt. Ueber ihre stockreaktionäre Bedeutung konnte gar kein Zweifel sein. In der Deutschnationalen Volkspartei wurde der Antisemitismus offiziell eingeführt und durchgeführt - mit dem Segen der frommen Pastoren vom "Reichsboten", die sich nicht an das Sakrament der Taufe und die Gleichheit aller Menschen vor Gott erinnerten. Schon damals begann die Jagd auf die Grossmütter. Die "staatsbürgerliche Partei auf christlicher Grundlage" benutzte die Parole des positiven Christentums vor allem zu dem Versuch, das Zentrum aus der Verfassungsfront fortzulocken und herauszumanövrieren. Und selbstverständlich gehörte das positive Christentum und der christliche Staat zu den Requisiten der Regierung der feinen Leute um Papen, die denn auch schleunigst an die Verwirklichung der Wünsche des Muckertums ging - man braucht nur an den Namen Bracht zu erinnern.

Jede republikfeindliche und reaktionäre Partei, die auf sich hielt, bekannte sich zum positiven Christentum, und so erschien schon im "unabänderlichen" Programm der NSDAP von 1920 Hitlers Bekenntnis dazu. Schon von allem Anfang an hat diese Partei gottlose Marxisten im Namen des Christentums totgeschlagen. Mit dem positiven Christentum wurden Hitler und seine Leute von Hugenberg und ihren anderen Gönnern angeprie-

B -19--

sen, und schliesslich fand sich alles: Thron und Altar, die Herren von Ar und Halm, die Schlotbarone, das Militär, Stahlhelm und SA., Hugenberg und Hitler, traditionelle Oberschichten und Aspiranten auf die Diktatur und die Staatskassen in der Harzburger Front zusammen. Es war eine konterrevolutionäre, gemeingefährliche stockreaktionäre Front - aber es war eine ausgesprochen protestantische Front! Sie kam nicht gleich an die Macht - sondern erst am 30. Januar 1933.

Die reaktionären Kirchenfreunde müssen zugeben, dass Hitler auch einiges für das positive Christentum getan hat. Im März 1932 gründete er so die Glaubensbewegung Deutscher Christen: "Im Beginn schlugen einige Nationalsozialisten vor, dem Beispiel der "Religiösen Sozialisten" zu folgen und eine Glaubensbewegung in dieser neuen Gruppe zu bilden. Deshalb wurde gelegentlich der Ausdruck "Evangelische Nationalsozialisten" gebraucht. Der Führer Adolf Hitler jedoch, der ein tiefes Interesse an der christlichen Wiedergeburt Deutschlands hat, erkannte gemeinsam mit Gregor Strasser die Notwendigkeit, die Kirche ihr eigenes Leben leben zu lassen. Er empfahl daher den Namen "Deutsche Christen". (F. Wienecke). Er hatte es nötig; denn die Gründung zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl zeigt, dass er mit der "Glaubensbewegung" den traditionellen protestantischen Patentchristen um Hindenburg den Rang im positiven Christentum und christlicher Erneuerung des deutschen Lebens ablaufen wollte. So trampelten seine Terrorbanden, frisch weg von Saalschlacht und Mord, befehlsmäßig vor den Altar, um die christliche Wiedergeburt Deutschlands zu markieren! Die "Glaubensbewegung" hat ihrem Gründer übrigens ganz im Geist dieses Zweckchristentums gedankt, indem sie den Glauben der Christen in Deutschland in folgendem Satz zusammenfasste: Also hat Gott das deutsche Volk geliebt, dass er ihm Adolf Hitler sandte....

4.) Die freiwillige Gleichschaltung.

Hitler ist an die Macht gekommen, eingewickelt in Hugenberg, Papen und viele Deutschnationale. Es war die reine Harzburger Front - und Hitler hatte den Beifall aller protestantischen kirchlichen Kreise. Sie erwarteten nun die Restaurierung des Obrigkeitsstaates, und eine Erfüllung der kirchlichen Wünsche. Sie konnten zunächst auch ganz zufrieden sein. Der Nationalsozialismus, als Terrorregime vorzüglich antimarxistisch gerichtet, schien die Gottlosenbewegung, die mit dem

politischen Marxismus einfach identifiziert wurde, ebenso durch Gewaltanwendung zu überwinden wie die religiöse Massengleichgültigkeit. Aus welchen sehr politisch schnöden Gründen sich nach Hitlers Regierungsantritt die Kirchen für Tage und Wochen wieder füllten, aus welcher braunen Gemeinde zum "Feldgottesdienst" einfach abkommandiert, die Frommen unter den Kanzeln jetzt bestanden, sahen die meisten Geistlichen nicht oder wollten es nicht sehen. Sie freuten sich vielmehr über den äusserlich ja unbestreitbaren Auftrieb des religiösen Lebens, parallel mit dem "Aufschwung der Nation". Die Nazis wussten, dass sie vor allem auf dem Lande agitatorisch vor allen anderen Parteien ungeheuer gewinnen mussten, wenn sie der protestantischen Geistlichkeit klarzumachen verstanden, dass der Nationalsozialismus das kirchliche Leben aus der Erstarrung lösen werde. Philosophisch gab sich der Nationalsozialismus als der "Ueberwinder des Materialismus" und der "Erneuerer des deutschen Idealismus", wobei Materialismus und Marxismus in gröblichster Entstellung des wahren geistigen Zusammenhangs einfach identifiziert wurden. Das war aber gerade die schwache Stelle, wo der Protestantismus sich immer als geistiger Erbe der Fichte, Schelling, Schleiermacher und der ganzen idealistisch-romantischen deutschen Philosophenschule fühlte und für das Liebeswerben des Nationalsozialismus besonders sterblich war. Der neue Staat wartete mit äusserlich zunächst wirksamen Gewaltmassnahmen gegen die Materialisten, wie gegen die "Marxisten" überhaupt auf. Insbesondere in der Schule räumte er schnell und völlig mit allem auf, was irgendwie nach Lehrstoffneutralität und erzieherischer Liberalität von früher aussah. Man muss sich erinnern, wie stark die Gegensätze zwischen Geistlichkeit und Volksschullehrerschaft in der Vorkriegszeit gewesen waren und zum Teil auch noch in der Nachkriegszeit gerade auf dem Lande eine wichtige Rolle spielten, um zu wissen, was der regierende Nationalsozialismus der protestantischen Geistlichkeit gab, wenn er die Errungenschaften der geschichtlich grossen deutschen Volksschullehrerbewegung wieder beseitigte. Die Massendisziplinierungen missliebiger Volksschullehrer mangels nationaler und kirchlicher Gesinnung war zunächst gerade in den kleineren Gemeinden das aller-vordringlichste Aufgabengebiet der "nationalen Erhebung". In Sachsen, wo der Kampf zwischen Lehrer und Geistlichen immer am leidenschaftlichsten geführt worden war, gab es Gemeinden, in denen nach einem halben Jahr nationalsozia-

listischer Regierungspraxis oft von zehn Lehrern an der Gemeindevolksschule acht oder neun durch Amtsentlassung bestraft worden waren.

Unter dem Druck des Terrors kehrte in der Tat im Jahre 1933 die Bevölkerung scharenweise in die Kirche gerade dort wieder zurück, wo vorher Massenaustritte zu verzeichnen gewesen waren. Die Austritte aus der evangelischen Kirche betrugen 1932 in Gross-Berlin noch 48.419; sie gingen 1933 auf 7.800 zurück. Dafür waren im Jahre 1932 nur 4.273 Eintritte in die Kirche, 1933 aber dafür 63.815! Für Sachsen liegen ähnliche Zahlen vor. Niemand wird darin eine Belebung der religiösen Idee sehen. Am naivsten hat einmal der spätere Reichsbischof Müller diese Zwangsaushebung für "positives Christentum" für den Nationalsozialismus reklamiert, indem er bei einer Reichstagung der Deutschen Christen (21. September 1934) sagte: "Ich habe dem alten Generalfeldmarschall in die Hand versprochen, dass Christus in Deutschland gepredigt wird." Mittlerweile ist Hindenburg aber nach Hitlers eigenem Wort nicht gerade in Christi Himmel, sondern in Wotans Walhall eingegangen!

Die protestantischen Kirchen waren auch ihrerseits gewillt, sich in das System einzureihen. In seiner Reichstagserklärung vom 23. März 1933 hatte ihnen Hitler Wahrung ihrer Rechte zugesichert, dafür Anerkennung der Aufgabe der nationalen und moralischen Wiederbelebung des Volks gefordert. Der Protestantismus ist immer "national" gewesen. Die alten Führer der Kirchen sahen auch durchaus ein, dass ein zentralistischer Obrigkeitsstaat, der das Volk fest in die Hand nehmen wollte, eine entsprechend straff organisierte Kirche neben sich zu haben wünschte. Die Zentralisierungs- und Vereinheitlichungstendenz stiess deshalb auch nicht auf Widerstand - schliesslich entsprach sie nur der traditionellen Stellung des Protestantismus zum Obrigkeitsstaat. Der Präsident des Kirchenbundes setzte eine Kommission ein, deren Aufgabe die Reform der Kirchenverfassung und die Reorganisation sein sollte. Eines der beiden Kommissionsmitglieder war Bischof Marahrens - derselbe, der jetzt nach dem Sieg der Opposition gegen Reichsbischof Müller als Reichsbischof vorgeschlagen wird. Das zeigt nicht nur, an welchem Punkt jetzt die Entwicklung der Kirchenfrage zurückgekehrt ist, sondern zugleich, dass diese kirchliche Opposition ein politischer Bundesgenosse des Systems ist!

Die Führer der protestantischen Kirchen und mit ihnen ein sehr grosser Teil ihrer rund 20.000 Pastoren waren durchaus bereit, dem System zu dienen. Sie schalteten sich freiwillig gleich - sie waren

einverstanden mit Diktatur und Nationalsozialismus. Noch als sie in Opposition gingen, erklärten sie immer wieder ihre Loyalität zum Dritten Reich: "Wir fordern, so hiess es in einer Erklärung von dreissig Kirchenführern aus den ersten Konfliktstagen, "dass die evangelische Kirche mit freudiger Bejahung des neuen deutschen Staates in voller Freiheit von allem politischen Einfluss die Aufgabe erfüllt, die Gott ihr gegeben hat, und dass sie sich gleichzeitig in unlösbarem Dienst an das deutsche Volk binde." Und selbst, als die Wogen des Kirchenstreits hoch gingen, haben viele Führer der kirchlichen Opposition immer wieder ihrem Vertrauen zu Hitler Ausdruck gegeben!

5.) der Ansturm der Kirchen S-A.

Die freiwillige Gleichschaltung war indessen nicht nach dem Herzen der Deutschen Christen - denn selbst hier auf kirchlichem Gebiet ging es nicht nur um Ideen und um Macht, sondern auch um Beute! Der Begriff der Gleichschaltung ist vom Beutemachen überhaupt nicht zu trennen. Wer das nicht erkennt, weiss überhaupt nicht, was Gleichschaltung ist.

Schon vor der Machtergreifung waren die Deutschen Christen bei Kirchenwahlen mit eigenen Listen aufgetreten. Wirklichen Zulauf fanden sie erst nach der Machtübernahme bei der jüngeren protestantischen Geistlichkeit, die fast überall dann die örtliche Führung der Bewegung übernahm. Diese jüngere Generation der protestantischen Geistlichkeit suchte die Ursache des kirchlichen Niedergangs in der Nachkriegszeit in der "Zersplitterung" und "Welt- und Volksfremdheit" der kirchlichen Apparatur. "Gegen die Kirchenbonzen" - das wurde nicht zuletzt durch Betreiben dieser örtlichen Führerschaft der Schlachtruf der Deutschen Christen, die sich damit dem politischen Parteijargon der Nazis durchaus anpassten. Als Ziele der Bewegung traten hervor: die straffe Vereinheitlichung der Organisationsform des protestantischen Kirchenwesens, die Popularisierung der Kirchenidee unter dem Schlagwort der neuen Volkskirche, vor allem aber die Uebertragung der Rassenlehre des Nationalsozialismus auf religiöses Gebiet. Jesus und seine Lehre sollten "aufgenordet" und "eingedeutscht" werden! Die Herkunft des Christentums aus dem Judentum war darnach durch Ablehnung des Alten Testaments als Quelle der christlichen Lehre zu verwischen. Der getaufte Jude darf keinen Zutritt zu der einen, arisch reinen, deutschen Kirche der Zukunft haben, sondern muss sich in einer Sonderkirche mit Jesus auseinandersetzen. Am Ende dieser Zielsetzungen steht eine neue "deutsche National-

Kirche" mit einer germanisierten Jesusfigur als religiösem Mittelpunkt und unter Abschaffung des religiösen Dualismus in Deutschland zwischen Protestanten und Katholiken, so ähnlich wie der Klassenkampf der Arbeiter ja auch schon vom Dritten Reich "abgeschafft" worden ist. Aus der Bewegung der Deutschen Christen ging der Reichsbischof Müller hervor und gleich ihm die meisten von ihm ernannten Landesbischöfe.

Die Staatsgewalt indessen versuchte, den Eingriff in Lehre und "Bekenntnis" der einzelnen evangelischen Kirchen wenigstens dem Schein nach zu vermeiden. Zu allgemein staatlichen Zwangs- und Unterdrückungsmassnahmen gegen das Alte Testament kam es trotz aller Forderungen der Deutschen Christen nicht, obzwar genug örtliche und regionale Gewalthaber der Partei, z.B. einige Reichsstatthalter hier und dort den Schulunterricht für die Psalmen oder das Buch Mosis sperrten. Regierung und Parteiführung dagegen beriefen sich gern auf Hitlers Toleranzerklärung vom 23. März 1933. Am 1. Dezember 1933 wurde sogar feierlich durch eine Erklärung des Reichskabinetts die Neutralität von Staat und Partei in Kirchenfragen proklamiert.

In organisatorischen Dingen jedoch verhielt sich die Diktatur gar nicht neutral. Die kirchliche SA -Deutsche Christen genannt - hatte bei ihren entscheidenden Vorstössen die ganze Macht des Systems hinter sich. Ihre wesentliche Forderung war, wenn man von der Rassenideologie absieht: "der künftige Reichsbischof muss aus der Bewegung der Deutschen Christen kommen!" Darin war der Anspruch auf die Pfründen enthalten. In den drei Monaten April, Mai und Juni 1933 vollzog sich ganz allgemein in Deutschland in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der grosse Vorstoss einer jungen macht- und geldlüsternen Schicht gegen die traditionellen Oberschichten. Die Abenteurer, die Missvergnügten, die Revolutionsspekulanten, die dunklen Existenzen rissen den alten reaktionären Oberschichten Macht, gesellschaftliche Stellung, Stellen und Pfründen, Einkommen und Vermögen weg. Dieses Nachobendrängen wurde gekrönt durch den Sieg des Totalitätsgedankens im Juni 1933. Aus der Harzburger Front wurde das totale System, das rücksichtslos seine Bundesgenossen an die Wand drückte. Je mehr die Kreise der alten Reaktion zurückgedrängt wurden, umso stärker wurde auch der Einfluss der Deutschen Christen auf die Entwicklung der kirchlichen Dinge. Die zwangsweise organisatorische Neuordnung diente der Entmachtung der alten Kirchenführer. Als Hugenberg stürzte, ging es auch mit ihrer Macht zu Ende: der Schlag gegen die Kirchenführer erfolgte gleich-

zeitig mit dem Schlag gegen Hugenberg und die Deutschnationale Volkspartei.

Dieser Machtverschiebung diente als Hebel zunächst die organisatorische Zentralisation des protestantischen Kirchenwesens. Sie zog sich in Kämpfen lang hin. Erst die zweite Nationalsynode vom 9. August 1934 verabschiedete das Gesetz über die "Eingliederung der deutschen Nationalkirchen in die Deutsche Reichskirche". Es sollte die organisatorische Zersplitterung des Protestantismus endgültig beenden. Es wurde allerdings bei dieser Gelegenheit wiederum stark betont, dass es sich nur um jene "äussere Einheit" handle, deren Ausfüllung mit einem einheitlichen Inhalt einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müsse. Ein Kommentar des Reichswalters bezeichnete den Sinn dieses Gesetzes als die "Gleichrichtung der irdischen Form und der sonstigen irdischen Verhältnisse" des protestantischen Kirchenkomplexes; die Reichskirche könnte sogar sich später durchaus aus Gebietskirchen zusammensetzen, die ihr eigenes Bekenntnis hätten. (Jäger auf dem Frankfurter Pfarrertag September 1934).

Hinzu trat die Einführung des Führerprinzips in der Kirche. Das Bischofsamt wurde mit einer neuen, dem Protestantismus bisher fremden Machtfülle versehen, die Bischöfe für die einzelnen Länder - in Preussen für die Provinzen - zumeist nach dem Parteibuch ernannt. Eine protestantische Führerhierarchie mit dem Reichsbischof der Deutschen Reichskirche als oberster Spitze - Antiparlamentarismus und Antidemokratie auch hier wie in der reinen Politik! In der "Frankfurter Zeitung" vom 8. Juli 1934 wird ein Brief des dem Kabinetts des Reichsbischofs als Vertreter des unierten Bekenntnisses angehörnden Landespfarrers Dr. Forsthoff veröffentlicht, in dem es darüber ausdrücklich heisst: "Das demokratische, allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war in der Kirche, wenigstens in den Westprovinzen, schon ein Menschenalter lang in Übung, bevor es im Staat eingeführt wurde. Wenn nun der nationalsozialistische Staat dem zum Unwesen ausgearteten Parlamentarismus samt den damit verbundenen Wählereien und Wühlereien ein Ende gemacht hat, kann die Kirche sich nicht noch länger zum Hort dieser Praxis machen." Die neuen Herren wollten im Machtbesitz nicht gestört sein!

Die neue Ariergesetzgebung hatte bei der Gleichschaltung in der Kirche von Anfang an einen Doppelsinn. Zunächst den einen, dass im Anfang eine Zeitlang praktisch wie bei den anderen Beamten die Bestimmung

in Kraft gesetzt wurde, nach der sie, in diesem Falle also Geistliche und Kirchenbeamte, in den Ruhestand versetzt werden können, wenn sie nichtarische Frauen haben. Zweitens in dem anderen Sinne, dass der Deutschen Reichskirche nur Deutschstämmige angehören sollten; getaufte Juden etwa waren von dieser kirchlichen Gemeinschaft auszuschliessen und in eigener Judenkirche zusammenzufassen.

Die einzelnen Etappen der Eroberung der kirchlichen Machtstellen und der Pfründen sind folgende: Am 27. Mai 1933 schlossen die Vertreter der Landeskirchen - die alten Führer - das Werk der freiwilligen Gleichschaltung ab. Eine zentralistische Rahmenverfassung war geschaffen, das Führerprinzip anerkannt - aber nun wählten die alten konservativen Führer einen der Ihren, den Pastor von Bodelschwingh zum Reichsbischof! Die alte konservativ-orthodoxe Führerschicht wollte die Pfründen selbst behalten. Die neue Kirchenverfassung bedeutete unter diesen Umständen nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der deutschnationalen Stellung in der Kirche. Nun begann der Machtkampf. Die Deutschen Christen setzten Massenversammlungen und SA in Bewegung. Am 21. Juni wurden Hugenberg's Kampfgruppen verhaftet und aufgelöst, am 24. Juni ein staatlicher Kirchenkommissar in Preussen eingesetzt und Bodelschwingh zum Rücktritt gezwungen. Am 29. Juni schied Hugenberg aus der Reichsregierung aus. Die Konservativen schrien zu Hindenburg um Hilfe. In der Verteidigung der Interessen der konservativ-orthodoxen Kirchenbürokratie war der Alte zäher als in der Verteidigung Hugenberg's. Hitler musste zugunsten der Kirchen-SA eingreifen. Er kämpfte den Widerstand Hindenburg's nieder durch die Kirchenwahlen vom 23. Juli, bei denen der ganze Apparat des nationalsozialistischen Terrors eingesetzt wurde. Die Wahlen ergaben überall Mehrheiten für die Deutschen Christen. Nun war der Weg zu den Pfründen frei, die traditionellen Oberschichten hatten eine gesellschaftlich überaus wichtige Machtposition im neuen Obrigkeitsstaat verloren.

Der Vertrauensmann Hitlers, der ostpreussische Militärfarrer Ludwig Müller, führender Mann bei den Deutschen Christen, wurde Reichsbischof. Der neue Reichsbischof umgab sich mit einem förmlichen Kabinett, der "Reichskirchenregierung". Das Amt eines "Rechtswalters" dieser Kirchenregierung, der ursprünglich sogar die Dienstbezeichnung "Stabschef beim Reichsbischof" führte, wurde geschaffen, zunächst von Dr. Oberheid verwaltet, der so jung im Geistlichenamt war, dass er erst

ein Jahr vorher das Pfarrereexamen abgelegt hatte (vorher hatte er ausgerechnet im Stinneskonzern sozialpolitischen Arbeiten obgelegen). Als Oberheid zurücktrat, weil er den Radikalen bei den Deutschen Christen nicht genügte, wurde sein Nachfolger Dr. Jäger, ein "alter Kämpfer", Pfarrerssohn und ursprünglich Landgerichtsrat aus dem Hessischen, der die allerradikalste Gleichschaltungsrichtung vertrat und der später, da er zugleich als Ministerialdirektor in das Reichsministerium des Innern für kirchenpolitische Fragen berufen wurde, mit Hilfe der Polizeigewalt, über die er als Beamter unmittelbar verfügen konnte, die Aspirationen des Gewaltregimes im Kirchenkomplex mit besonderer Rücksichtslosigkeit, in jeder einzelnen Amtshandlung durch seine staatlichen Vorgesetzten direkt gedeckt, durchsetzte. Das Führerprinzip mussten im übrigen auch die Pfarrervereine annehmen, die bis dahin durch ihren regelmässigen Deutschen Pfarrertag unmittelbar praktisch grossen Einfluss auf die Entwicklung kirchlicher Dinge genommen hatten.

Nun kam der grosse Personenschub. Der Reichsbischof bzw. die Reichskirchenregierung ernannte die Landesbischöfe nach bewährtem nationalsozialistischem Parteibuchprinzip. Die Unterbringung "alter Kämpfer" war auch hier die bestimmende Richtlinie. Landesbischöfe im stattlichen Alter von 28 und 30 Jahren waren zuletzt keine Seltenheit mehr. Zur Beleuchtung der moralischen Qualifikation kann der Fall des frisch ernannten Landesbischofs in Braunschweig dienen, der schon vier Wochen nach seiner Ernennung wegen Unterschleife von Kirchengeldern sich vor Gericht verantworten musste und sich zu solchen Verfehlungen bekannte, dass der gleichgeschaltete Staatsanwalt in seinem Plädoyer sich die Bemerkung nicht versagen konnte, dass selbst (!) in der Republik dieser Grad von krasser Korruption nicht erreicht worden wäre.

Es hagelte Absetzungen von hohen Kirchenfunktionären. Unter den Abgesetzten befanden sich Namen von bestem theologischen und "nationalem Klang" - so Generalsuperintendent Dibelius. Die "alten Kirchenbonzen" wurden von den neuen braunen Anwärtern verdrängt. Es gab lohnende Pfründen in Masse zu besetzen: Generalsuperintendanten, Superintendanten, Konsistorialräte etc.! Das Durchschnittsalter der alten Funktionäre hatte 64 Jahre betragen - jetzt wurde es nahezu 30 Jahre. Es kam nicht darauf an, dass die neuen Herren etwas von evangelischer Theologie verstanden. Man rückte auf Grund des Parteibuchs in die Pfründe ein. "Die Theologen", so sagte Mac Farland, "sind in beträchtlicher Masse

in den Hintergrund getreten, im Gegensatz zu ihrem Einfluss in der alten Kirche." Die neuen Kirchenbonzen zogen das Braunhemd an statt des Talars oder des Gehrocks, sie sprachen nicht "Gott zum Gruss", sondern "Heil Hitler". Sie hatten keine Ahnung von den Aemtern, die sie einnahmen, und ausländischen protestantischen Würdenträgern fiel ihre schreiende Unkenntnis unangenehm auf. Befehl und Betrieb wurde alles, sie traten an die Stelle herkömmlich protestantisch-pastoraler Würde. "Die Kirche hat jetzt Beamte, die stark der Idee zuneigen, Christentum an die Leute zu verkaufen - mitunter sogar gegen Bezahlung." "Unter dem neuen Regime tritt Management und Maschinerie stärker hervor als unter dem alten." All dies lässt erkennen, wie stark der Stoss gegen die alte Oberschicht, ihre Macht und ihre Traditionen war.

Die entscheidende Rolle in der Vollendung der Gleichschaltungs-politik des nationalsozialistischen staatlichen Kirchenregimes spielte dann die zweite Nationalsynode vom 9. August 1934. Sie fasste folgende wichtige Entschlüsse zur Ausfüllung der bereits ein Jahr wirksamen Rahmenverfassung der Deutschen Reichskirche:

Unumschränkte Gewalt der obersten Kirchenführung - Keine Abstimmung in der Nationalsynode bei künftigen Beschlüssen, sondern nur noch "Aussprachen" - Vereidigung aller Geistlichen auf die nationalsozialistische Weltanschauung - Abschaffung aller kirchlichen Fahnen!

Ueber die staatlichen Methoden, die bei dieser Synode zur Anwendung kamen, sei hier nur festgestellt: Schon durch ein Reichsgesetz vom 7. Juli 1934 hatte sich der Reichsbischof in weiser Voraussicht die Vollmacht geben lassen, die Mitglieder der Nationalsynode, die "nicht willig" waren, aus der Synode zu entfernen. Dieses Gesetz wendet er nun für die Synodaltagung vom 9. August an und entfernte von vornherein zwanzig "Nicht-Willige". Trotzdem opponierten immer noch gegen die Beschlüsse weitere 11 Synodale von insgesamt 60 Mitgliedern, die die Gesamtheit ausmachten. Für die Beschlüsse hatte die Reichskirchenregierung noch nicht einmal die Hälfte der Synode hinter sich. Sie benötigte aber verfassungsmässig die Zweidrittelmehrheit.

Die bisherige Entwicklung in diesem Sinne der totalen und gewalttätigen Gleichschaltung wurde dann schliesslich noch gekrönt und symbolisiert durch die förmliche, feierliche Amtseinführung des Reichsbischofs. Im Berliner Dom schwor Herr Müller am 23. September auf den Knien vor dem Altar: "Ich gelobe in Gegenwart des Allmächtigen, im

Namen des Herrn Jesus, im Angesicht dieser Gemeinde: Ich bin willens, das Amt eines lutherischen Reichsbischofs der Deutschen Evangelischen Kirche dem heiligen Evangelium gemäss zu führen wie Martin Luther uns bedeutet hat, zur Ehre Gottes, zum Heil seiner Kirche, zum Wohl des Volkes. Gott helfe mir!"

Aber seit Oktober 1933 war die Rebellion der alten Kirchenherren im vollem Gange!

6.) Die kirchliche Gegenrevolution.

Während sich der grosse und der kleine Krieg um die Pfründen zwischen alter und neuer Reaktion abspielte, erschien die Streitschrift des Bonner Theologieprofessors Karl Barth, des Führers der protestantischen Neutralisten: "Theologische Existenz heute?" Sie hatte ein tief erschütternde Wirkung. Die Lehre von Barth, die Rückkehr zur unmittelbaren Beziehung des Menschen zu Gott, die Forderung der bewusst unpolitischen Haltung des religiösen Menschen, die Ablehnung aller Verbindung und Beziehung zum Staat war nicht neu. Sie wandte sich so gut gegen die neue, von den Nationalsozialisten erstrebte Form wie gegen die geschichtliche Haltung der protestantischen Kirchen in Deutschland. Es war weniger der theologische Inhalt, der die Wirkung dieser Schrift begründete, als ihre Geistigkeit, ihre Sprache, ihre Beziehung zu den Wurzeln des Humanismus. In die Oede und Gemeinheit des Dritten Reichs fielen diese offenen Worte wie leuchtende Blitze. Sie haben viele erhoben und gestärkt, die mit dem Inhalt der Lehre von Karl Barth gar nichts gemein haben. Sie sind zu stärksten Antrieben des Widerstands und des Kampfes im Kirchenstreit geworden - obwohl die Kräfte, die schliesslich die Deutschen Christen niedergekämpft haben, mit der Theologie Barths nichts zu tun haben. So merkwürdig es klingt: es war das Wort, das blosses Wort "Kampf für Freiheit", das viel zu dieser Wirkung beitrug. Wenn der wahre Charakter der kirchlichen Gegenrevolution zurücktrat hinter dem Schein eines Freiheitskampfes, wenn Hoffnungen und Erwartungen politischer Gegner des Systems an dem Kirchenstreit anknüpften und ihn nahezu als Teil des grossen Kampfes gegen das System ansehen wollten, so ist dies die Wirkung der Schrift von Karl Barth, einer würdigen, geistigen, menschlichen Stimme in der allgemeinen geistigen Verkrampfung. Karl Barth hat für seine Lehre keine Kirchenpartei, keine Massenbewegung geschaffen - aber die kirchliche Massenbewegung der anderen Opponenten

verdankt ihr ungeheuer viel. Die Schrift "Theologische Existenz heute?" hatte schon Ende 1933 eine Auflage von 30.000 erreicht. Karl Barth ist gebürtiger Schweizer. Der fremde Pass schützt ihn, den ersten öffentlichen Oppositionellen im Hitlerregime, gegen den Zugriff der Gestapo. Für Teilgebiete Deutschlands, beispielsweise Bayern, ist später seine Schrift verboten worden. Uebrigens liess ihr Barth mit derselben Tendenz im darauffolgenden Jahr 1934 eine weitere folgen: "Der Christ als Zeuge."

Es waren überhaupt mehr die akademischen Repräsentanten der evangelischen Theologie, denn die unmittelbaren und dem Druck des Staates und der Partei mehr ausgesetzten Kirchenbeamten, die aus solchen rein religiös-theologischen Gründen in die Opposition gingen. Sehr früh machten schon viele protestantisch-theologischen Fakultäten in Deutschland, und gerade die anerkanntesten von ihnen, zum Teil allerdings auf Hilferufe aus den Konsistorien oder den einzelnen Pfarrerhäusern, Front gegen die Ariergesetzgebung in der Kirche in ausführlichen Gutachten unter rein theologisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkten: der Protestantismus behielt ja von den sieben Sakramenten der katholischen Kirche die Taufe mit sakramentalem Charakter bei. Sie erwirkt auch gemäss seiner Lehre aus dem Gnadenschatz Gottes die eigentliche Gotteskindschaft, die vollberechtigte Teilhaberschaft an der Gemeinschaft der Gläubigen. Eine Ausschlössung der getauften Juden aber aus dieser Gemeinschaft - um des Arierparagraphen willen - würde diesen sakramentalen Charakter der Taufe verleugnen. Eine solche Massnahme musste also nach den Gutachten fast aller deutschen evangelischen Fakultäten unmittelbar gegen einen wichtigen Gehalt des Evangeliums verstossen.

Auf ganz anderer und viel realerer Grundlage als die Opposition Karl Barths ruhte der Widerstand der Vereinigung "Evangelium und Kirche" der daraus entstandenen "Neuen Reformationsbewegung", später des Pfarrernotbundes, der "Bekennniskirchen" und der "Länderkirchen". Sie stellten alle die eigentliche kirchliche Gegenrevolution dar - Prinzipien und Gruppenansprüche des alten Obrigkeitsstaats gegen den neuen. Auch in ihrem Kampf stand der Arierparagraph, der Protest gegen die Verletzung des Sakraments der Taufe im Mittelpunkt - aber ihre Stellung zum Staat und zur Kirchenreform ist gänzlich anders als die von Barth. Die entscheidenden Punkte traten bereits hervor, als noch vor Bodelschwinghs erzwungenem Rücktritt 30 alte Kirchenführer erklärten:

"Wir wünschen, dass die Zerreissung von Aemtern und Organisationen durch übertriebene Einführung junger Leute, besonders aus der Frontgeneration, ein Ende gemacht wird." Die gleiche Erklärung enthielt aber auch ein "freudiges Bekenntnis zum neuen deutschen Staat!" Als im September 1933 die Opposition sich im Namen von 2.000 Pastoren nach einer langen Erklärung an die Nationalsynode wandte, standen schon die Macht- und Organisationsfragen durchaus im Vordergrund.

Eine Erklärung der "Neuen Reformationsbewegung" vom Juli 1933 zeigt die Gegensätze an einem interessanten Punkt. Sie wendet sich gegen politische Massendemonstrationen für kirchliche Zwecke und fordert, dass das Pfarrhaus der Mittelpunkt der Seelsorge sein soll. Der Pfarrer, nicht die Politik oder die Kirchenpolitik soll die Ausbreitung des Christentums unter dem Volk bewirken.

Von der theologischen Doktrin sprang die Opposition auf die Fragen des Kirchenrechts über. Sie verneinte die Frage nach der rechtmässigen Bestellung des Reichsbischofs. Darnach war die Anzweiflung der Rechtsverbindlichkeit seiner Verordnungen, die einander jagten, nur ganz folgerichtig. Fakultätsgutachten und einzelne Gerichtsurteile - so vor dem Berliner Kammergericht - gaben der Opposition recht. Die Wahlen vom Sommer 1933 erklärte man als unter ungeistlichem Druck zustande gekommen. Aus der Rechtsungültigkeit der Amtstätigkeit des zu Unrecht in sein Amt erhobenen Reichsbischofs folgte zum Beispiel auch die Gewissenspflicht zum Widerstand gegen die Durchführung seiner Verfügungen, die denn auch in Nichtachtung des terroristischen Einsatzes von Polizei und SA. vielerorts von Pfarrern und Gemeinde geleistet wurde. Theologisch anstössig in besonderem Grade erschien aber auch der Text des von den Pfarrern gesetzlich zu leistenden Eides auf den Nationalsozialismus als Weltanschauung und auf den Katholiken Hitler als "Führer" in einem Zusammenhang, der die dem Beamten, auch dem Kirchenbeamten gesetzte Dienstgehorsamspflicht weit überstieg.

Besonders der Pfarrernotbund führte den Kampf gegen die nationalsozialistische Personalpolitik. Er war hauptsächlich als Widerstandsblock gegen die bei den Deutschen Christen übereifrig sich betätigenden, allzu Karrierebedürftigen, ganz braunen jüngeren Kollegen und zu nicht viel mehr gedacht. Begründet wurde er von dem Dahlemer Pfarrer Niemöller. Dass die Persönlichkeit gerade dieses in der Kirchenopposition dann führend gewordenen Geistlichen nicht das Geringste mit einer Abneigung gegen das Hitlersystem etwa aus allgemein moralischen oder gar unmittelbaren

politischen Gründen zu tun hat, darüber kann kein Zweifel bestehen! Niemöller war während des Weltkrieges kaiserlicher Marineoffizier, sogar U-Boot-Kommandant gewesen. Erst nach dem Krieg, nach vergeblichen Versuchen als Kaufmann und als Landwirt, widmete er sich der evangelischen Theologie.

Im Herbst 1933 gewann die Gegenrevolution an Boden. Die Reichskirchenregierung war eine konfuse Körperschaft. Bei den Gegenspielern, den Deutschen Christen, machten sich immer stärker die teutonischen Bekenntnisse breit, die das dritte Bekenntnis im Dritten Reich forderten. Das Hineintragen klar nichtchristlicher Elemente erleichterte den Kampf der kirchlichen Opposition. Breitere Massen in Deutschland wurden eigentlich erst auf den Kampf aufmerksam, als sich die Deutschen Christen eine grosse Blösse mit der grossen Sportpalastkundgebung der Organisation in Berlin am 13. November 1933 gaben, in der der Reichsführer Krause unsäglich dumme Husarenritte gegen das Alte Testament als "jüdische Erfindung" im Hauptreferat ritt. Der Entrüstungsturm auch ausserhalb der Fachkreise der evangelischen Geistlichkeit wurde, weil alle Zeitungen breit über die Veranstaltung berichteten, so gross, dass Krause ausgeschifft und an seine Stelle der jetzige "gemässigte" Reichsführer Kinder erwählt wurde. Auch der Berliner Bischof Hossenfelder, ebenfalls ein Standardmann der Deutschen Christen, der sich lediglich durch seine Anwesenheit in dieser Spektakelversammlung blossgestellt hatte, wurde in seiner neuen Würde unhaltbar. Darauf häuften sich denn die Demissionen in nächster Nachbarschaft des Reichsbischofs zeitweise so, dass eigentlich jeder Tag einen neuen Rücktritt des oder jenes seiner mitregierenden Vertrauensleute brachte.

Der Reichsbischof fürchtete nun einen Durchbruch der kirchlichen Gegenrevolution. Er antwortete mit scharfen Repressivmassnahmen gegen die "Meuterer". Von insgesamt 16.000 angestellten protestantischen Geistlichen Deutschlands wurde im Verlauf noch nicht eines Jahres bis zum Spätherbst 1934 nicht weniger als rund 1200 gemassregelt! Es gab Konsistorien, insbesondere im Westen, die fast ganz ausgeräumt wurden. Auch die opponierenden Hochschullehrer mussten durch die Entziehung der *venia legendi* in grosser Zahl daran glauben. Es gab insbesondere im vergangenen Winter ganze Wochen, während derer jeden Tag in den Zeitungen von Inschutzhaftnahmen widerspenstiger Ortspfarrrer berichtet wurde. Jetzt füllten sich auch allerdings wieder die evangelischen Kirchen. Freilich nicht ausschliesslich von wirklich empörten Gläubigen, sondern auch von solchen Leuten, die

diese einzige Gelegenheit benutzen wollten, um, wenn auch bei frommen Liedern und nicht immer leidenschaftlichen Predigten, gegen das System demonstrieren zu können. Auch Tötlichkeiten der SA. und SS. gegen Pfarrer, die mit Nazilokalgewaltigen zufolge ihrer oppositionellen Haltung in Konflikt gekommen waren, häuften sich. Immer freier wurde der Kampf der Opposition. Sie veranstaltete Massenpredigten und Massenversammlungen.

Klassisch illustriert der Bericht über eine Veranstaltung der Kirchenopposition in Düsseldorf die allgemein psychologische Situation in der Zeit der kirchenpolitischen Hochspannung: In die Maschinenhalle einer Lokomotivfabrik hatte die Opposition, die sich bei dem Zustrom, den sie aus Laienkreisen erhielt, jetzt immer mehr in Gegensatz zur offiziellen Reichskirche "Bekennniskirche" nannte, einen Gemeindetag einberufen. Karl Barth sollte einer der Redner sein. Mit Sonderzügen wurden aus der Umgebung über 40.000 Teilnehmer in die Monstreversammlung gebracht. Obschon die Erlaubnis zur Abhaltung der Tagung vorlag, machte die Polizei sie doch kurz vor Beginn unmöglich. Darauf verteilten sich die Erschienenen in die einzelnen Stadtteile und hielten hier in verschiedenen Sälen doch ihr Meeting ab. Die Opposition ging überhaupt, nicht nur in Berlin, wie man es so nannte "in die Katakomben". Da den oppositionellen und ausser Dienst gesetzten Pfarrern ihre alten Kirchen gewöhnlich gesperrt wurden, die Gläubigen sich aber von ihrem Prediger nicht trennen wollten, musste man in Tanzsäle und in andere Notbehelfe sich flüchten.

Und nun trat auch immer klarer der soziale Untergrund dieses Kirchenstreits hervor. Die Opposition wuchs gleichzeitig mit der von den Nationalsozialisten immer wieder feierlich verfluchten "Reaktion". Je stärker die alten traditionellen Oberschichten in Politik und Wirtschaft wieder nach vorn drängten und das System sich ihnen anpassen musste, umso freiere Luft bekam auch die kirchliche Gegenrevolution. Die soziale Zusammensetzung der tragenden Kräfte ist bezeichnend: Theologen, hohe und höchste Reichsbeamte, alte kaiserliche Offiziere von höchstem Ansehen in bürgerlichen Kreisen, Grossunternehmer. Sie alle gingen höchst aktiv in den Kirchenstreit - und wahrlich nicht nur um der Religion oder des Dogmas willen. Es ging um Herrschaft - die zurückgedrängten traditionellen Oberschichten stiessen zur Revanche vor. Es war nicht mehr die dogmatische, geistig-religiöse Opposition des Anfangs! Die Stosskraft der nationalsozialistischen Angreifer war längst gebrochen, und erst recht nach dem 30. Juni 1934 wirkte die Totalitätsideologie überhaupt nicht mehr.

Im Herbst 1934 unternahm die Reichskirchenregierung noch einen verzweifelten Vorstoss nach Süddeutschland. Hier hatten die Landesbischöfe Meiser in München und Wurm in Stuttgart, also die Vertreter besonders grosser und bisher auf ihren Sondercharakter besonders stolzer Landeskirchen, sich geweigert, sich in die Reichskirche unter Preisgabe ihrer Selbständigkeit und Eigenart eingliedern zu lassen. Dass es sich auch hier um eine Opposition nicht gegen die NSDAP handelt, zeigen die Personalien der Hauptakteure an: Der Bayer Meiser gilt auch heute noch als überzeugter persönlicher Anhänger Hitlers schon aus der Putschzeit. Herr Wurm war früher ein ausgesprochener Politiker der Rechten, nämlich deutschnationaler Landtagsabgeordneter gewesen und hatte sich seine Sporen auch gerade vor den Naziparteigängern durch leidenschaftlichen Marxistenhass redlich verdient. Um nun die Gleichschaltung trotz der Weigerung der Bischöfe und ihres Personals zu erzwingen, erschien Jäger, der "Rechtswalter" Müllers, selbst auf dem Kriegsschauplatz und setzte persönlich die Polizei gegen die Opposition in Bewegung. Die Amtsräume der Landesbischöfe wurden von Bewaffneten besetzt, die Opponenten selbst in Arrest genommen. Im Falle Wurm leistete man sich überdies amtlich die gleiche gemeine Methode, die schon bei den Gewerkschaften und beim Rundfunk und deren Gleichschaltung mit Erfolg angewendet worden war: man liess es auf eine öffentliche amtliche Anklage wegen angeblicher Korruption ankommen, um den Gegner zu entwaffnen; in diesem Falle sollte der greise Bischof Wurm Kirchengelder für sich in Mengen verbraucht haben. Im Falle Meiser suchte man die Stärke des Widerstands dadurch zu brechen, dass man das Kirchengebiet Bayern ganz willkürlich halbierte und für beide Teile je einen "Kommissar" bestellte. Hier in Süddeutschland, in München, Stuttgart, Augsburg, Nürnberg und in vielen anderen Städten des Südens ist es denn auch in Verfolg des Konflikts zu wiederholten grossen Strassendemonstrationen gekommen, gegen die meist die Polizei und SA mit dem Gummiknüppel vorgeschickt wurde. Es fanden sogar Demonstrationen vor dem braunen Parteipalais in München in diesem Zusammenhang, also Kundgebungen mit stark und unmittelbar politischer Note statt, obschon der Streit selbst im Wesen diesen Charakter völlig zunächst entbehrte.

Diese Vorgänge führten schliesslich am 21. Oktober 1934 zur offenen Erklärung des Schismas, der Kirchentrennung durch die "Bekennniskirche" in der Pfarrkirche zu Dahlem, wo Niemöller residiert. Der Landesbischof Koch verlas die Trennungsproklamation. Darin wird der Gehorsam dem unrechtmässigen Kirchenregime aufgekündigt, sein Dasein als nicht existierend

betrachtet und vor allem auch zur Einstellung aller Kirchensteuerentrichtung an die Gewaltherrschaft aufgefordert.

Dieser Höhepunkt der Kirchenopposition wurde aber zugleich auch ein voller Erfolg für sie. Hitler gab ihren Forderungen nach. Der Rechtswalter Jäger legte seine kirchenpolitischen Aemter nieder. Hitler hatte ihn auch in seiner Eigenschaft als hohen Ministerialbeamten fallen gelassen. Die abgesetzten Landesbischöfe Meiser und Wurm wurden nicht nur aus der Polizeihaft entlassen, sondern auch ihren alten Aemtern wiedergegeben. Die höchste Entscheidung in Kirchenfragen wurde dem Reichsbischof wieder genommen und jetzt an einen neuen "Bischofsrat" übertragen, in dem fünf Landesbischöfe der verschiedensten Richtung sitzen, die ihre Entscheidungen kollegial treffen, ein ganz prinzipieller Einbruch in das Führerprinzip.

Noch ist Müller Reichsbischof. Aber schon schlägt die Gegenrevolution den Bischof Marahrens an seiner Stelle vor. Sie will wieder da anknüpfen, wo ihr 1933 die freiwillige Gleichschaltung durchkreuzt wurde.

Diese ganze Geschichte des Kirchenstreits beweist eines mit aller Klarheit: das war kein Kampf gegen das System, sondern ein Kampf im System um Anteil an Herrschaft, Macht und Beute im neuen Obrigkeitsstaat! Die kirchliche Gegenrevolution hat den Terror der Kirchenregierung gegen sich gehabt, aber nicht den staatlichen Terror! Hitler, der Gründer der Deutschen Christen, hat ihnen im Frühsommer 1933 die Waffe des Terrors gegeben. Er selbst - der Katholik! - hat sich bei den Kirchenwahlen vom Juli 1933 für sie eingesetzt - aber er hat sich dann vorsichtig zurückgezogen! Im Herbst erklärte er, dass der Widerstand der evangelischen Geistlichen überhaupt nicht gegen die Reichsregierung gerichtet sei. Er selbst sei durchaus bereit, opponierende Geistliche zu hören und als Vermittler zu dienen. Er zog es vor, sich nicht auf einer Seite zu engagieren, sondern sich in die Pose des Schiedsrichters zu werfen. Zu Beginn des Jahres 1934 berichtete Mac Farland in seinem Buch "Die neue Kirche und das neue Deutschland" auf Grund einer offiziellen Unterredung mit Hitler:

"Tatsache ist, dass Hitler heute in Deutschland die konservative und zurückhaltende persönliche Kraft ist - im Gegensatz zu Führern wie Goering und Goebbels. Und jetzt ist es durchaus möglich, - sogar wenn er beschuldigt werden könnte, die Hand an die Kirche gelegt zu haben - dass er der Beschützer der Kirche vor seinen eigenen ursprünglichen irrtümlichen Massnahmen wird, und besonders vor den Massnahmen seiner übereifrigen und ein wenig delirierenden Anhänger in der Kirche."

Jetzt hat Hitler diese prophezeite Haltung eingenommen! Beschützer der Kirche, wie er Beschützer der Machtansprüche der Reichswehr, Beschützer des Monopolkapitalismus und des Unternehmertums ist. Es ist nur folgerichtig und war nach dem 30. Juni 1934 längst fällig. Und sicherlich: so wie der 30. Juni im deutschen Bürgertum sein Ansehen nicht zerstört, sondern eher befestigt hat, so wird seine Schwenkung zu den alten konservativen Mächten in der Kirchenfrage genau so wirken!

7.) Ausblick.

Weder hat der Streitgegenstand im Kirchenkampf mit den Interessen und Ideen etwas zu tun, die den Arbeiter zum Todfeind des Hitlerfaschismus machen, noch sind die Männer, die für die alte Kirche den Kampf führen, geeignet oder willens, das System politisch zu bekämpfen. Dennoch hat die gesamte unversöhnliche Opposition gegen das System den Kirchenstreit mit grosser Spannung verfolgt. Er hat Wirkungen gehabt, die die alten Kirchenführer gewiss nicht beabsichtigt haben. Die echte, politisch nicht fixierte Volksopposition gegen das System hat sich an die Kirchenopposition angehängt - so wie sie sich an Militaristen, Monarchisten, an alles mögliche anhängt, was irgendwie hervortreten kann. Mögen die alten Kirchenführer auch ihren Frieden machen - das Gewesene hat gewirkt, und der Schein des Kampfes wirkt weiter. Wie jeder Kampf, so hat auch dieser seine eigene Ideologie erzeugt, seinen eigenen Freiheitsbegriff, seine Erklärungen gegen Tyrannen, seine Opfer und seine kämpferische Haltung, vor denen zurückgetreten ist, worum es eigentlich ging. Und obwohl es sich um eine in ihrem innersten Wesen stockreaktionäre Bewegung handelt, hat sie fortschrittliche, den Freiheitskampf fördernde Wirkungen gehabt. Auch Luthers Lehre, deren sozialkonservativer Inhalt unbestritten ist, hat mächtig auf die Bauernrevolution gewirkt! Wer aber darüber hinaus glaubt, dass der Ausgang des protestantischen Kirchenstreits die Festigkeit des Systems direkt erschüttern werde, der ist auf falschem Wege!

Ist vielmehr nun nicht der Weg völlig frei zur Verbindung von Kapitalismus und Feudalismus im Zeichen des Protestantismus und einer mit dem Dritten Reich versöhnten Kirche? Das ganz allgemeine Entwicklungsgesetz der nationalsozialistischen Revolution hat sich auch hier gezeigt: dem Vorstoss der neuen, nach Herrschaft, Reichtum und Macht greifenden Oberschicht folgte der Gegenstoss der alten Oberschichten. Im Ergebnis haben die alten, den Obrigkeitsstaat von einst tragenden Oberschichten die neu andrängenden Elemente sich assimiliert. Ein Teil der Leute, die auf dem

Rücken der Umwälzung aufsteigen wollten, ist zurückgestossen, ein anderer Teil wieder ausgeschieden worden - der Rest verschmilzt mit dem Alten. Darin liegt die tiefgehende innere Wandlung des Systems, die den neuen Obrigkeitsstaat zu einer ähnlichen Spielart des Alten gestaltet - nicht mit gemildeter, sondern verstärkter Reaktion. Diese Einigung ist gerade heute für das System und seine Politik von grösster Bedeutung! Die "befreite" Kirche wird nun erst recht "freudig bejahen". Denn ganz entscheidende Positionen der Deutschen Christen sind im Laufe des Streits ganz ausserhalb der Diskussion geblieben! Im Anfang schrieb Professor Emanuel Hirsch in Göttingen: "Der Pastor von heute kennt nicht jene Macht, die einen packt und vorwärts treibt, die der Kameradschaft eines Offizierskorps entspringt, das unter Führung und Befehl steht." Am 16. Mai 1933 formulierten Müller und Hossenfelder die Forderungen der Deutschen Christen: "Ausdehnung des Bekenntnisses in der Richtung einer scharfen Zurückweisung des unchristlichen Pazifismus." In diesem Sinne ist auch die Opposition immer "national zuverlässig" gewesen - waren es doch die alten Kirchenführer, die dem Staat im Weltkrieg mit der Vergottung des deutschen Nationalismus ihren Zoll entrichtet haben! Sie sind nie Pazifisten gewesen, die protestantischen deutschen Pastoren!

Die schematische, mechanische Totalitätsidee der Nationalsozialisten hat sich auf allen Gebieten, auch auf dem der Kirche verflüchtigt - aber die totale Einheit der Reaktion des neuen Obrigkeitsstaates, das totale Zusammenspiel von Staat und Kirche, Heer und Grossbesitz im Zeichen des Kriegs naht wieder heran! Jeder Schritt auf diesem Weg - auch dieser Ausgang des Kirchenstreits! - bringt in sich für uns keine Hoffnung, sondern eine Gefahr. Eine Gefahr für den Frieden, für das gequälte deutsche Volk!